

Abschlussbericht

**der Kommission zur Überprüfung
der Tübinger Straßennamen**

vorgelegt von

Johannes Großmann (Universität Tübingen)

Januar 2023

Inhaltsverzeichnis

1) Vorgeschichte, Auftrag und Arbeit der Kommission	3
2) Historisch-erinnerungskulturelle Einordnung	5
3) Grundsätze und Kriterien der Kommission	8
4) Ergebnisse der Kommissionsarbeit	11
5) Empfehlungen für den künftigen Umgang mit Straßennamen	15
Anhang 1 Empfehlungen der Kommission zu 18 Namen	17
Albrechtstraße	18
Biererstraße	21
Clara-Zetkin-Straße (Lustnau)	23
Doblerstraße	26
Eduard-Haber-Straße (Lustnau)	31
Eduard-Spranger-Straße	36
Fürststraße	40
Isoldenstraße	42
Karl-Brennenstuhl-Straße (Pfrondorf)	45
Lämmleweg (Hirschau)	48
Ludwig-Krapf-Straße (Derendingen)	52
Max-Hartmann-Straße	55
Niethammerstraße	58
Noldeweg (Kilchberg)	62
Schmitthennerweg (Kilchberg)	65
Süßerstraße (Pfrondorf)	69
Wilhelm-Mönch-Weg (Unterjesingen)	71
Wilhelm-Schussen-Weg	73
Anhang 2 Einordnungen von Johannes Großmann zu 23 weiteren Namen	76
Straßennamen des Galgenberg-Viertels	77
Danziger Straße (Derendingen)	79
Saarstraße	80
Christophstraße	81
Eberhardsbrücke/Eberhardstraße	83
Enno-Littmann-Straße	85
Eugenstraße	87
Gertrud-Bäumer-Straße	89
Hans-Geiger-Weg	91
Jahnallee/Jahnstraße (Hirschau)	92
Spemannstraße	94
Ulrichstraße	96
Anhang 3 Sondervotum von Udo Rauch	98

1) Vorgeschichte, Auftrag und Arbeit der Kommission

2020 beauftragte die ‚Die FRAKTION – PARTEI, DiB, Huhn‘ die Stadtverwaltung per Gemeinderats-Antrag mit der Überprüfung der Frage, ob Eduard Haber, Eduard Spranger und Wilhelm Schussen „würdig sind, mit Straßennamen geehrt zu werden“. Für den Fall einer Umbenennung wurden folgende Namen vorgeschlagen: Kiomars Javadi, Charlotte Pagel, Klara Pollack. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die sie in der Frage des Umgangs mit strittigen Ehrenbürgerwürden gemacht hatte, unterbreitete die Verwaltung daraufhin dem Gemeinderat den Vorschlag, umfassend, strukturiert, vergleichend und auf wissenschaftlicher Grundlage vorzugehen. Bei den diskussionsbedürftigen Ehrenbürgerwürden war dies versäumt worden. Nur in einem Fall wurde eine wissenschaftliche Aufarbeitung beauftragt. Eine vollständige vergleichende Analyse aller kritischen Ehrenbürgerwürden wurde unterlassen.

Unterstützt durch einen Antrag der SPD-Fraktion schlug die Verwaltung dem Gemeinderat ein mehrstufiges Verfahren vor: Zunächst sollte der Fachbereich Kunst und Kultur überprüfen, ob neben den drei im Antrag genannten Straßennamen weitere Namen einer Untersuchung bedürfen. Diese Biografien sollten dann von einer Historikerin bzw. einem Historiker wissenschaftlich bearbeitet werden. Eine Expert_innenkommission sollte die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung prüfen, Kriterien für die Bewertung der Biografien entwickeln und eine Einschätzung der zur Diskussion stehenden Namensgeber_innen treffen. Abschließend sollte die Kommission dem Gemeinderat bzw. den Ortschaftsräten eine Empfehlung für eine Umbenennung oder Beibehaltung der überprüften Straßennamen abgeben. Die Entscheidung über eine Umbenennung wird vom Gemeinderat oder, wenn die Straße in einem Ortsteil liegt, vom jeweiligen Ortschaftsrat getroffen. Dieses Verfahren wurde so vom Gemeinderat im Januar 2021 beschlossen. In Abstimmung mit PD Dr. Johannes Großmann vom Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen, der zugleich den Vorsitz der Kommission übernehmen sollte, begann die Historikerin Theresa Lenders-Stevens im April 2021 mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Biografien.

Der Fachbereich Kunst und Kultur stellte mit der fachlichen Unterstützung des Stadtarchivs eine Liste mit Straßennamen zusammen, die sich bei einer ersten kursorischen Untersuchung als besonders ‚problematisch‘ erwiesen. Der Schwerpunkt der Sichtung lag auf Straßennamen, die bereits in der öffentlichen Diskussion standen, deren Benennung in der Zeit des Nationalsozialismus erfolgt war, deren Namensgeber_innen in der Zeit des Nationalsozialismus tätig waren bzw. in einer anderen Verbindung mit dem Nationalsozialismus standen oder deren Namensgeber_innen aus anderen Gründen heutigen Wertvorstellungen nicht mehr entsprechen (Antisemitismus, Rassismus, Kolonialismus, Militarismus, sonstiges moralisches Fehlverhalten). Die Namen auf dieser Liste, im folgenden ‚Shortlist‘ genannt, wurden in einem zweiten Schritt von Frau Lenders-Stevens wissenschaftlich untersucht. Diese ‚Shortlist‘ umfasste folgende elf Namen: Ernst Wilhelm Bierer, Karl Brennenstuhl, Eduard Haber, Max Hartmann, Isolde Kurz, August Lämmle, Emil Niethammer, Paul Schmitthenner, Wilhelm Schussen, Eduard Spranger und Friedrich Süßer.

In einem weiteren Schritt wurde eine siebenköpfige Kommission eingesetzt. Ihr gehörten, unter der Leitung von PD Dr. Johannes Großmann, folgende Personen an:

- Prof. Dr. Bernd-Stefan Grewe, Institut für Geschichtsdidaktik und Public History, Universität Tübingen
- Dr. Regina Keyler, Leiterin des Archivs der Universität Tübingen
- Prof. Dr. Silke Mende, Historisches Seminar, Neuere und Neueste Geschichte, WWU Münster
- Prof. Dr. Roland Müller, ehemaliger Leiter des Stadtarchivs Stuttgart
- Prof. Dr. Boris Nieswand, Institut für Soziologie, Universität Tübingen
- Udo Rauch, Leiter des Stadtarchivs Tübingen

Die Kommission tagte erstmals am 23.7.2021. Weitere Sitzungen folgten am 23.9. und 26.11.2021 sowie am 18.2., 6.5., 14.9. und 10.11.2022. In einer kursorischen Gesamtbetrachtung und vergleichenden Analyse überprüfte der Vorsitzende der Kommission alle 1059 Tübinger Straßennamen und glich sie mit der Auswahl des Kulturamts ab. Dabei erwiesen sich neben den elf Namen der ‚Shortlist‘ weitere 76 Namen als ‚problematisch‘. Zu ihnen wurden ergänzende Informationen eingeholt. Auch wurde überprüft, ob es bereits an anderen Orten bzw. in anderen Zusammenhängen Diskussionen über sie gegeben hat. Die Bearbeitung dieser ‚Longlist‘ ergab zusätzlichen Untersuchungsbedarf bei folgenden sieben Biografien: Theodor Dobler, Ernst von Fürst, Ludwig Krapf, Wilhelm Mönch, Emil Nolde, Albrecht von Württemberg und Clara Zetkin. Letztendlich wurden also 18 Biografien intensiv untersucht, von der Kommission beraten und einer Bewertung unterzogen.

Da abzusehen war, dass die Forschungsarbeiten und die Arbeit der Kommission Zeit in Anspruch nehmen würden, wollte die Verwaltung die in der Diskussion stehenden Straßennamen im öffentlichen Raum kenntlich machen. Mit einer ungewöhnlichen und auffallenden Kennzeichnung sollten Passant_innen darauf aufmerksam gemacht werden, dass an der Benennung der jeweiligen Straße etwas fragwürdig und erklärungsbedürftig ist. Um zu guten Gestaltungsideen zu kommen, wurde ein studentischer Wettbewerb zur Kennzeichnung der Straßenschilder ausgeschrieben. Ziel war es, innovative Ansätze zu verfolgen und einer jungen Generation die Möglichkeit zu geben, kreative und ungewöhnliche Ideen zu entwickeln. Als Kooperationspartnerin für den Wettbewerb konnte die Hochschule für Kommunikation und Gestaltung Stuttgart gewonnen werden, die die Aufgabe in zwei Seminare einband.

Der Entwurf ‚Verknotung‘ von Milena Schwer und Vanessa Cataldo gewann den ersten Preis. Gestalterische Grundidee des Entwurfs ist es, den Mast, der das betroffene Straßenschild trägt, mit sich selbst zu verknoten. Mit dem im 3D-Druck hergestellten ‚Knoten‘ gelingt es, haptisch und visuell die Botschaft zu vermitteln, dass sich hinter diesem Straßennamen eine problematische oder zur Diskussion einladende Geschichte verbirgt, die es nicht zu vergessen gilt. Ein QR-Code leitet auf die Homepage der Stadt weiter, wo Interessierte Informationen über den Prozess im Umgang mit den Straßennamen und Details zu den Namensgebern_innen abrufen können. Über ein Online-Formular können Anwohner_innen und andere Interessierte auch Stellung zur Umbenennung beziehen. Insgesamt hat die Stadtverwaltung 14 Straßennamen mit ‚Knoten‘ gekennzeichnet. Diese Art der Kennzeichnung ist auf große Resonanz gestoßen. Mittlerweile gibt es mehrere Anfragen von anderen Kommunen, die daran interessiert sind, die ‚Knoten‘ zu übernehmen.

2) Historisch-erinnerungskulturelle Einordnung

Im städtischen Alltag übernehmen Straßennamen zunächst und vorrangig eine Orientierungsfunktion. Sie dienen der Unterscheidung von Straßen, helfen bei der Navigation im Straßenverkehr und sind ein unverzichtbarer Bestandteil von Adressen. Eindeutigkeit, Kontinuität und Stabilität müssen grundsätzlich gewährleistet sein, wenn Straßennamen dieser Orientierungsfunktion gerecht werden sollen. Zu Umbenennungen kommt es daher in der Regel nur, wenn Straßen diese Orientierungsfunktion nicht bzw. nicht mehr erfüllen – so etwa infolge von Eingemeindungen bei der Tilgung mehrfach vorhandener Straßennamen. Eine generelle Zurückhaltung bei der Umbenennung von Straßennamen scheint auch deshalb angebracht, weil die Änderung von Straßenschildern, Stadtplänen sowie von Privat-, Unternehmens- und Behördenadressen hohe Kosten verursachen kann.

Verwaltungsrechtlich fixierte Straßennamen sind ein relativ junges Phänomen. Ursprünglich wurde die Orientierungsfunktion durch Hauszeichen (in Tübingen noch in der Kirchgasse erhalten), Hausnamen (Tübinger Beispiele sind das Kornhaus, die Burse oder die Marquardtei) und Hausbeschreibungen übernommen. Seit dem 18. Jahrhundert (in Tübingen seit 1772) wurden Hausnummern eingeführt (Eck 2017, S. 11–15). Erst seit dem 18. Jahrhundert wurden im Volksmund eingebürgerte Straßenbenennungen an zahlreichen Orten amtlich fixiert und dadurch institutionalisiert. Mit den urbanen Expansions- und Eingemeindungswellen des 19. Jahrhunderts etablierte sich schließlich die Praxis, die Vergabe von Straßennamen mit der Ehrung von Personen oder der Erinnerung an historische Ereignisse zu verbinden. Zunächst einmal waren es vor allem prominente Vertreter von Herrscherhäusern, die als Namensgeber_innen ausgewählt wurden. In Tübingen kamen nach dieser Logik etwa die Wilhelmstraße, die Karlstraße und die Friedrichstraße zu ihren Namen. Nach und nach wurden dann auch bürgerliche (fast ausschließlich männliche) Akteure wie Politiker, Erfinder und Pioniere, Kunstschaffende und – in Tübingen besonders zahlreich – Wissenschaftler zu Namensgeber_innen erkoren (Eck 2017, S. 15–19 und 26–28). Es handelte sich dabei um Ehrungen, die kollektive Norm- und Sinnsetzungen zum Ausdruck bringen und dem Zweck der lokalen, regionalen oder nationalen Identitätsstiftung dienen sollten.

Straßennamen waren daher von Beginn an Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, Auseinandersetzungen und Deutungskämpfe. Sie erkannten die Leistungen und Verdienste bestimmter Personen an und sollten an ausgewählte historische Ereignisse und Entwicklungen erinnern. Gleichzeitig blendeten sie andere Akteur_innen und historische Zusammenhänge teils unbewusst, teils vorsätzlich aus. Als geschichtspolitische Akte und Instrumente der Traditionsbildung waren und sind Straßenbenennungen insofern eng mit der Entstehung und Aufrechterhaltung von ‚Ehrregimen‘ verknüpft (Reeken/Thießen 2016). Der Deutsche Städtetag hat 1981 in seinen Empfehlungen darauf hingewiesen, dass der mit Straßennamen verbundene Charakter einer Ehrung nicht in eine Mahnungsfunktion umdefiniert werden kann. Zugespitzt formuliert: Die Beibehaltung einer Adolf-Hitler-Straße lässt sich nicht mit dem Argument begründen, dass sie fortan an die Opfer von Krieg und NS-Herrschaft erinnern soll (Pöppinghege 2013, S. 26).

Als Resultat geschichtspolitischer Prozesse sind Straßennamen ein gewachsenes, aber eben auch ein höchst selektives Abbild der Stadt- bzw. Ortsgeschichte. Denn sie repräsentieren vor allem das Geschichtsbild und das Selbstverständnis derjenigen gesellschaftlichen und politischen Akteur_innen, die die Namen vorgeschlagen und vergeben haben. Aus diesem Grund ist der mit Straßennamen verbundene „Grad der gesellschaftlichen Identifikation höchst diffus und [...] zeitgebunden“ (Pöppinghege 2013, S. 23). Straßennamen haben also durchaus einen historisch-dokumentarischen Charakter, was in der Diskussion über mögliche Umbenennungen bedacht und berücksichtigt werden muss. Sie bieten jedoch keine neutrale oder gar objektive Sicht auf Geschichte. Die identifikatorische Funktion von Straßennamen sollte außerdem nicht überschätzt werden. Denn für die meisten Bewohner_innen und Besucher_innen eines Orts verbindet sich mit den Straßennamen kein konkretes Wissen über geehrte Personen und historische Ereignisse. Sichtbar wird die Relevanz von Straßennamen für die kollektive Identität einer Stadtgesellschaft daher in der Regel nur, wenn sie aktiv vermittelt und öffentlich debattiert wird. So beschloss der Verwaltungsausschuss des Tübinger Gemeinderats im Juli 1986, personenbezogene Straßennamen mit erläuternden Zusatztafeln zu versehen. Diese Zusatztafeln trugen – wie im Fall der Fürststraße – wiederum dazu bei, eine Diskussion über bestimmte Straßennamen anzustoßen.

Die Praxis der Umbenennung von Straßen ist annähernd so alt wie die ihrer Benennung. Und ebenso wie die Benennung ist auch die Umbenennung von Straßen ein Spiegel historischer Entwicklungen. Oft, aber durchaus nicht ausschließlich, stand die Umbenennung von Straßen in Verbindung mit politischen Zäsuren oder Regimewechseln. Im Gegensatz zu anderen deutschen Kommunalverwaltungen rückte der Tübinger Gemeinderat in der Weimarer Zeit allerdings kaum von seiner bisherigen, national-konservativen und dynastischen Benennungspraxis ab. Die Namen aus der Zeit des Kaiserreichs wurden beibehalten. Zu einer Neu- oder gar Umbenennung nach prominenten Vertretern der ersten deutschen Demokratie kam es – mit Ausnahme der Friedrich-Ebert-Straße in der Südstadt – nicht. Erst unter dem NS-Regime erfolgte seit 1933 eine größere Um- und Neubenennungswelle nach ideologischen Vorgaben. Die Mülhstraße wurde zur Adolf-Hitler-Straße, die Neue Straße zur Wilhelm-Murr-Straße und die Friedrich-Ebert-Straße zur Mergenthalerstraße. Weitere Führer, Helden und Multiplikatoren der NS-Bewegung wie Hermann Göring, Horst Wessel, Wilhelm Gustloff und Eduard Haber wurden ebenso mit Straßennamen geehrt wie die Weltkriegsgeneräle Karl Litzmann und Hans von Seeckt (Eck 2017, S. 28f.).

Das Ende der NS-Herrschaft und der Beginn der französischen Besatzung markierten einen neuerlichen Einschnitt. So wurden die Namen führender Nationalsozialisten im August 1945 aus dem Stadtbild entfernt. Die Litzmannstraße wurde zur Vischerstraße, die General-von-Seeckt-Straße zur Huberstraße. Die Steinlachstraße wurde zur Fürststraße. Und die Kaiserstraße am Österberg wurde nach Theodor Dobler benannt. Die Benennungspraxis der 1950er und 1960er Jahre zeichnete sich durch eine bürgerlich-konservative, teils geschichtsrevisionistische Stoßrichtung aus. Dabei wurden auch mehrere Straßen nach Personen benannt, die – wie etwa Karl Brennenstuhl, August Lämmle, Wilhelm Mönch, Emil Niethammer und Wilhelm Schussen – durch eine nationalsozialistische Vorgeschichte belastet waren. Akteur_innen aus dem liberalen und progressiven politischen Spektrum blieben tendenziell von der Namensvergabe ausgeschlossen.

In den 1970er und 1980er Jahren fanden bei Neubenennungen und Umbenennungen infolge von Eingemeindungen insbesondere Frauen als eine bis dahin weitgehend ausgeblendete Personengruppe Berücksichtigung. In Tübingen wurden in dieser Phase etwa Gertrud Bäumer und Clara Zetkin für ihre Verdienste um die Frauenbewegung geehrt. Kritische Fragen nach dem ideologischen Hintergrund der namensgebenden Personen scheinen in diesen Fällen jedoch ebenso ausgeblieben zu sein wie bei der 1976 erfolgten Benennung zweier Straßen in Kilchberg nach Paul Schmitthenner und Emil Nolde.

Seit den 1980er Jahren setzte eine verstärkte Diskussion über mögliche Umbenennungen ein, die sich insbesondere auf die Verstrickungen von Namensgeber_innen in den Nationalsozialismus bezog. Seither hat der Tübinger Gemeinderat in vier Einzelfällen für Namenswechsel votiert:

- Die **Robert-Gaupp-Staffel** zwischen Rümelin- und Osianderstraße (heute: Jakob-van-Hoddis-Staffel) wurde 1992 umbenannt mit der Begründung, dass der Psychiater und Neurologe Robert Eugen Gaupp als ehemaliger Vorstand der Tübinger Universitätsnervenklinik schon in den 1920er Jahren für die Zwangssterilisierung von geistig Behinderten eingetreten war und als ein Wegbereiter der nationalsozialistischen Rassenlehre gelten kann.
- Die **Karl-Adam-Straße** in der Tübinger Nordstadt (heute: Johannes-Reuchlin-Straße) wurde 2011 umbenannt, da der vormals an der Universität Tübingen lehrende katholische Theologe Karl Adam als Angehöriger der NSDAP sich als aktiver Fürsprecher eines rassistischen und anti-judaistischen Religionsverständnisses betätigt hatte.
- Die **Haering-Staffel** zwischen Haagtoor und Neckarhalde (heute: Schlossbergstaffel) wurde 2015 umbenannt, nachdem dem an der Universität Tübingen lehrenden Philosophen Theodor Haering wegen seines öffentlichen Eintretens für die NS-Bewegung und ihre Rassenideologie zuvor bereits die Ehrenbürgerwürde aberkannt worden war.
- Die **Scheefstraße** auf dem Österberg (heute: Fritz-Bauer-Straße) wurde 2017 umbenannt. Adolf Scheef war von 1927 bis 1939 Oberbürgermeister der Stadt Tübingen und arbeitete in seiner Stadtpolitik seit 1933 eng mit dem gleichgeschalteten, nationalsozialistisch dominierten Gemeinderat zusammen. 2013 wurde Scheef daher die Ehrenbürgerwürde der Stadt Tübingen aberkannt. Der Beschluss zur Umbenennung der Straße ging bereits auf das Jahr 2014 zurück, wurde aber erst nach der Zurückweisung einer Anwohnerklage umgesetzt.

Eine Initiative, die nach dem ehemaligen Kolonialgouverneur und NSDAP-Mitglied Eduard Haber benannte Straße zwischen der Stiffurtstraße und der Waldeckstraße umzubenennen, scheiterte 1992 insbesondere am Widerstand der damaligen Anwohner_innen. Von einer möglichen Umbenennung Abstand nahm der Gemeinderat auch im Fall der **Moltkestraße** in der Tübinger Südstadt. Stattdessen ist die ursprünglich nach dem preußischen Feldmarschall Helmuth von Moltke benannte Straße seit 1995 dem Andenken an den im Nationalsozialismus ermordeten Widerstandskämpfer Helmuth James Graf von Moltke gewidmet.

Die Entwicklung in Tübingen schreibt sich ein in eine breitere Konjunktur der Neubewertung und der fallweisen Umbenennung von Straßennamen, wie sie sich in Deutschland (und Österreich) seit den 1990er Jahren und verstärkt seit den letzten anderthalb Jahrzehnten beobachten lässt. In zahlreichen Städten und Kommunen wurden Kommissionen eingesetzt, um auf Grundlage einer

fundierten historischen Auseinandersetzung konkrete Empfehlungen zum Umgang mit ‚problematischen‘ Straßennamen auszuarbeiten. Hintergrund ist eine Neuaushandlung des moralischen Kompasses unserer Gesellschaften, die vielfältige Ursachen hat. So haben generationelle Umbrüche und der Tod der letzten Akteur_innen und Zeug_innen der NS-Zeit einen erinnerungskulturellen Wandel angestoßen. Infolge der deutschen Wiedervereinigung trafen außerdem unterschiedliche kollektive Identitäten und Geschichtsbilder aufeinander.

Aber auch wissenschaftliche Entwicklungen beförderten den Trend, so etwa ein wachsendes Interesse der NS-Forschung für Fragen der gesellschaftlichen Mitwisser-, Mitläufer- und Mittäterschaft sowie für die personellen, institutionellen und ideologischen Kontinuitäten zur Nachkriegszeit. Parallel dazu führte eine verstärkte Erforschung der deutschen Kolonialgeschichte zu erhöhter Sensibilität für historisches Unrecht in kolonialen und postkolonialen Kontexten. Eng damit verbunden ist eine wachsende Einsicht in die Diversität postmigrantischer (Stadt)Gesellschaften. So werden Diskriminierungserfahrungen offener thematisiert, die diskursive Dominanz mancher Akteursgruppen kritisch hinterfragt und Symbole daraufhin überprüft, ob sie die gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen fördern.

3) Grundsätze und Kriterien der Kommission

Um verbindliche und nachvollziehbare Einschätzungen zu den überprüften Straßennamen treffen zu können, musste die Kommission Bewertungskriterien entwickeln. Idealerweise sollten diese Kriterien darüber hinaus einen Beitrag dazu leisten, künftige Entscheidungen über Ehrungen besser und transparenter zu begründen. Im Kern stand die Frage, ob in unserer heutigen, ihrem ethischen Selbstverständnis nach pluralistischen, inklusiven und den allgemeinen Menschenrechten verpflichteten Gesellschaft Gründe dafür sprechen können, einer Person die Ehre eines Straßennamens nachträglich abzuerkennen. Dabei war zu berücksichtigen, dass zwar das ethische Selbstverständnis der Gegenwartsgesellschaft der Bezugsrahmen für die Bewertung ist, dass dieser aber den historischen Handlungskontexten der geehrten Personen und den Entscheidungen über ihre Ehrung nicht immer gerecht zu werden vermag.

Andernorts wurden in der Diskussion über Straßennamen konkrete Bezüge zu historischen Epochen und Episoden (z. B. Nationalsozialismus, Kolonialismus) kombiniert mit zeitlich nicht konkret gebundenen Problemdiagnosen (z. B. Antisemitismus und Antijudaismus, Rassismus, Demokratiefeindlichkeit, Militarismus, extreme Frauenfeindlichkeit). Die Zeitdimension (zeitliche Distanz zur Gegenwart, Entwicklung in der Biografie) wurde also oft nur partiell erfasst, ebenso wie die Schwere des Verstoßes gegen ethische Prinzipien. Schließlich suggeriert ein eindimensionaler Kriterienkatalog, dass eindeutige, universell gültige und unabänderliche Urteile gefällt werden können. Dies ist aber in der Realität nur selten der Fall. Meist geht es um eine Abwägung unterschiedlicher Aspekte. Die Kommission hat sich daher für einen dreidimensionalen Kriterienkatalog entschieden, der die von ihr gestellten Fragen und getroffenen Abwägungen sichtbar machen soll.

Der Kommission ist dabei bewusst, dass sie selbst den ethischen Prinzipien unserer Gegenwart verpflichtet ist. Aus fachlicher Perspektive erscheint es jedoch dennoch möglich und geboten zu unterscheiden zwischen einem Sachurteil, das Biografien und Sachverhalte vor dem Hintergrund ihres jeweiligen historischen Kontexts bewertet, und einem Werturteil darüber, ob eine anhaltende Ehrung und Würdigung mit den ethischen Maßstäben unserer heutigen Stadtgesellschaft vereinbar ist. Der Kommission ist daran gelegen, dieses Spannungsverhältnis zwischen Sach- und Werturteil sichtbar zu machen und auf die Zeitgebundenheit und Prozesshaftigkeit der Diskussion über städtische Straßennamen hinzuweisen. Umbenennungen sollten aus ihrer Sicht daher nur dann vorgenommen werden, wenn der Verstoß gegen ethische Prinzipien besonders schwer wiegt und dem heutigen städtischen Selbstverständnis fundamental widerspricht. In allen anderen Fällen hält sie Kommentierungen, Didaktisierungen und dauerhafte Diskussionsangebote für das geeignetere Mittel, um Stadtgeschichte mitsamt ihren ethischen Ambivalenzen lebendig zu erhalten.

Kriterium 1: Ethisches Problemfeld

Als ethische Problemfelder hat die Kommission insbesondere Rassismus, Antisemitismus/Antijudaismus, Antiziganismus, Chauvinismus und ähnliche pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (z. B. Frauenfeindlichkeit, Homophobie, Behindertenfeindlichkeit), aber auch Demokratiefeindlichkeit, Despotismus und Militarismus identifiziert. Dieser Katalog wurde aus den behandelten Fällen heraus entwickelt und erhebt insofern keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wichtig war in den Diskussionen der für die Vergabe des Straßennamens zeitgenössisch angegebene Benennungsgrund, sofern dieser überliefert ist. Bezog sich die Namensgebung dezidiert auf einen heute als ‚problematisch‘ erachteten Aspekt einer Biografie oder auf einen anderen, heute womöglich immer noch als verdienstvoll anzusehenden Aspekt?

Kriterium 2: Schwere des Verstoßes gegen ethische Prinzipien

Entscheidenden Einfluss auf das Votum der Kommission hatte die Schwere des Verstoßes gegen die jeweiligen ethischen Prinzipien. Wichtig war die Unterscheidung zwischen Idee, Diskurs und Praxis. Drückte sich der Verstoß gegen ethische Prinzipien im Denken oder in Handeln aus? Wurden Gedanken öffentlich gemacht oder blieben sie auf das private Umfeld beschränkt? Hatte das Handeln nachteilige Folgen für andere oder nicht? Erfolgte es in verantwortlicher oder tonangebender Funktion oder nicht? Wie fundamental waren diese Überzeugungen? Und war die namensgebende Person in ihren Überzeugungen korrekturfähig? Distanzierte sie sich womöglich nachträglich von den eigenen Äußerungen und Handlungen?

Kriterium 3: Nähe bzw. Distanz zur Gegenwart

Außerdem galt es zu berücksichtigen, dass nicht alle Gründe, die gegen eine Ehrung sprechen, gleichermaßen aktuelle ethische Debatten berühren. So verstießen frühneuzeitliche Herrscher zwar aus einer heutigen Perspektive gegen demokratische Prinzipien. Es wird aber wohl kaum jemanden geben, der sich auf sie beruft, um die demokratischen Institutionen zu bekämpfen oder zu delegitimieren. Andere politische und ideologische Traditionslinien wirken hingegen bis die in die Gegenwart weiter. Das gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich für den Nationalsozialismus, den Kolonialismus sowie die mit ihnen verbundenen Ideologien der Ungleichheit, des Autoritaris-

mus und des Chauvinismus. Aus dieser Erkenntnis ergaben sich folgende Fragen: Wie stark wirken die Folgen des ethisch problematischen Denkens oder Handelns bis in die Gegenwart hinein? Inwieweit ist unsere heutige Gesellschaft also noch von ihnen berührt oder betroffen? Handelte eine namensgebende Person oder ereignete sich ein im Straßennamen gewürdigter historischer Sachverhalt in Übereinstimmung mit oder im Widerspruch zu damals gültigen Normen und damals verbreiteten Moralvorstellungen? Ist es zulässig, den Fall mit unseren heutigen Rechtsnormen und Moralvorstellungen zu beurteilen?

Kein eigenständiges Kriterium, aber immer wieder von Bedeutung für die Diskussionen der Kommission war die Frage, welchen konkreten Bezug die geehrte Person oder der gewürdigte Sachverhalt zur Stadt Tübingen bzw. zur Region hatte. Klar ist, dass der identitätsstiftende und historisch-dokumentarische Charakter von Straßennamen in der öffentlichen Debatte eine wichtige Rolle spielt. Die Kommission ist sich jedoch einig, dass dieser Aspekt lediglich eine nachrangige Bedeutung gegenüber den oben erläuterten Kriterien hat. Sie regt allerdings an, bei der Umbenennung von Straßen künftig bewusster und konsequenter auf lokale bzw. regionale Bezugspunkte zu achten.

Bei ihrer Abwägung dieser Kriterien sowie zwischen den Verdiensten und dem potenziellen ethischen Fehlverhalten der untersuchten Personen sah sich die Kommission mit dem Problem einer ungleichen, in manchen Fällen äußerst dünnen Informationsgrundlage konfrontiert. Nicht zu jeder Person und zu jedem Sachverhalt konnte ein vollständiges Bild erarbeitet werden. Die Kommission ist sich daher bewusst, dass künftige Nachforschungen die von ihr vorgenommenen Bewertungen in Frage stellen könnten. Dies gilt insbesondere für Fälle, in denen zwar Anhaltspunkte für ein ethisches Fehlverhalten vorliegen, aber die ausgewerteten Forschungsarbeiten und Quellen keine lückenlose Beweisführung ermöglichen. Prinzipiell stützte sich die Kommission in ihrer Arbeit auf die zugängliche Forschungsliteratur. Insbesondere in strittigen Fällen griff sie zusätzlich auf gedrucktes und archivalisches Quellenmaterial zurück. Fachgutachterliche Stellungnahmen und Diskussionen über namensgebende Personen an anderen Orten wurden nach Möglichkeit in die Analyse einbezogen. Bei der Abwägung der einzelnen Fälle bediente sich die Kommission mitunter einer vergleichenden Perspektive, indem sie ähnlich gelagerte Fälle in Clustern zusammenfasste und gemeinsam diskutierte.

Die Kommission ist sich des dokumentarischen Charakters von Straßennamen, ihrer Bedeutung für die städtische Identitätsbildung und ihrer Funktion als Quelle für die Erforschung kommunaler Gedenkkultur und Geschichtspolitik bewusst. Sie ist davon überzeugt, dass eine Umbenennung von Straßen auch aufgrund des hohen logistischen und finanziellen Aufwands nur in besonders gut begründeten Einzelfällen angestrebt werden sollte. Gleichzeitig verweist sie darauf, dass der ehrende Charakter und die Eindeutigkeitslogik von Straßennamen in einem grundsätzlichen Widerspruch zu den Prinzipien fachhistorischer Bewertung und Einordnung stehen, die gerade die Ambivalenzen und die Grautöne, die Vielschichtigkeit und die Kontingenz von historischen Biografien und Sachverhalten in den Blick nehmen sollte. Die Mitglieder der Kommission haben deshalb viel über mögliche Alternativen zu einer Umbenennung nachgedacht. Dabei verweisen sie nicht nur auf die Möglichkeit einer Markierung und Kommentierung, sondern insbesondere auch auf die

Möglichkeiten einer vertieften Erforschung sowie die Chancen einer Didaktisierung und pädagogischen Nutzung im Sinne einer lebendigen Gedenk- und Erinnerungskultur.

Ziel ihrer Arbeit und des vorliegenden Berichts ist nach einhelliger Meinung der Kommission kein ‚Schlusstrich‘ unter die Debatte, sondern vielmehr die Anregung einer möglichst breiten und sachlichen, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden (stadt)öffentlichen Diskussion erinnerungsgeschichtlicher und geschichtspolitischer Themen. Auf diese Weise kann das Bewusstsein für die Vielschichtigkeit historischer Entwicklungen und ihre anhaltende gesellschaftliche Relevanz gestärkt werden. Ihre Empfehlungen zur Umbenennung einzelner Straßen versteht die Kommission daher dezidiert nicht als Aufforderung zur ‚Tilgung‘ dieser Erinnerung aus dem städtischen Gedächtnis, sondern als Anstoß für eine anhaltende bzw. erneuerte Auseinandersetzung mit den betreffenden Biografien und historischen Sachverhalten.

4) Ergebnisse der Kommissionsarbeit

Aufgabe der Kommission war es, die historische Sachlage darzulegen und auf dieser Grundlage Empfehlungen zum Umgang mit bestehenden Straßennamen auszusprechen. Der Kommission fällt insofern eine politikberatende Funktion zu. Die letztliche Entscheidung über eine Umbenennung oder Beibehaltung bestimmter Straßennamen ist und bleibt hingegen eine politische. Sie muss vor dem Hintergrund der dargelegten Sachlage von den zuständigen, demokratisch legitimierten Gremien getroffen werden. Die politisch Verantwortlichen müssen außerdem abwägen, ob und in welcher Form sie sich in ihrer Entscheidungsfindung mit den betroffenen Anwohner_innen und der Stadtgesellschaft abstimmen wollen.

Der Kommissionsbericht kann daher lediglich ein vorläufiger Referenzpunkt in einer Debatte sein, die die Politik und die Stadtgesellschaft Tübingens auch in Zukunft weiter beschäftigen wird. Die Kommission konnte ihre Empfehlungen nur auf Basis der ihr zugänglichen Informationen und vor dem Hintergrund unseres heutigen Wertehorizonts treffen. Neue Erkenntnisse zur historischen Sachlage und der Wandel ethischer Prinzipien und Moralvorstellungen können zu einem späteren Zeitpunkt womöglich weitere Umbenennungen oder zusätzliche Kommentierungen notwendig erscheinen lassen.

Für die 18 Straßennamen, bei denen erhebliche Anhaltspunkte für eine ethische Verfehlung vorliegen und die von der Kommission einer intensiven wissenschaftlichen Überprüfung unterzogen wurden, spricht die Kommission folgende Empfehlungen aus:

Straßenname	Ethisches Problemfeld	Empfehlung	Abstimmungsergebnis	Dossier
Albrechtstraße	Kriegsverbrechen, Militarismus	Umbenennung	4 Stimmen für Umbenennung 3 Stimmen für Beibehaltung mit Markierung und Kommentierung	S. 18–20
Biererstraße	Antijudaismus, Antisemitismus	Beibehaltung mit besonderer Markierung und ausführlicher Kommentierung	Einstimmig	S. 21–22
Clara-Zetkin-Straße (Lustnau)	Demokratiefeindlichkeit, Mitwirkung an Justizverbrechen	Beibehaltung mit besonderer Markierung und ausführlicher Kommentierung	Einstimmig	S. 23–25
Doblerstraße	Unterstützung des NS-Regimes	Beibehaltung mit besonderer Markierung und ausführlicher Kommentierung	Einstimmig	S. 26–30
Eduard-Haber-Straße (Lustnau)	Kolonialismus, Rassismus, Unterstützung des NS-Regimes, Demokratiefeindlichkeit	Umbenennung	6 Stimmen für Umbenennung 1 Enthaltung	S. 31–35
Eduard-Spranger-Straße	Antisemitismus, Militarismus, Demokratiefeindlichkeit	Beibehaltung mit besonderer Markierung und ausführlicher Kommentierung	6 Stimmen für Beibehaltung 1 Stimme für Umbenennung	S. 36–39
Fürststraße	Kriegsverbrechen, Autoritarismus	Beibehaltung mit besonderer Markierung und ausführlicher Kommentierung	Einstimmig	S. 40–41
Isoldenstraße	Unterstützung des NS-Regimes, Rassismus, Demokratiefeindlichkeit	Beibehaltung mit besonderer Markierung und ausführlicher Kommentierung	Einstimmig	S. 42–44
Karl-Brennenstuhl-Straße (Pfrondorf)	Mitwirkung am NS-Regime, Rassismus, Demokratiefeindlichkeit	Umbenennung	6 Stimmen für Umbenennung 1 Stimme für Beibehaltung mit Markierung und Kommentierung	S. 45–47

Straßenname	Ethisches Problemfeld	Empfehlung	Abstimmungsergebnis	Dossier
Lämmleweg (Hirschau)	Antisemitismus, Unterstützung des NS-Regimes	Umbenennung	6 Stimmen für Umbenennung 1 Stimme für Beibehaltung mit Markierung und Kommentierung	S. 48–51
Ludwig-Krapf-Straße (Derendingen)	Rassismus, Kolonialismus	Beibehaltung mit gesonderter Markierung und ausführlicher Kommentierung	Einstimmig	S. 52–54
Max-Hartmann-Straße	Unterstützung des NS-Regimes	Beibehaltung ohne gesonderte Markierung	Einstimmig	S. 55–57
Niethammerstraße	Demokratiefeindlichkeit, Mitwirkung an Justizverbrechen, Mitwirkung am NS-Regime	Umbenennung	6 Stimmen für Umbenennung 1 Stimme für Beibehaltung mit Markierung und Kommentierung	S. 58–61
Noldeweg (Kilchberg)	Unterstützung des NS-Regimes, Rassismus, Antisemitismus	Umbenennung	5 Stimmen für Umbenennung 2 Stimmen für Beibehaltung mit Markierung und Kommentierung	S. 62–64
Schmitthennerweg (Kilchberg)	Unterstützung des NS-Regimes, Antisemitismus	Beibehaltung mit gesonderter Markierung und ausführlicher Kommentierung	Einstimmig	S. 65–68
Süßerstraße (Pfrondorf)	Mitwirkung am NS-Regime	Beibehaltung ohne gesonderte Markierung	Einstimmig	S. 69–70
Wilhelm-Mönch-Weg (Unterjesingen)	Unterstützung des NS-Regimes	Beibehaltung ohne gesonderte Markierung	Einstimmig	S. 71–72
Wilhelm-Schussen-Weg	Unterstützung des NS-Regimes	Beibehaltung mit gesonderter Markierung und ausführlicher Kommentierung	Einstimmig	S. 73–75

Die Abwägung der Sachlage und die ausführliche Begründung der Empfehlungen lässt sich den im Anhang beigefügten Dossiers entnehmen.

Über diese 18 Namen hinaus hat der Vorsitzende der Kommission eine kursorische Prüfung von 69 weiteren Straßennamen vorgenommen. Keine konkreten Anhaltspunkte für eine weiter zu erforschende ethische Problemlage und für einen dringenden Handlungsbedarf im Sinne einer Umbenennung ergaben sich bei folgenden 32 Namen:

Adolf-Kolping-Straße (Hirschau)	Friedrichstraße
Alemannenweg (Unterjesingen)	Frondsbergstraße
Alexanderstraße	Gösstraße
Anna-Bosch-Straße (Lustnau)	Gottlieb-Olpp-Straße
Autenriethstraße	Helmuth-von-Glasenapp-Straße
Benzstraße	Hermann-Kurz-Straße
Bismarckstraße	Kleiststraße
Brucknerweg	Lenaustraße (Hirschau)
Charlottenstraße	Ludwigstraße
Corrensstraße	Paul-Lechler-Straße
Daimlerstraße	Paul-Löffler-Weg
Damaschkeweg	Philipp-von-Heck-Straße
Dürrstraße	Robert-Gradmann-Weg
Eckenerstraße	Stephanstraße
Friedrich-Dannenmann-Straße	Wilhelmstraße
Friedrich-Zundel-Straße (Lustnau)	Wolfgang-Stock-Straße

Ebenfalls keine konkreten Hinweise auf eine ethische Problemlage ergaben sich bei 14 Namen, deren Überprüfung jedoch angesichts einer unzureichenden Literatur- und Quellenlage nur oberflächlich ausfallen konnte. Namensgeber_innen sind in der Regel lokalgeschichtliche Akteur_innen:

Arnoldsgasse (Unterjesingen)	Jopestraße
Dischingerweg (Hirschau)	Matthias-Koch-Weg
Gottlob-Braeuning-Straße (Derendingen)	Otfried-Müller-Straße
Heldstraße (Lustnau)	Paul-Dietz-Straße (Derendingen)
Hermann-Schweitzer-Straße (Lustnau)	Stieglerstraße (Lustnau)
Herwigweg (Pfrondorf)	Völkerweg
Hornschuchstraße (Lustnau)	Wilhelm-Heusel-Straße (Pfrondorf)

Konkrete Anhaltspunkte für eine ethische Problemlage ergaben sich zunächst bei 23 Straßennamen. Zehn davon sind die Straßen des Galgenberg-Viertels, die in den 1950er und 1960er Jahren nach vormaligen Städten oder Regionen des Deutschen Reichs benannt wurden:

Allensteiner Weg	Marienburger Straße
Breslauer Straße	Memelweg
Kolberger Weg	Stettiner Weg
Königsberger Straße	Sudetenstraße
Liegnitzer Straße	Tilsiter Weg

Eine mit der Kommission abgesprochene Einordnung von Johannes Großmann zu diesen zehn Straßennamen findet sich in einem Dossier im Anhang dieses Berichts (S. 77f.). Sie empfiehlt keine Umbenennung, aber eine symbolische Distanzierung des Gemeinderats vom revisionistischen Charakter der ursprünglichen Benennung. Gleiches gilt für die **Danziger Straße (Derendingen)**, die ihren Namen allerdings bereits 1936 und somit während der NS-Zeit erhielt. In den Kontext der nationalsozialistischen Revisionspolitik ist auch die Benennung der **Saarstraße (Unterjesingen)** einzuordnen. Im Anhang des Berichts finden sich sowohl zur Danziger Straße (S. 79) als auch zur Saarstraße (S. 80) Dossiers mit den Einordnungen von Johannes Großmann.

In elf anderen Fällen war sich die Kommission zwar prinzipiell über die ethischen Verfehlungen der namensgebenden Personen einig. Für eine mögliche Umbenennung waren diese Verfehlungen aus Sicht der Kommission jedoch zu geringfügig, zu folgenlos oder zeitlich zu weit zurückliegend, um sie mit den ethischen Maßstäben unserer Gegenwart angemessen beurteilen zu können. Auf eine intensivere Erforschung wurde daher letztlich verzichtet. Konkret bezog sich diese Einschätzung auf folgende Straßennamen, zu denen die Dossiers mit den Einordnungen von Johannes Großmann im Anhang des Berichts beigelegt sind:

Christophstraße (S. 81 f.)

Eberhardsbrücke/Eberhardstraße (S. 83 f.)

Enno-Littmann-Straße (S. 85 f.)

Eugenstraße (S. 87 f.)

Gertrud-Bäumer-Straße (S. 89 f.)

Hans-Geiger-Weg (S. 91)

Jahnallee/Jahnstraße (Hirschau) (S. 92 f.)

Spemannstraße (S. 94 f.)

Ulrichstraße (S. 96 f.)

5) Empfehlungen für den künftigen Umgang mit Straßennamen

Der Kommission ist bewusst, dass Wertvorstellungen und ethische Prinzipien nicht unumstößlich, sondern Resultate ständiger gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse sind und insofern dem historischen Wandel unterliegen. Die Diskussion über Straßennamen und die von der Kommission ausgearbeiteten Empfehlungen sind selbst ein Indikator dafür, dass sich die moralischen Maßstäbe unserer Gegenwart von denen früherer Zeiten unterscheiden. Der Wandel ethischer Prinzipien wird außerdem unweigerlich dazu führen, dass es auch in Zukunft immer wieder Debatten über bestehende Straßennamen geben wird. Der Abschlussbericht der Kommission sollte insofern eher als Zwischenetappe denn als Schlusspunkt verstanden werden.

Unabhängig davon hat die Kommission in ihrer Arbeit jedoch den Eindruck gewonnen, dass die von ihr diskutierten Problemfälle zumindest zum Teil auch auf fragwürdige Verfahrensabläufe, eine mangelhafte Informationsgrundlage und Fehleinschätzungen bei der Benennung von Straßen zurückzuführen waren. So wurden seit den 1950er Jahren immer wieder neue Straßennamen in Tübingen vergeben, ohne dass die Biografien der Namensgeber_innen einer sorgfältigen Überprü-

fung unterzogen wurden. Informationen zum Verhalten von Personen vor und während der Zeit des Nationalsozialismus wurden entweder gar nicht eingeholt oder nicht gebührend berücksichtigt. Diese Praxis unzureichender Überprüfung reicht teilweise bis in die jüngere Vergangenheit hinein (z. B. Jopestraße, Hermann-Schweitzer-Straße).

Die Kommission empfiehlt daher nachdrücklich, Straßennamen in Zukunft nur auf Grundlage einer abgesicherten und fundierten Sachkenntnis zu treffen. Gleichzeitig sollten die Gründe für die Benennung sorgfältig dokumentiert und dadurch für die Nachwelt festgehalten werden. Denn in mehreren Fällen stand die Kommission vor dem Problem, dass die ursprünglichen Beweggründe für die Vergabe von Namen und teilweise noch nicht einmal die Benennungszeitpunkte aus den Gemeinderatsprotokollen rekonstruierbar waren. Die Stadt sollte daher klare Vorschriften für eine ausführliche und einheitliche Dokumentation künftiger Benennungen formulieren. Diese Dokumentation könnte dann auch als Grundlage einer ergänzenden Kommentierung dienen.

Eng mit dieser Empfehlung verbunden ist der dringende Ratschlag, eindeutige, einheitliche und belastbare Kriterien für die Vergabe von Straßennamen zu entwickeln. Diese sollten gleichermaßen als Grundsätze für künftige Benennungen und als Richtschnur für den Fall gelten, dass bestehende Straßennamen aufgrund neuer Informationen oder sich wandelnder Wertvorstellungen in die Diskussion geraten. In Übereinstimmung damit sollten die Vergabe und Überprüfung von Straßennamen als transparente administrative Prozesse gestaltet werden, die Fachleute und die städtische Öffentlichkeit in angemessener Weise einbinden und beteiligen.

Ein besonderes Anliegen ist der Kommission, dass das historisch-didaktische Potential der Straßennamen in Zukunft bewusster wahrgenommen und aufgegriffen wird. Eine kritisch-reflektierte Thematisierung der namensgebenden historischen Akteur_innen und Sachverhalte im Schulunterricht und im Rahmen kommunaler Erinnerungspolitik würde nicht nur dazu beitragen, städtische Erinnerungen wachzuhalten und Traditionen zu pflegen. Sie könnte vielmehr auch ein hilfreiches Instrument sein, um die moralische und ethische Selbstreflexion zu fördern und den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu stärken.

Literaturnachweise

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt. Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7).

Pöppinghege, Rainer: Geschichtspolitik per Stadtplan. Kontroversen zu historisch-politischen Straßennamen. In: Frese, Matthias (Hg.): Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Münster (Ardey) 2012. S. 21–40.

Reeken, Dietmar von/Thießen, Malte: Ehrregime. Perspektiven, Potentiale und Befunde eines Forschungskonzepts. In: Dies. (Hg.): Ehrregime. Akteure, Praktiken und Medien lokaler Ehrungen in der Moderne. Göttingen (V&R unipress) 2016. S. 11–29.

Anhang 1

Empfehlungen der Kommission zu 18 Namen

Albrechtstraße

Benennung

Benennung 1916 mit folgender Begründung: „Die neuen Straßenzüge in der Umgebung der neuen Infanteriekaserne, die gegenwärtig teilweise in halber, teilweise in ganzer Breite ausgeführt werden, haben noch keine Namen erhalten. [...] Für die Benennung bringt Vorsitzender die Namen unserer großen Heerführer in Vorschlag: Hindenburg, Mackensen, Linsingen und Falkenhausen, diese beiden, weil sie in Württemberg mehrere Jahre gestanden haben. Die Benennung nach militärischen Namen ist übrigens schon früher, ähnlich wie in der Umgebung der Altkaserne, vorgesehen worden. [...] In diesem Zusammenhang wird für die Parallelstraße zwischen Militär- und Moltkestraße hinter der Altkaserne, deren frühere Bezeichnung ‚Friedrichstraße‘, anderwärts verwendet worden ist, der Name ‚Albrechtstraße‘ – nach dem württ. Heerführer Herzog Albrecht so benannt – bestimmt. Dem Garnisonskommando soll von diesen Straßenbenennungen Kenntnis gegeben werden, die bestehen bleiben, wenn von seiner Seite keine anderen Vorschläge gemacht werden.“ (StA Tübingen, A 75, 15.1.1916)

Kurzbiografie

Württemberg, Albrecht Maria Alexander Philipp Joseph von (1865–1939). Herzog und letzter Thronfolger von Württemberg. Jurastudium in Tübingen. Militärische Laufbahn. Bei Kriegsausbruch wird ihm die Führung der 4. Armee übertragen, mit der er durch die Ardennen nach Frankreich vorstieß. In Flandern Eingreifen in die Kämpfe um den Ypern-Bogen einzugreifen. Unter seiner Führung Langemarck-Angriff, bei dem nicht fertig ausgebildete und schlecht ausgerüstete Rekruten ins Maschinengewehrfeuer geschickt wurden (November 1914), und erster Giftgasangriff mit Chlorgas bei Ypern (22.4.1915). Erhalt des Ordens ‚Pour le Mérite‘ für den Sieg der ihm unterstellten 4. Armee bei Neufchâteau (1915). Am 1. August 1916 zum Generalfeldmarschall befördert. Ende Februar 1917 Führung der Heeresgruppe im vergleichsweise ruhigen Abschnitt zwischen Metz und der schweizerischen Grenze. 1918 Erklärung des Thronverzichts und Rückzug ins Privatleben. Im Februar 1920 fordern Alliierte Auslieferung als Kriegsverbrecher wegen Deportationen im Frontbereich. Dem wird nicht nachgegeben. In der Zwischenkriegszeit Oberhaupt der Familie Württemberg. Familie angeblich für oppositionelle Haltung im Nationalsozialismus bekannt.

Ethisches Problemfeld

Kriegsverbrechen, Militarismus

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Herzog Albrecht von Württemberg diente im Ersten Weltkrieg als Oberbefehlshaber der Vierten Armee, die an der Westfront in Flandern eingesetzt wurde. Im Einsatzgebiet der Vierten Armee fand am 22. April 1915 bei Ypern der erste großflächige Giftgasangriff mit Chlorgas statt. Aus his-

torischer Perspektive markierte dieser Einsatz den Übergang zu einer neuen Form der Kriegführung und des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen.

Die meisten Zeitgenossen waren sich der einschneidenden Bedeutung dieser Entwicklung wohl kaum bewusst. Die Armeeführung handelte hingegen nachweislich mit Kalkül und im Wissen um die verheerenden Wirkungen von Giftgas. Dies galt insbesondere für den Generalstab unter Erich von Falkenhayn, der auf einen Einsatz der von Fritz Haber entwickelten Technologie drängte. Jedoch sperrten sich mehrere der an der Westfront eingesetzten Oberbefehlshaber wie Kronprinz Rupprecht von Bayern aus dezidiert moralischen Gründen gegen eine Verwendung von Giftgas, von der sie außerdem eine gegnerische Vergeltung mit gleichen Mitteln befürchteten.

Herzog Albrecht stimmte jedoch am 25. Januar 1915 nachweislich zu, dass der im Einzugsbereich seiner Vierten Armee liegende Ypernbogen zum Einsatzort für das Chlorgas bestimmt wurde. Der Angriff selbst wurde zwar von Generalmajor Emil Ilse und General Berthold von Deimling befehligt. Er hätte jedoch ohne die Zustimmung des Oberbefehlshabers Herzog Albrecht nicht stattfinden können. Nach einer – allerdings journalistischen und nicht mit Quellen belegten – Darstellung aus dem Jahr 1919 gab Herzog Albrecht sogar persönlich „das Zeichen zum Angriff, als der Wind von den britischen Inseln herkam und Franzosen und Kanadiern ins Gesicht wehte.“ (Stegemann 1919, Bd. 3, S. 180)

Im Januar 1916, ein knappes Jahr nach diesem Angriff, wurde Herzog Albrecht zusammen mit anderen „Namen unserer großen Heerführer“ vom Tübinger Gemeinderat mit einem Straßennamen geehrt (StA Tübingen, A 75, Gemeinderatsprotokoll vom 15.1.1916). Die Ehrung wurde also explizit für seine vermeintlichen militärischen Verdienste vergeben und stand im Kontext der Militarisierung des öffentlichen Lebens während des Ersten Weltkriegs.

Die Kommission ist mit einer Mehrheit von vier Stimmen (Grewe, Großmann, Mende, Nieswand) der Meinung, dass die Straße umbenannt werden sollte. Herzog Albrecht hat durch sein Handeln in verantwortlicher Position wesentlich dazu beigetragen, dass der Giftgasangriff in dieser Form stattfand und die Entgrenzung der Kriegführung vorangetrieben wurde. Dass diese Entgrenzung zu einem anderen Zeitpunkt und an einem anderen Frontabschnitt auch ohne seine Einwilligung eingeleitet worden wäre, ändert an seiner Verantwortung nichts. Bereits zeitgenössisch war die militärische Nutzung von Giftgas ethisch hoch umstritten. Wie andere Oberbefehlshaber hätte sich auch Herzog Albrecht einem Einsatz unter seiner Kommandogewalt widersetzen können. Aus heutiger Sicht wiegen die Folgen des Giftgaseinsatzes so schwer, dass ein Festhalten an der Ehrung ethisch kaum vertretbar erscheint. Dass Herzog Albrecht als Thronfolger eine herausgehobene Persönlichkeit der württembergischen Geschichte war, kann diese ethischen Bedenken ebenso wenig aufwiegen wie die Tatsache, dass er in den 1930er Jahren kritische Distanz zu den Nationalsozialisten wahrte.

Drei Mitglieder der Kommission (Keyler, Müller, Rauch) sprechen sich gegen eine Umbenennung aus und plädieren stattdessen für eine Kommentierung und eine vertiefende Erforschung der Sachlage.

Quellen- und Literaturgrundlage

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

A 150/2970, Albrechtstraße. 1927–1954

A 75, Gemeinderatsprotokoll vom 15.1.1916

Gedruckte Quellen

Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 82, 14.2.1920.

Literatur

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 160.

Fritz, Eberhard: Claus Schenk Graf von Stauffenberg und die Herzöge von Württemberg. Überlegungen zu den Motiven des Attentats vom 20. Juli 1944. In: Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte. 47 (2012). S. 225–261.

Raberg, Frank: Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933. Im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Stuttgart (Kohlhammer) 2001. S. 1036–1037.

Schukraft, Harald: Generalfeldmarschall Herzog Albrecht von Württemberg. In: Grawe, Lukas (Hg.): Die militärische Elite des Kaiserreichs. 24. Lebensläufe. Darmstadt (WBG Theiss) 2020. S. 294–309.

Schwengler, Walter: Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart (DVA) 1982.

Schwertfeger, Bernhard, Albrecht. In: Neue Deutsche Biographie, Bd. 1 (1953). S. 175 f.

Stegemann, Hermann: Geschichte des Krieges. Bd. 3. Stuttgart/Berlin (DVA) 1919.

Szöllösi-Janze, Margit: Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie, München (Beck) 1998.

Trumpener, Ulrich: The Road to Ypres. The Beginnings of Gas Warfare in World War I. In: The Journal of Modern History 47 (1975) 3. S. 460–480.

Biererstraße

Benennung

Benennung 1912 mit folgender Begründung: „[...] zum ehrenden Gedächtnis an Stadtschultheiß Bierer, hier (von 1823 bis 1857)“. Im selben Zuge wurden durch Gemeinderatsbeschluss 16 Straßen östlich der Karlsstraße benannt, neben der nach einem weiteren Tübinger Stadtschultheiß und Oberbürgermeister benannten Gösstraße etwa auch die Werastraße, die Autenriethstraße, die Bismarckstraße, die Poststraße und die Eisenbahnstraße (StA Tübingen, A 150/3249, 18.5.1912).

Kurzbiografie

Bierer, Ernst Wilhelm (1796–1876). Rechtskonsulent. Stadtschultheiß Tübingens von 1823 bis 1857. Bierer äußerte sich, wie im Protokoll festgehalten, 1825 antisemitisch. In Bierers Amtszeit klagte die Stadt Tübingen um 1850 auch gegen Leopold Hirsch, der als erster Jude das Tübinger Bürgerrecht erwerben wollte. Bierer verfasste und versendete zwar mehrere den Prozess betreffende Schriftstücke. Nachweisbar ist jedoch kein individueller Anteil seiner Person an der eindeutig antijüdischen Einstellung des Tübinger Gemeinderates, der Hirsch des Schacherhandels bezichtigte.

Ethisches Problemfeld

Antijudaismus, Antisemitismus

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Ernst Wilhelm Bierer war von 1823 bis 1857 Stadtschultheiß Tübingens. In dieser Zeit trat der Tübinger Gemeinderat mehrfach mit antijüdischen Äußerungen und Maßnahmen in Erscheinung. Insbesondere klagte die Stadt 1850 gegen Leopold Hirsch, der als erster Jude das Tübinger Bürgerrecht erwerben wollte.

Die Protokolle des Gemeinderats lassen es nur in wenigen Fällen zu, einzelne Äußerungen oder Meinungen zu rekonstruieren und konkreten Personen zuzuschreiben. Für Bierer ist lediglich eine antijüdische Äußerung aus dem Jahr 1825 belegt. Klar ist jedoch auch, dass er in seiner Funktion als Stadtschultheiß eine tonangebende Rolle im Gemeinderat spielte. Der deutlich antijüdischen Positionierung des Gemeinderats ließ er zumindest freien Lauf.

Mit seiner antijüdischen Haltung bewegte sich der Tübinger Gemeinderat im Rahmen damals üblicher und weit verbreiteter Ressentiments. Für die Betroffenen brachten diese Ressentiments und die mit ihnen einhergehenden Praktiken der Diskriminierung durchaus konkrete soziale, kulturelle und materielle Belastungen mit sich. Diese unterschieden sich allerdings noch deutlich von den Konsequenzen des rassistischen Antisemitismus, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an Kontur gewann und in die nationalsozialistische Judenverfolgung und -vernichtung mündete.

Die Kommission ist der Meinung, dass eine individuelle Schuldzuweisung an Bierer auf Grundlage der vorliegenden Quellen nicht möglich ist. Sie votiert deshalb mit Blick auf die historische Sachlage einstimmig gegen eine Umbenennung der Straße, empfiehlt aber eine Beibehaltung der gesonderten Markierung („Knoten“) mit ausführlicher Kommentierung. Eine förmliche Distanzierung des Tübinger Gemeinderats von den antijüdischen Einstellungen und Beschlüssen seiner damaligen Mitglieder hält die Kommission für dringend geboten.

Quellen- und Literaturgrundlage

Staatsarchiv Sigmaringen (StA Sigmaringen)

Wü 65/36T1–2, Nr. 120, Oberamt Tübingen (1802–1805) 1806–1933. 8. Staatsbürgerrecht. 8.4. Bürgerrechts-Streitigkeiten I. Laufzeit 1848–1862

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

A 150/3249, Straßenbenennungen 1901–1932. Auszug aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 18.5.1912

A 70/3241, Besetzung der Stadtschultheißenstelle. Wahl von Stadtschultheiß Bierer. 1823/24

Schweizer, Günther: Menschen und Familien in Tübingen. Eine genealogische Datenbank. Stand: 1.7.2019. URL: https://www.tuebingen.de/Dateien/Stadtarchiv/Genealogische_Datenbank_Schweizer.pdf [3.1.2023]. S. 303.

Literatur

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 157.

Setzler, Wilfried/Schönhagen, Benigna/Binder, Hans-Otto: Kleine Tübinger Stadtgeschichte. Tübingen (Silberburg) 2006. S. 104.

Clara-Zetkin-Straße (Lustnau)

Benennung

Benennung am 29. April 1985, wobei keine Begründung überliefert ist. Die Vergabe des Namens stand im Kontext der Bemühungen um eine verstärkte Benennung von Straßen nach weiblichen historischen Persönlichkeiten. Bereits 1976 hatte Stadtrat Gerhard Bialas im Namen der DKP-Fraktion im Tübinger Gemeinderat die Umbenennung der Saarstraße in Lustnau in ‚Klara-Zetkin-Straße‘ vorgeschlagen, unter Verweis auf ihre Funktion als letzte Alterspräsidentin des Reichstags. Dem Vorschlag war damals jedoch nicht zugestimmt worden (StA Tübingen, A 75, 2.2.1976).

Kurzbiografie

Zetkin, Clara Josephine, geb. Eißner (1857–1933). Besuch des Leipziger Lehrerinnenseminars, Abschluss mit Auszeichnung, Lehrbefähigungen für Französisch, Italienisch und Englisch (1873–1878). Eintritt in die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (1878). Aufgrund des Sozialistengesetzes Umzug nach Zürich (1882), gemeinsam mit ihrem russischen Lebenspartner Ossip Zetkin, der bereits zwei Jahre zuvor aus Deutschland ausgewiesen worden war. Arbeit als Hauslehrerin in Linz und Zürich. Umzug nach Paris, dort Geburt der Kinder Maxim und Kostja (1883/1885). Tod Ossip Zetkins aufgrund von Krankheit (1889). Im selben Jahr Teilnahme an der Gründung der II. Internationale als Mitarbeiterin des SPD-Organs *Sozialdemokrat*, Zetkin hielt das Referat zur Arbeiterinnen- und Frauenfrage. Rückkehr nach Deutschland und Arbeit als Herausgeberin und Redaktionsleiterin der Frauenzeitschrift *Die Gleichheit* (1891–1917). Berufung zur Sekretärin des Frauensekretariats der Sozialistischen Internationale (1907). Teilnehmerin nahezu aller Kongresse der Internationale bis 1914, außerdem Mitglied der Kontrollkommission aller SPD-Parteitage zwischen 1895–1913 und Mitglied des Parteivorstands.

Bei Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten gemeinsamer Protest gegen die Burgfriedenspolitik mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und anderen GenossInnen (1914). Leitung einer internationalen Frauenkonferenz der linken Opposition der Sozialdemokratie in Bern, Konflikt mit Lenin über die politische Ausrichtung der Tagung (1915). Mitbegründerin der Gruppe Internationale/Spartakusgruppe (1916) und schließlich der USPD (1917). Zwischenzeitlich jedoch ‚Schutzhaft‘, Entlassung aus dem Gefängnis wegen Krankheit (1916/17). Aktivismus in der Stuttgarter Spartakusgruppe und Arbeit für die *Leipziger Volkszeitung*, nachdem der SPD-Parteivorstand sie ihrem Posten bei der *Gleichheit* enthoben hatte.

Kein Gründungsmitglied der 1918 ins Leben gerufenen KPD, formaler Verbleib in der USPD bis März 1919. Mitglied des Württembergischen Landtags als eine der ersten dreizehn weiblichen Abgeordneten, Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung Württembergs (1919–1920). Mitglied der Zentrale der KPD (1919–1924). Herausgeberin der Zeitschrift *Die Kommunistin* (ab 1919). Abgeordnete der KPD im Reichstag der Weimarer Republik (1920–1933). Präsidentin der Internationalen Arbeiterhilfe (1921–1933). Mitglied des Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (1921–1933). Anklägerin der Kommunistischen Internationale im Moskauer

(Schau)Prozess gegen die sogenannten Sozialrevolutionäre, die angeblich den Aufstand der Matrosen von Kronstadt im Vorjahr konspirativ unterstützt hätten. Zetkin sprach sich jedoch, gemeinsam mit Lenin und Charles Rappoport, erfolgreich gegen die Vollstreckung der Todesurteile aus, mit denen der Prozess zu Ende gegangen war (1922). Vorsitzende des ‚Internationalen Provisorischen Komitees gegen den Faschismus‘ des EKKI, gemeinsam mit Henri Barbusse (1923). Wahl zur Vorsitzenden der Roten Hilfe Deutschland (1925). Mitglied des Zentralkomitees der KPD (1927–1929). Lebensschwerpunkt in den 1920er Jahren in der Sowjetunion. Letzter Besuch in Berlin im August 1932 in der Rolle der Alterspräsidentin des Reichstags, Eröffnung dessen neuer Legislaturperiode mit einer gegen die Nationalsozialisten gerichteten Rede. Tod im Juni 1933 in Moskau.

Ethisches Problemfeld

Demokratiefeindlichkeit, Mitwirkung an Justizverbrechen

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Clara Zetkin war seit den 1880er Jahren zunächst in der Sozialistischen Arbeiterpartei, dann in der SPD aktiv, seit 1895 als Vorstandsmitglied. Sie war außerdem eine der Vordenkerinnen der Zweiten Sozialistischen Internationale und der sozialistischen Frauenbewegung. Als überzeugte Pazifistin stimmte sie 1914 gegen die Kriegskredite, engagierte sich danach im Spartakusbund und der USPD, weshalb sie mehrfach in ‚Schutzhaft‘ genommen wurde. Schließlich trat sie in die KPD ein. 1919/20 war sie Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung Württembergs. Als Präsidentin der Internationalen Arbeiterhilfe, Mitglied im Zentralkomitee der KPD und im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale blieb sie auch in der Zwischenkriegszeit politisch engagiert, wobei sie ihren Lebensmittelpunkt in die Sowjetunion verlagerte. Noch kurz vor ihrem Tod im August 1932 warnte sie in ihrer Funktion als Alterspräsidentin des Reichstags vor den Gefahren des Nationalsozialismus.

Moralisch kritikwürdig ist die Person Clara Zetkins vor allem deshalb, weil sie das gewaltsame Vorgehen der sowjetischen Machthaber gegen Oppositionelle nicht nur öffentlich verteidigte, sondern aktiv unterstützte. So plädierte sie im Sommer 1922 als Anklägerin im Moskauer Schauprozess für die (letztlich nicht vollstreckte) Todesstrafe gegen eine Gruppe sogenannter Sozialrevolutionäre. Dabei machte sie sich stark für das „Recht und Gebot der Notwehr einer unterdrückt gewesenen und sich befreienden Klasse“ (Zetkin an Wibaut, 1922, in: Plener 2008, S. 207), das aus ihrer Sicht auch „jenseits der Grenzen der bürgerlichen Rechtsordnung“ (Puschnerat 2003, S. 290) zur Geltung kommen sollte. Im Kern war diese Argumentation Zetkins totalitär – und sie nahm den später vollzogenen Übergang zur stalinistischen Verfolgungspolitik vorweg. Aufgrund ihrer hohen moralischen Autorität innerhalb der kommunistischen Bewegung handelte sie dabei in einflussreicher und verantwortlicher Position. Allerdings befürwortete Zetkin anschließend auch, dass die Todesstrafe nicht vollstreckt wurde. Ihr ging es eher um die Symbolisierung revolutionären Rechts als um dessen Vollstreckung.

Nachdem ein 1976 von einem kommunistischen Stadtrat eingebrachter Antrag gescheitert war, wurde Clara Zetkin von der Stadt Tübingen 1985 schließlich doch mit einem Straßennamen geehrt. Dies geschah wohl in erster Linie für ihre Verdienste um die Frauenbewegung, da gleichzeitig auch andere Protagonistinnen der Frauenemanzipation wie Getrud Bäumer als Namensgeberinnen bestimmt wurden. Ihre diesbezüglichen Verdienste sind bis heute ebenso unbestritten wie ihre Verdienste um die Sozialdemokratie und als wortstarke Mahnerin vor Krieg, Faschismus und Nationalsozialismus. Diese Verdienste müssen aber aus Sicht der Kommission ins Verhältnis gesetzt werden zu ihren demokratiefeindlichen Äußerungen und ihrer Unterstützung für die Verfolgung politischer Gegner in der Sowjetunion, die konkrete Folgen für die Betroffenen hatte.

Nach einer sorgfältigen Abwägung von Verdiensten und Verfehlungen spricht sich die Kommission einstimmig dafür aus, den Straßennamen zwar beizubehalten, aber um eine gesonderte Markierung („Knoten“) mit ausführlicher Kommentierung zu ergänzen. Aus Sicht der Kommission eignet sich das Beispiel Zetkins besonders gut, um beispielsweise Schüler_innen und Studierende für die unauflösbaren Ambivalenzen vieler politischer Biografien des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu sensibilisieren.

Quellen- und Literaturgrundlage

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

A 75, Gemeinderatsprotokolle vom 2.2.1976 und vom 29.4.1985

Gedruckte Quellen

Zetkin, Clara: Für den Schutz der Oktoberrevolution von 1917. Mathilde Wibaut zur Antwort, September 1922. Publiziert in: Plener, Ulla (Hg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen. Berlin (Dietz) 2008 (= Rosa Luxemburg Stiftung, Manuskripte, Bd. 76). S. 203–217.

Zetkin, Clara: Wir klagen an. Ein Beitrag zum Prozess der Sozial-Revolutionäre. Hamburg (Verlag der Kommunistischen Internationale) 1922.

Literatur

Badia, Gilbert: Clara Zetkin. Eine neue Biographie. Berlin (Dietz) 1994.

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 230.

Plener, Ulla (Hg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen, Berlin (Karl Dietz Verlag) 2008 (= Rosa Luxemburg Stiftung, Manuskripte, Bd. 76). Insbesondere Bois, Marcel: Clara Zetkin und die Stalinisierung von KPD und Komintern. S. 149–156.

Puschnerat, Tânia: Clara Zetkin: Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie, Essen (Klartext) 2003.

Weber, Hermann/Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin (Dietz) 2008. S. 1054–1056.

Doblerstraße

Benennung

Benennung durch eine Verfügung des Tübinger Oberbürgermeisters Viktor Renner vom 18. August 1945 mit folgender Begründung: „Das Verschwinden der nationalsozialistischen Herrschaft hat die Umbenennung verschiedener Straßen der Stadt erforderlich gemacht. [...] Andere Straßen sollten das Andenken berühmter, um die Stadt Tübingen besonders verdienter Männer festhalten, beziehungsweise wieder auffrischen, wie die Theodor-Dobler-Straße, Sigwart-Straße, Fürst-Straße, [...]. Manchen freilich ist dieser und jener Name nicht mehr gegenwärtig, ja völlig fremd. Aber auch sie werden sich rasch einbürgern. Unsere an Ereignissen und Männern überreiche Stadtgeschichte soll auch in den Straßennamen zum Ausdruck kommen und der Bevölkerung dadurch gegenwärtig sein. [...] Bisher: Kaiserstraße. Künftig: Theodor-Dobler-Straße (zu Ehren von Oberfeldarzt Dr. Dobler, der Tübingen vor der Zerstörung in diesem Krieg bewahrt hat).“ (StA Tübingen, A 150/3251)

Renner hatte diesen Schritt bereits bei seiner Amtseinführung am 27. Juni 1945 angekündigt: „Ich freue mich, meine Amtseinführung mit der Ehrung zweier um die Stadt Tübingen verdienter Männer beginnen zu können. [...] Herr Oberfeldarzt Dr. Dobler, es ist an der Zeit und es scheint mir auch die richtige Gelegenheit zu sein, der Einwohnerschaft von dieser Stelle aus bekannt zu geben, wem sie es in erster Linie zu verdanken hat, daß unsere schöne Stadt nicht doch noch in den letzten Wochen dieses schrecklichen Krieges vernichtet worden ist. Durch Ihren ehrenhaften und mannhaften Widerstand gegen den irrsinnigen Befehl einer blindwütigen Führung haben Sie eine schmachvolle Verletzung des Genfer Abkommens verhindert und unausdenkbaren Schrecken [sic] und namenloses Leid von uns abgewendet. Dafür hat Ihnen schon Herr Oberbürgermeister Dr. [Fritz] Haußmann im Namen der Stadt schriftlich gedankt und Ihnen ein äußeres Zeichen des Dankes überreichen lassen. – Ihr Name wird in der Geschichte der Stadt Tübingen unauslöschlich verzeichnet sein. Um dem sinnfälligen Ausdruck zu geben, werde ich anordnen, daß eine der bekanntesten Straßen unserer Stadt – die bisherige Kaiserstraße – in Zukunft den Namen Theodor-Dobler-Straßen tragen soll.“ (StA Ludwigsburg, EL 902/25 Bü 1401)

Kurzbiografie

Dobler, Theodor (1893–1973). Kindheit in Pflugfelden bei Ludwigsburg. Medizinstudium in Tübingen, Freiburg, Kiel, und München (1911–1914). Kriegsfreiwilliger (1914), Einsatz in Verdun (1916), Erkrankungen an Typhus und Rur (1917/18). Fortsetzung und Beendigung des Medizinstudiums in Tübingen, Erhalt der ärztlichen Approbation (Ende 1919), Doktor der Medizin (1920). Hausarzt in Schorndorf, Hausarzt des evangelischen Fürsorgeheimes Oberurach, Innere Mission (ab 1921). Gab im Entnazifizierungsfragebogen an, vor 1933 Mitglied der Demokratischen Partei sowie der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung gewesen zu sein.

Mitglied in NSKOV, NSV und NSD-Ärztebund (alle ab 1933). Kreisarztprüfung, Medizinische Staatsakademie München (1935). Sechswöchiger Sanitätsdienst als Stabsarzt der Sanitätsabteilung Stuttgart (1937). Einzug zum Militär, Dienst in einer Nachrichtenabteilung am Westwall (1939).

Standortarzt in Baden-Baden (1941). Chefarzt im Reservelazarett Lemberg (1942). Oberfeldarzt in Tübingen (ab Herbst 1943). Beteiligte sich an der Verhinderung von Kampfhandlungen in und um Tübingen gegen Ende des Zweiten Weltkriegs (April 1945). Gab in seinem Entnazifizierungsfragebogen im März 1947 an, kein NSDAP-Mitglied und auch kein HJ-Mitglied gewesen zu sein. Die Spruchkammer urteilte: Keine Maßnahmen, Verbleiben im Amt (22.1.1947). Im Bundesarchiv sind hingegen zwei Karteikarten der NSDAP-Mitgliederkartei (Zentralkartei sowie Gaukartei Württemberg) erhalten, die Doblere Parteieintritt verzeichnen und auf den 1.6.1940 datieren. Der Aufnahmeantrag erfolgte am 7.7.1939. Auch in Doblere Eintrag in der Kartei der Reichsärztekammer ist die NSDAP-Mitgliedschaft angegeben, ebenso wie eine Mitgliedschaft und Funktion als Unterbanarzt in der Hitlerjugend.

Ernennung zum Leiter der Abteilung Gesundheitswesen in der Landesdirektion des Inneren durch die französische Militärregierung, außerdem Präsident der wiedereingerichteten kommissarischen Ärztekammer Süd-Württemberg (1945). Ernennung zum Ehrensensator der Universität Tübingen (1945). Delegierter des Landesärzteführers für die französische Zone, Leitung des Versorgungskrankenhauses auf dem Sand, Tübingen (ab 1945). Ernennung zum Regierungsmedizinaldirektor (1947). Teilnahme an der Arbeitstagung der westdeutschen Ärztekammern, in deren Rahmen die Grundlagen für die Bundesärztekammer gelegt wurden (1947). Verfahren vor der Spruchkammer Schorndorf gegen Dobler aufgrund ihm vorgeworfener Falschangaben in seinem Entnazifizierungsverfahren vor der Spruchkammer Tübingen. Dobler wurde schließlich als entlastet eingestuft. Zugute gehalten wurde ihm dabei seine Beteiligung an der Verhinderung der Zerstörung Tübingens durch französische Truppen (29.11.1947). Erster Vorsitzender des wiedergegründeten Hartmannbundes nach dem zweiten Weltkrieg (1949). Auszeichnung mit der Paracelsus-Medaille der deutschen Ärzteschaft (1963).

Ethisches Problemfeld

Unterstützung des NS-Regimes

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Theodor Dobler wurde nach seinem Medizinstudium und seinem Einsatz im Ersten Weltkrieg zunächst Hausarzt in Schorndorf. Vor 1933 war er nach eigenen Angaben Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). 1933 wurde er Mitglied der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung (NSKOV), der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebunds (NSDÄB). 1939 wurde er zur Wehrmacht eingezogen. 1941 wurde er Standortarzt in Baden-Baden, dann aber als Chefarzt ins Reservelazarett Lemberg (Lwiw) versetzt. Seit Herbst 1943 war er Oberfeldarzt auf dem Sand in Tübingen. Seiner eigenen Darstellung nach trug er entscheidend dazu bei, dass die Tübinger Innenstadt zum Lazarettsperrbezirk erklärt und im April 1945 kampfflos an französische Truppen übergeben wurde. Der neue Oberbürgermeister Viktor Renner ehrte ihn noch im Juni 1945 mit einem Straßennamen, da Dobler „unsere schöne Stadt“ durch seinen „ehrenhaften und mannhaften Widerstand gegen den irrsinnigen Befehl einer blindwütigen Führung“ vor der Vernichtung bewahrt habe (StA Ludwigsburg, EL 902/25 Bü 1401).

Bereits zeitgenössisch wurde Widerspruch an Doblere Version der Geschehnisse vom April 1945 geäußert, wemngleich niemand seinen Beitrag zur ‚Rettung Tübingens‘ grundsätzlich in Frage stellte. Insbesondere ging es um die Frage, inwieweit Dobler allein gehandelt und sich dezidiert gegen Befehle aus Militär und Partei gestellt hatte. Bis heute besteht in der Forschung dazu keine einheitliche Einschätzung. Die Kommission ist nun auf neue Quellen gestoßen, die die Rolle Doblere in ein anderes Licht rücken und grundsätzliche Fragen aufwerfen. So stellte sich heraus, dass Dobler entgegen eigenen Angaben im Tübinger Entnazifizierungsverfahren vom Oktober 1945 im Juli 1939 die Mitgliedschaft in der NSDAP beantragt hatte und von dieser seit Juni 1940 als Mitglied geführt wurde. Der französischen Militärregierung und den Behörden in Tübingen war dieser Sachverhalt nicht bekannt. Allerdings flogen Doblere Falschaussagen bei einem zweiten Entnazifizierungsverfahren auf, das an seinem Wohnort Schorndorf in der amerikanischen Besatzungszone durchgeführt wurde. Dort gab Dobler schließlich an, ohne sein Wissen als Parteimitglied geführt worden zu sein. In der historischen Forschung herrscht jedoch einhellige Meinung darüber, dass eine NSDAP-Mitgliedschaft ohne eigenhändig unterschriebenen Antrag nicht zustande kommen konnte. Um seine Glaubwürdigkeit zu unterstreichen, verwies Dobler wiederholt auf seine angeblich widerständische Haltung und seine Rolle bei der kampfblosen Übergabe Tübingens.

Angesichts der neuen Quellenfunde drängt sich der Verdacht auf, dass Dobler die Erzählung von der kampfblosen Übergabe der Stadt Tübingen gezielt zur Verschleierung seiner Parteimitgliedschaft nutzte. Seine Selbststilisierung zum ‚Retter Tübingens‘ brachte ihm ein hohes moralisches Ansehen gegenüber den französischen Besatzern und der Tübinger Bevölkerung ein. Sie trug daher auch entscheidend dazu bei, dass Dobler im Oktober 1945 zum Leiter der Abteilung Gesundheitswesen in der Landesdirektion des Innern berufen und zum Präsidenten der kommissarischen Ärztekammer Südwürttemberg ernannt wurde. Dobler gewann dadurch wesentlichen Einfluss auf den Wiederaufbau des Gesundheitssystems und die Entnazifizierung der Ärzteschaft in Südwürttemberg und der Bundesrepublik. Doblere verheimlichte Mitgliedschaft in der NSDAP rückt den vermeintlichen Neuanfang im Gesundheitswesen daher in ein moralisches Zwiellicht.

Die Kommission konnte die Sachlage angesichts der neuen Quellenlage und eines Mangels an fundierten historischen Studien nicht abschließend klären. Einstimmig plädiert sie daher nicht für eine Umbenennung, hält die Anbringung einer gesonderten Markierung (‚Knoten‘) mit ausführlicher Kommentierung aber für unerlässlich. Sie legt der Stadt Tübingen dringend nahe, den für die Stadtgeschichte und die Nachkriegsgeschichte des Landes Baden-Württemberg äußerst bedeutsamen Fall Dobler genauer erforschen zu lassen.

Quellen- und Literaturgrundlage

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)

R 9361-VIII KARTEI/6461583, Mitgliederkarteikarte NSDAP-Zentralkartei

Mitgliederkarteikarte NSDAP-Gaukartei Württemberg

Mitgliederkarteikarte Reichsärztekammer

Mitgliederkarteikarte Reichsarztregister

Staatsarchiv Ludwigsburg (StA Ludwigsburg)

EL 710 II Bü 1028, Landesversorgungsamt Baden-Württemberg: Personalakten, ca. 1900–ca. 1980. Dobler, Theodor

EL 902/25 Bü 1401, Spruchkammer 50 Schorndorf: Verfahrensakten, 1946–1950. Dobler, Theodor

Staatsarchiv Sigmaringen (StA Sigmaringen)

Wü 13 T 2, Nr. 2062/074, Staatskommissariat für die politische Säuberung, 1945–1952. Spruchkammer-Verfahrensakten. Entnazifizierungsakten der Spruchkammer Tübingen

Wü 13 T 2, Nr. 2512/081, Staatskommissariat für die politische Säuberung, 1945–1952. Sonstige Verfahrensakten, Fragebögen, Umgruppierungen, Revisionen, Namenslisten und Korrespondenz. Verfahren und Fragebogen einzelner Berufsstände und Gruppen. Politische Säuberung von Journalisten verschiedener Zeitungen (Schwäbisches Tagblatt, Schwarzwälder Post, Der Württemberger). Dobler, Theodor. Digitalisat unter der URL: <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-605465-1> [3.1.2023]

Wü 13 T 2, Nr. 3238/043, Staatskommissariat für die politische Säuberung, 1945–1952. Sonstige Verfahrensakten, Fragebögen, Umgruppierungen, Revisionen, Namenslisten und Korrespondenz. Ermäßigungen (der Strafe), Revisionen, Ein- und Umgruppierungen, Ablehnungsbescheide, Anerkennung von (Fremdzonen-) Spruchkammerbescheiden. Merker, Ludwig

Wü 13 T 2, Nr. 207, Innenministerium Württemberg-Hohenzollern: Allgemeine Dienst- und Personenangelegenheiten. Gemeinde- und Körperschaftsangelegenheiten, (1823–) 1945–1952 (–1964), Verfassung und Verwaltung. Personalakten. Dobler, Theodor

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

A 150/3251, Straßenbenennungen, 1933–1944, 1959

A 150/5584, Besetzung von Tübingen am 19. April 1945, Besatzungsangelegenheiten (1945–1951)

Universitätsarchiv Tübingen (UAT)

UAT 596/2932, Akte des verstorbenen Ehrensensors Theodor Dobler. Digitalisat unter der URL: <http://doi.org/10.20345/digitue.24088> [3.1.2023]

UAT 117/291a, Nr. 11a, Ehrensensordiplom. Theodor Dobler (1893–1973). Digitalisat unter der URL: <http://doi.org/10.20345/digitue.24084> [3.1.2023]

UAT 599, Ehrensensordokumente, 1924–2007

Gedruckte Quellen

Dobler, Theodor: Wie Tübingen vor der Zerstörung bewahrt wurde. In: Schwäbisches Tagblatt, 18.4.1946.

Werner, Hermann: Tübingen 1945. Stuttgart (Theiss) 1986.

Literatur

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 140.

Rauch, Udo: Tübingen bei Kriegsende. Tübingen 2006. URL: https://web.archive.org/web/20061008213634/http://www.tuebingen.de/25_12202.html [3.1.2023].

Sannwald, Wolfgang (Hg.): Einmarsch, Umsturz, Befreiung. Das Kriegsende im Landkreis Tübingen, Frühjahr 1945. Tübingen (Verlag Schwäbisches Tagblatt) 1995.

Sannwald, Wolfgang (Hg.): Persilschein, Käferkauf und Abschlichtprämie. Von Besatzern, Wirtschaftswunder und Reformen im Landkreis Tübingen. Tübingen (Verlag Schwäbisches Tagblatt) 1998.

Eduard-Haber-Straße (Lustnau)

Benennung

Benannt 1936 vom nationalsozialistisch dominierten Gemeinderat mit folgender Begründung: „Der Oberbürgermeister beabsichtigt, Herrn Gouverneur Haber aus diesem Anlass [Habers 70. Geburtstag] die herzlichsten Glückwünsche der Stadt Tübingen zum Ausdruck zu bringen und ausserdem zu Ehren des Herrn Gouverneurs Haber, als Kolonialvorkämpfer und ein Vorkämpfer für die nationale Erhebung, der heute noch in vorderster Front Dienst für Volk und Vaterland leistet, eine Strasse im Vorort Lustnau als Eduard-Haber-Strasse zu benennen. Mit dieser Ehrung sind sowohl der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Ratsherr Schwab, als auch die Herren Beigeordneten einverstanden. Auch der Beauftragte der NSDAP, Herr Kreisleiter Baumort, hat gemäss § 33 Abs. 1 Ziffer 2 D.G.O. dieser Ehrenbezeichnung fernmündlich zugestimmt. Die Ratsherrn sind in der heutigen Beratung ebenfalls mit der vom Oberbürgermeister beabsichtigten Ehrung einverstanden. [...]“ (StA Tübingen, A 150/3275)

Kurzbiografie

Haber, Johann Karl Emil Eduard (1866–1947). Studium der Natur- und Bergbauwissenschaften in Aachen, Berlin, Bonn und Freiburg (1884–1888). Mitglied des Corps Rhenania Bonn, Köseener SC-Verband (1887–1889). Königlich Preußischer Berg-Assessor (1893), Lehrauftrag für Verwaltungsrecht und Statistik an der Königlich-Preußischen Bergakademie Berlin (1894–1896). Reisen nach Australien, Tasmanien, Neuseeland, Kanada und USA als Gutachter für Mineralölvorkommen der *Deutschen Bank* (1896–1900). Eintritt in den Reichskolonialdienst (1901), in diesem Rahmen Tätigkeit als Referent für Bergbauwesen im damaligen Deutsch-Ostafrika und auch stellvertretender Gouverneur, Ernennung zum Geheimen Regierungsrat (1905–1906). Vortragender Rat im Reichskolonialamt nach seiner Rückkehr aus Dar es Salam (1907), trat in dieser Funktion für die Interessen deutscher Bergwerksunternehmen ein. In dieser Zeit außerdem erneut Dozent an der Königlich Preußischen Bergakademie (1907–1913). Stellvertreter des Gouverneurs des damaligen Deutsch-Neuguinea (März bis Oktober 1914), bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs Verteidigung der Kolonie gegen australische Truppen unter seiner Führung und durch ihn organisiert, Kapitulation im September desselben Jahres.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland weiterhin Tätigkeit für das Reichskolonialamt, Gouverneur von Deutsch-Neuguinea, schließlich Versetzung in den Ruhestand (1917–1919). Reise zu den Friedensverhandlungen in Versailles als Mitglied der deutschen Delegation, Kolonialsachverständiger (1919). Oberbefehlshaber eines Freikorps in Berlin(-Halensee) (1919). Präsident des Reichsausgleichsamts (1920–1923). Dozent an der Preußischen Berg-Akademie Clausthal (1923), dort Ernennung zum Honorarprofessor (1924). Gründung der *AG Haard*, Essen, Vorstandsmitglied (1924–1930). Dozent für Kolonialrecht und internationale Kolonialpolitik sowie für internationale Rohstoffwirtschaft an der Universität Tübingen (1928, Beginn der Lehre im Wintersemester 1929/30).

Mitunterzeichner des Aufrufs ‚Deutsche Hochschullehrer für Hitler‘ (1932). Mitglied im Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK), dort Führer der Motorstaffel V/M 65 (ab 1932 oder 1935). Mitglied im NS-Rechtswahrerbund (1934–1939), im NS-Lehrerbund, in der Reichsfachschaft Hochschullehrer (ab 1934). Vertrauensmann des NSD-Dozentenbundes, wirtschaftswissenschaftliche Abteilung, sowie Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV, 1935). Ehrensensator der Universität Tübingen: Anlässlich seines 70. Geburtstags sollte Haber die Ehrendoktorwürde verliehen werden. Da derlei Ehrungen jedoch durch den NS-Staat kontingentiert wurden, war dies nicht möglich. Darum wurde Haber von der Universität Tübingen ‚nur‘ zum Ehrensensator ernannt. (1936). NSDAP-Mitglied (ab 1937). Mitglied des NS-Altherrenbunds (ohne Datierung). Revision des Lehrauftrags und Ende der Lehrtätigkeit (1945). Urteil des Staatskommissariat für die politische Säuberung: 1946 zunächst Herabsetzung der Bezüge um 10%, die jedoch im Folgenden Jahr wieder aufgehoben wurde.

Ethisches Problemfeld

Kolonialismus, Rassismus, Unterstützung des NS-Regimes, Demokratiefeindlichkeit

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Eduard Haber entschied sich 1901 aus freien Stücken für eine Karriere im Kolonialdienst. Im damaligen Deutsch-Ostafrika stieg er innerhalb kurzer Zeit zum Ersten Referenten des Gouvernements auf. Während seiner Tätigkeit in der dortigen Kolonialverwaltung schlug die deutsche ‚Schutztruppe‘ unter Mithilfe einheimischer Hilfstruppen den sogenannten Maji-Maji-Aufstand nieder. Die dabei gewählte Strategie zielte darauf, den Aufständischen durch Plünderung und die Vernichtung landwirtschaftlicher Produktionsflächen ihre wirtschaftliche Basis zu entziehen. Die Forschung geht heute von bis zu 300000 Opfern durch Kriegshandlungen und Hunger aus. Von 1907 an arbeitete Haber als Vortragender Rat im Berliner Reichskolonialamt. Im Januar 1914 wurde er zum Stellvertreter des Gouverneurs von Deutsch-Neuguinea ernannt. Faktisch übernahm er dort bis zur Kapitulation der deutschen Verwaltung im Oktober 1914 die Amtsgeschäfte des erkrankten Gouverneurs Albert Hahl. Noch im Dezember 1917 wurde er offiziell zum Gouverneur von Deutsch-Neuguinea ernannt.

Nach Kriegsende diente er vorübergehend als Oberbefehlshaber eines Freikorps in Berlin. Danach betätigte er sich als Unternehmer und Dozent, seit 1929 als Lehrbeauftragter in Tübingen. Hier engagierte er sich nicht nur als engagierter Kolonialrevisionist, sondern auch schon vor 1933 als öffentlicher Fürsprecher Hitlers und der NS-Bewegung. Er war Mitglied in mehreren nationalsozialistischen Verbänden und Gliederungen. 1937 trat er auch in die NSDAP ein. Anlässlich seines 70. Geburtstags im Oktober ehrte ihn die Stadt Tübingen mit einem Straßennamen. Begründet wurde diese Ehrung damit, dass er „als Kolonialvorkämpfer und ein Vorkämpfer für die nationale Erhebung [...] heute noch in vorderster Front Dienst für Volk und Vaterland leistet“ (StA Tübingen, A 150/3275). Von der Universität Tübingen wurde er gleichzeitig zum Ehrensensator ernannt.

Eine Umbenennung der Straße wurde bereits seit den späten 1980er Jahren diskutiert, stieß aber bei den damaligen Anwohner_innen auf Gegenwehr. Der Tübinger Gemeinderat lehnte die Umbenennung schließlich mit dem Argument ab, Haber sei später aus der NSDAP ausgetreten. Tatsächlich blieb Haber nach eigenen, im Entnazifizierungsverfahren gemachten Angaben bis zum Kriegsende Parteimitglied.

Die Kommission spricht sich mit klarer Mehrheit von sechs Stimmen bei einer Enthaltung (Rauch) für eine Umbenennung der Straße aus. Haber hat als führender Repräsentant der deutschen Kolonialverwaltung, als Freikorpskämpfer und als überzeugtes Mitglied der NS-Bewegung aktiv an Unrechtsregimen mitgewirkt und die demokratische Ordnung untergraben. Sein rassistisches Weltbild hat er in Schrift, Wort und Tat dargelegt und propagiert. Die verheerenden Folgen des Kolonialismus für die Einheimischen waren für ihn dabei ebenso offensichtlich wie die Gewalt des Nationalsozialismus gegen politische Gegner und ‚Fremdrassige‘. Mit den ethischen Maßstäben unserer Zeit ist die 1936 ausgesprochene Ehrung nicht zu vereinbaren.

Quellen- und Literaturgrundlage

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)

Mitgliederkarteikarte der NSDAP

Mitgliederkarteikarte des Nationalsozialistischen Lehrerbunds

R 9361 III/567178, Personenbezogene Unterlagen der SA. Haber, Johann Karl Emil Eduard

Staatsarchiv Sigmaringen (StA Sigmaringen)

Wü 13 T 2, Nr. 2089/149, Staatskommissariat für die politische Säuberung, 1945–1952. Spruchkammer-Verfahrensakten, Spruchkammer Tübingen. Entnazifizierungsakte Haber, Eduard

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

A 150/3003, Eduard-Haber-Straße, Benennung, 1936

A 150/3275, Benennung der Eduard-Haber-Straße, 1936

E 10/N 187, Teilnachlass Eduard Habers. Enthält Fotoalben, Ehrenzeichen und Verleihungsurkunden, zwei Vorlesungsskripte, tabellarischen Lebenslauf, Artikel und Aufsätze

ZGS 001, Haber: Mappe der Zeitgeschichtlichen Sammlung mit Presseauschnitten u. Ä. über Eduard Haber

ZGS 002, Eduard-Haber-Straße: Mappe der Zeitgeschichtlichen Sammlung mit Presseauschnitten u. Ä. über die Eduard-Haber-Straße

Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 17.2.1992. Beschluss, ein Verfahren auf Umbenennung der Eduard-Haber-Straße in ‚Am Pfliegergarten‘ einzuleiten

Universitätsarchiv Tübingen (UAT)

UAT 126/234, Akten betreffend Haber

UAT 126 a/86, Beleglisten der Lehrveranstaltungen Habers. Akademisches Rektoramt vom 9.10.1934

UAT 251/89, Akten zu Habers Lehrauftrag an der Universität Tübingen

Gedruckte Quellen

Haber, Eduard: Rasse und Kolonisation. In: Der Biologe 6 (1937) 4. S. 106–109.

Stickl, Otto: Die Pflege der Kolonialwissenschaften an der Universität Tübingen. In: Deutscher Kolonialdienst. Blätter des Kolonialpolitischen Amtes der Reichleitung der NSDAP 7 (1942) 7/8. S. 82–84.

Wetzel, Robert/Hoffmann, Hermann (Hg.): Wissenschaftliche Akademie Tübingen des NSD-Dozentenbundes. Jahrbände der Wissenschaftlichen Akademie des NSD-Dozentenbundes. Bd. 1: 1937–1939. Tübingen (Mohr) 1940.

Literatur

Baumann, Karl/Klein, Dieter/Apitzsch, Wolfgang: Biographisches Handbuch Deutsch-Neuguinea 1882–1922. Kurzlebensläufe ehemaliger Kolonisten, Forscher, Missionare und Reisender, Faßberg (Baumann) ²2002. S. 123.

Besenfelder, Sabine: „Staatsnotwendige Wissenschaft“. Die Tübinger Volkskunde in den 1930er und 1940er Jahren. Tübingen (Tübinger Vereinigung für Volkskunde) 2002 (= Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, Bd. 49).

Brintzinger, Klaus-Rainer: Die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung im Nationalsozialismus. In: Wiesing, Urban/Brintzinger, Klaus-Rainer/Grün, Bernd/Junginger, Horst/Michl, Susanne (Hg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus. Stuttgart (Steiner) 2010 (= Contubernium, Bd. 73). S. 199–238.

Daniels, Mario: Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Institutionalisierungsprozesse und Entwicklung des Personenverbandes an der Universität Tübingen 1918–1964, Stuttgart (Steiner) 2009 (= Contubernium, Bd. 71). S. 189–258.

Daniels, Mario: Auslandskunde an der Universität Tübingen 1918–1945. In: Wiesing/Brintzinger/Grün/Junginger/Michl 2010. S. 351–384.

Ehlers, Eckart: Einhundert Jahre Geographie in Tübingen. Institutsgeschichte als Disziplingeschichte. In: Kohlhepp, Gerd/Pfeffer, Karl-Heinz (Hg.): 100 Jahre Geographie an der Universität Tübingen. Tübingen (Geographisches Institut) 2000 (= Tübinger Geographische Studien, Bd. 118).

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7).

Gräbel, Carsten: Die Erforschung der Kolonien. Expeditionen und koloniale Wissenskultur deutscher Geographen, 1884–1919. Bielefeld (transcript) 2015.

Gräbel, Carsten: Landesuniversität Tübingen und Kolonialismus. In: Haus der Geschichte (Hg.): Die vergessene Ausbeutung: Kolonialismus und der Südwesten, Ubstadt–Weiher 2019 (= Stuttgarter Symposium Schriftenreihe, Bd. 19). S. 105–120.

Gräbel, Carsten: Kolonialerfahrung als kulturelles Kapital. Gelehrtenbiographien und Profilierungsstrategien an der Universität Tübingen. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 72 (2021) 9/10. S. 501–512.

Linne, Karsten: Aufstieg und Fall der Kolonialwissenschaften im Nationalsozialismus. In: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 26 (2003). S. 275–284.

Linne, Karsten: „Arbeit für unsere koloniale Zukunft“ – die nationalsozialistischen Kolonialwissenschaften. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 17(2006) 1. S. 91–113.

Marcon, Helmut/Strecker, Heinrich (Hg.): 200 Jahre Wirtschafts- und Staatswissenschaften an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Leben und Werk der Professoren. Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen und ihre Vorgänger 1817–2002. Bd. 1. Stuttgart (Steiner) 2004. S. 539.

Michl, Susanne/Daniels, Mario: Strukturwandel unter ideologischen Vorzeichen. Wissenschafts- und Personalpolitik an der Universität Tübingen 1933–1945. In: Wiesing/Brintzinger/Grün/Junginger/Michl 2010. S. 13–73.

Schröder, Karl-Heinz: Geographie an der Universität Tübingen, 1912–1977. Tübingen (Geographisches Institut) 1977 (=Tübinger geographische Studien, Bd. 72).

Wendt, Reinhard: Das Ende der deutschen Südsee. In: Bechhaus-Gerst, Marianne/Zeller, Joachim (Hg.): Deutschland Postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit. Berlin (Metropol) 2018. S. 80–97.

Eduard-Spranger-Straße

Benennung

Benennung am 15. Juni 1964 mit folgender Begründung: „[...] Von der Verwaltung wird vorgeschlagen, dieser Straße in Erinnerung an Prof. Dr. Eduard Spranger den Namen ‚Eduard-Spranger-Straße‘ zu geben. Prof. Dr. Dr. h.c. Spranger wurde am 27.6.1882 in Großlichterfelde bei Berlin geboren. 1911 wurde er Professor in Leipzig, 1920 in Berlin und schließlich 1946 in Tübingen. Prof. Spranger war nicht nur ein großer Philosoph, sondern auch ein guter Psychologe und hervorragender Pädagoge. So gehört seine ‚Psychologie des Jugendalters‘ zu den Grundwerken der modernen deutschen Pädagogik. Aufgrund seiner besonderen Verdienste um die Wissenschaft wurde ihm die Friedensklasse des ‚Pour le Mérite‘ verliehen. Die Stadt Tübingen ehrte Prof. Dr. Spranger aus Anlaß seines 80. Geburtstages (1962) durch die Verleihung der Tübinger Bürgermedaille in Gold. Prof. Spranger ist am 17.9.1963 in Tübingen gestorben. [...] Daraufhin wird vom Gemeinderat einstimmig beschlossen, der im Lageplan orange eingezeichneten Erschließungsstraße den Namen ‚Eduard-Spranger-Straße‘ zu geben.“ (StA Tübingen, A 75/207/1, 15.6.1964)

Kurzbiografie

Spranger, Eduard, geboren als Schönenbeck, Franz Ernst Eduard (1882–1963). Studium der Philosophie an der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin (ab 1900). Promotion, Thema *Die erkenntnistheoretischen und psychologischen Grundlagen der Geschichtswissenschaft* (1905). Lehrer an zwei privaten Höheren Töcherschulen (1905–1909). Habilitation, Thema *Wilhelm von Humboldt und die Humanitätsidee* (1909). Arbeit als Privatdozent in Berlin (ab 1909). Ordinariat für Philosophie und Pädagogik an der Universität Leipzig (1911). Berater des preußischen Unterrichtsministeriums (ab 1917). Wahl in den Vorstand der Gesellschaft für deutsche Schul- und Erziehungsgeschichte (1918). Professor an der Universität Berlin, Lehrstuhl für Pädagogik und Philosophie (ab 1920). Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften (ab 1925). Mitbegründer der Zeitschrift *Die Erziehung* (1925). Aktive Beteiligung an der Entlassung Theodor Lessings von der Universität Hannover (1925/26).

Rücktritt vom Berliner Lehrstuhl im April 1933, aus hochschulpolitischen Gründen (Konflikte mit dem NSDStB), und weil er keinen Ruf für den neuen Lehrstuhl für politische Pädagogik der Universität erhalten hatte. Rücknahme des Rücktritts seitens Sprangers im Juni desselben Jahres. Kein NSDAP-Mitglied. Eintritt in den Kampfbund Stahlhelm, kurz vor dessen Integration in die SA (1933). Mitglied der Berliner Mittwochsgesellschaft (ab 1934). Vortragsreisen ins Ausland. Erster deutscher Austauschprofessor und Direktor des Kulturinstituts Tokio (1936/37). Vorsitzender der Ortsgruppe Berlin der Goethe-Gesellschaft Weimar, in dieser Funktion Veranlassung des Ausschlusses jüdischer Mitglieder (1938). Einberufung zum heerespsychologischen Reichswehrdienst (1939/40). Kurzzeitige Inhaftierung nach dem Attentat auf Hitler durch die Gruppe um Stauffenberg, aufgrund von Sprangers Kontakten in der Mittwochsgesellschaft (1944).

Kommissarischer Rektor der Humboldt-Universität als erster Rektor nach dem Krieg (Juni bis Oktober 1945). Professor für Philosophie an der Universität Tübingen, Ruf erfolgte auch auf Initiative von Carlo Schmid und Theodor Heuss (1946–1950). Auch nach Emeritierung noch Lehrtätigkeit an der Universität Tübingen (bis 1958). Spruchkammer für den Lehrkörper der Universität des Staatskommissariat für die politische Säuberung Tübingen-Lustnau beurteilte Spranger als „nicht betroffen“ (Mai 1949). Erhalt des Großen Bundesverdienstkreuzes (1952). Auszeichnung mit der Goldenen Bürgermedaille durch den Tübinger Oberbürgermeister Gmelin (1962).

Ethisches Problemfeld

Antisemitismus, Militarismus, Demokratiefeindlichkeit

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Der Philosoph, Pädagoge und Psychologe Eduard Spranger gilt als Mitbegründer der Pädagogik als eigenständiger akademischer Disziplin. Durch seine Schriften, seine öffentlichen Debattenbeiträge, sein institutionelles Wirken und seine Tätigkeit als politischer Berater nahm er wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Lehrerausbildung in Deutschland. In der Zwischenkriegszeit war er zunächst Ordinarius in Leipzig, dann in Berlin. Er war ein angesehener und beliebter Hochschullehrer. Im April 1933 verzichtete er nach Konflikten mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) und seiner Nichtberücksichtigung bei hochschulpolitischen Weichenstellungen auf seinen Lehrstuhl, nahm seinen Rücktritt dann aber wieder zurück. Der NSDAP trat er nicht bei. Jedoch trat er – noch kurz vor dessen Eingliederung in die SA – dem deutschnationalen, republikfeindlichen Kampfbund Stahlhelm bei. Seit 1934 war er Mitglied der Berliner Mittwochsgesellschaft, in der sich regimekritische, aber national gesinnte Wissenschaftler regelmäßig miteinander trafen und austauschten. Nach dem Stauffenberg-Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er aufgrund dieser Kontakte kurzzeitig inhaftiert.

Nach dem Krieg galt Spranger daher als politisch integer, weshalb er von Juni bis Oktober 1945 als kommissarischer Rektor der Universität Berlin fungierte. 1946 nahm Spranger einen von Carlo Schmid und Theodor Heuss initiierten Ruf auf eine Professur für Philosophie an der Universität Tübingen an, wo er noch Jahre über seine Emeritierung 1950 hinaus lehrte. Sprangers Berufung, die nicht zuletzt aufgrund seiner widerständischen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und seinem Nimbus als Reformpädagoge erfolgte, wurde daher zeitgenössisch als ein besonderer Coup der ambitionierten Kultur- und Hochschulpolitik der französischen Besatzer wahrgenommen. Nachdem Spranger zuvor bereits das Große Bundesverdienstkreuz erhalten hatte und mit der Goldenen Bürgermedaille ausgezeichnet worden war, ehrte ihn die Stadt wenige Monate nach seinem Tod mit einem Straßennamen.

Ethisch problematisch erscheint diese Ehrung aus heutiger Sicht wegen zahlreicher völkisch-nationalistischer, militaristischer und antiliberaler, mitunter auch frauen- und demokratiefeindlicher Passagen in Sprangers Schriften und Äußerungen der Zwischenkriegszeit. Außerdem lassen seine aktive Beteiligung an der Entlassung Theodor Lessings durch die Universität Hannover

1925/26 und seine tonangebende Rolle beim Ausschluss jüdischer Mitglieder aus der Berliner Ortsgruppe der Goethe-Gesellschaft 1938 auf eine antisemitische Grundhaltung schließen, die konkrete Konsequenzen für die Betroffenen haben konnte.

Die Kommission spricht sich mit einer klaren Mehrheit von sechs Stimmen dafür aus, die Straße nicht umzubenennen, aber die gesonderte Markierung („Knoten“) mit ausführlicher Kommentierung beizubehalten. Sprangers Biografie lässt sowohl partielle Übereinstimmungen als auch punktuelle Gegnerschaft zum NS-Regime erkennen. Diese Ambivalenzen sollten ebenso kenntlich gemacht werden wie der lokalpolitische Kontext seiner Ehrung, der die Benennung der Straße in Tübingen unterscheidet vom Kontext der Spranger an anderen Orten gewidmeten Straßen- und Schulnamen.

Ein Kommissionsmitglied (Grewe) plädiert hingegen für eine Umbenennung, da die radikalnationalistische Einstellung, das rückwärtsgewandte Rollenverständnis und das antisemitische Handeln Sprangers in diametralem Gegensatz zu den pädagogischen Idealen unserer Zeit stehen.

Quellen- und Literaturgrundlage

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)

Karteikarte des Reichserziehungsministeriums

Karteikarte des Reichsforschungsrats

Mitgliederkarteikarte der Reichskulturkammerkarte

Staatsarchiv Sigmaringen (StA Sigmaringen)

Wü13T2, Nr. 2678/187 Staatskommissariat für die politische Säuberung, 1945–1952. Sprüche und Entscheidungen, Spruchkammern in Württemberg-Hohenzollern, Originalsprüche. Personenakte Spranger, Eduard. Digitalisat unter: <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-469569-1> [3.1.2023]

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

A 75/207/1, § 87, Gemeinderatsprotokoll vom 15.6.1964

Gedruckte Quellen

Martinsen, Sylvia/Sacher, Werner (Hg.): Eduard Spranger und Käthe Hadlich. Eine Auswahl aus den Briefen der Jahre 1903–1960. Bad Heilbrunn (Klinkhardt) 2002.

Scholder, Klaus (Hg.): Die Mittwochs-Gesellschaft. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932 bis 1944. Berlin (Severin und Siedler) 1982.

Spranger, Eduard: März 1933. In: Die Erziehung. Monatsschrift für den Zusammenhang von Kultur und Erziehung in Wissenschaft und Leben 8 (1932/33) 7. S. 401–408.

Spranger, Eduard: Texte für die Mittwochsgesellschaft 1935–1944. Hg. von Uwe Henning. München (Hampp) 1988.

Literatur

Aurin, Kurt: Spranger, Eduard. In: Baden-Württembergische Biographien. Bd. 4. Stuttgart (Kohlhammer) 2007. S. 351–354.

Himmelstein, Klaus: Eduard Spranger im Nationalsozialismus. In: Sacher, Werner/Schraut, Alban (Hg.): Volkserzieher in dürftiger Zeit. Studien über Leben und Wirken Eduard Sprangers. Frankfurt a.M. (Lang) 2004 (= Erziehungskonzeptionen und Praxis, Bd. 59). S. 105–120.

Ortmeyer, Benjamin: Mythos und Pathos statt Logos und Ethos. Zu den Publikationen führender Erziehungswissenschaftler in der NS-Zeit: Eduard Spranger, Herman Nohl, Erich Weniger und Peter Petersen. Weinheim (Beltz) 2009.

Schraut, Alban: Biografische Studien zu Eduard Spranger. Bad Heilbrunn (Klinkhardt) 2007.

Schraut, Alban/Sacher, Werner: Spranger, Franz Ernst Eduard. In: Neue Deutsche Biographie, Bd. 24 (2010). S. 743–745.

Tenorth, Heinz-Elmar: Eduard Sprangers hochschulpolitischer Konflikt 1933. Politisches Handeln eines preußischen Gelehrten. In: Zeitschrift für Pädagogik 36 (1990) 4. S. 573–596.

Wilson, Daniel W.: Der faustische Pakt. Goethe und die Goethe-Gesellschaft im Dritten Reich. München (DTV) 2018.

Wollenberg, Jörg: ‚Juden raus! Lessing raus!‘ Der Fall Lessing in den Akten des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. In: Lessing, Theodor: Ausgewählte Schriften, Bd. 2: ‚Wir machen nicht mit!‘. Schriften gegen den Nationalismus und zur Judenfrage. Hg. von Jörg Wollenberg unter Mitarbeit von Helmut Donat. Bremen (Donat Verlag) 1997. S. 247–274.

Fürststraße

Benennung

Benennung durch Verfügung des Tübinger Oberbürgermeisters Viktor Renner vom 18. August 1945 mit folgender Begründung: „Das Verschwinden der nationalsozialistischen Herrschaft hat die Umbenennung verschiedener Straßen der Stadt erforderlich gemacht. [...] Andere Straßen sollten das Andenken berühmter, um die Stadt Tübingen besonders verdienter Männer festhalten, beziehungsweise wieder auffrischen, wie die Theodor-Dobler-Straße, Sigwart-Straße, Fürst-Straße [...]. Manchen freilich ist dieser und jener Name nicht mehr gegenwärtig, ja völlig fremd. Aber auch sie werden sich rasch einbürgern. Unsere an Ereignissen und Männern überreiche Stadtgeschichte soll auch in den Straßennamen zum Ausdruck kommen und der Bevölkerung dadurch gegenwärtig sein. [...] Bisher: Steinlachstraße. Künftig: Fürst-Straße (wie früher die Steinlachallee. Zur Erinnerung an den bekannten Tübinger Burgvogt unter Herzog Ulrich).“ (StA Tübingen, A 150/3251)

Kurzbiografie

Fürst (auch: First), Ernst von (um 1500). Tübinger Burgvogt und Heerführer an der Seite Herzog Ulrichs bei der Niederschlagung des ‚Armen Konrads‘ im sog. Bauernkrieg im Remstal 1514 nach dem Tübinger Vertrag. Soll in diesem Rahmen nach manchen Darstellungen durch besondere Brutalität und Menschenfeindlichkeit in Erscheinung getreten sein. Obervogt-Amtsverweser für Tübingen (1516).

Ethisches Problemfeld

Kriegsverbrechen, Autoritarismus

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Ernst von Fürst entstammte einer in Tübingen ansässigen, angesehenen Gutsherren- und Ritterfamilie. Als Burgvogt von Hohentübingen und Heerführer beteiligte er sich 1514 unter dem Befehl von Herzog Ulrich von Württemberg aktiv an der Niederschlagung des sogenannten ‚Armen Konrads‘, eines vor allem von Bürgern der württembergischen Landstädte getragenen Aufstands. Beim militärischen Einsatz im Remstal soll Ernst von Fürst durch besonders brutale Vergeltungsmaßnahmen in Erscheinung getreten sein.

Dieser Vorwurf stützt sich insbesondere auf eine Darstellung aus dem Jahr 1841 (Heyd 1841, S. 343–348). Diese Darstellung ergreift deutlich Partei gegen Herzog Ulrich und seine Entourage, wobei eine klare Trennlinie zwischen Sachurteil und wertender Stellungnahme kaum erkennbar wird. Herzog Ulrich wird in dieser Darstellung eindeutig als Verantwortlicher für die Gewaltexzesse der „Kriegsknechte“ benannt, „die wenn nicht auf seinen Befehl, [so] doch mit seinem Zulassen“ gehandelt hätten. Jenseits davon bleiben Handlungszusammenhänge und individuelle Verfehlungen unklar.

Der Straßename wurde zusammen mit anderen im August 1945 vergeben durch eine Verfügung des damaligen Tübinger Oberbürgermeisters Viktor Renner, der damit „das Andenken berühmter, um die Stadt Tübingen besonders verdienter Männer festhalten, beziehungsweise wieder auffrischen“ wollte (StA Tübingen, A150/3251). Im Gegensatz zu anderen Umbenennungen dieser Zeit ersetzte die Fürststraße die vormalige Steinlachstraße und insofern keinen Namen, der aufgrund eines Bezugs zu Nationalsozialismus oder Militarismus untragbar geworden war. Eine Fürststraße hatte es von 1875 bis 1936 schon einmal am westlichen Ufer der Steinlach gegeben.

Die Kommission votiert einstimmig gegen eine Umbenennung, da sich die Frage nach individueller moralischer Schuld auf Basis der Quellen nicht beurteilen lässt und aufgrund der großen zeitlichen Distanz zur Gegenwart auch wenig aktuelle Relevanz hat. Auch scheint es fraglich, inwieweit heutige moralische Standards auf damalige Verhältnisse angewandt werden können. Die Kommission spricht sich jedoch ebenfalls einstimmig für eine Beibehaltung der gesonderten Markierung („Knoten“) mit ausführlicher Kommentierung aus. Der Kommentar sollte auch auf die Benennungsumstände des Jahres 1945 hinweisen und klar machen, dass die damalige Stadtverwaltung Ernst von Fürsts Rolle bei der Niederschlagung des „Armen Konrad“ nicht näher beleuchtet hat.

Quellen- und Literaturgrundlage

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

A 150/3014, Fürststraße. 1914, 1927–1934

A 150/3133, Steinlachstraße (heute: Fürststraße). 1930–1934

A 150/3251, Straßenbenennungen 1933–1944, 1959

Schweizer, Günther: Menschen und Familien in Tübingen. Eine genealogische Datenbank. Stand: 1.7.2019. URL: https://www.tuebingen.de/Dateien/Stadtarchiv/Genealogische_Datenbank_Schweizer.pdf [3.1.2023]. S. 808.

Literatur

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 165 f.

Heyd, Ludwig Friedrich: Ulrich, Herzog zu Württemberg. Ein Beitrag zur Geschichte Württembergs und des deutschen Reichs im Zeitalter der Reformation. Bd. 1: Von Herzog Eberhards II. Entsetzung bis zu Herzog Ulrichs Vertreibung. 1498–1519. Tübingen (Fues) 1841. S. 343–348.

Isoldenstraße

Benennung

Benannt auf Beschluss des Bürgermeisters und des Gemeinderats vom 4 Februar 1929 mit folgender Begründung: „Oberbürgermeister Scheef schlägt vor, das neue Wohnsträsschen zwischen der Albrechtstrasse und der Moltkestrasse, an dem heuer 6 Einfamilienhäuser erbaut werden, zu benennen. Er beantragt diese Strassenbenennung zu benützen für eine Ehrung der Dichterin Isolde Kurz, der Tochter von Hermann Kurz, die mit Tübingen eng verbunden ist und die ihre Jugend hier in Tübingen verlebt hat. Um einer Verwechslung mit der Hermann Kurzstrasse vorzubeugen, wird auf Antrag des Vorsitzenden einstimmig beschlossen: Die neue Wohnstrasse zwischen Albrecht- und Moltkestrasse ‚Isoldenstrasse‘ zu benennen.“ (StA Tübingen, A 150/3264, 4.2.1929)

Kurzbiografie

Kurz, Isolde Maria Klara (1853–1944). Schriftstellerin und Dichterin. Kindheit und Jugend in Tübingen, kein Schulbesuch, Unterricht durch die Mutter Marie Kurz. Umzug nach München, dort Arbeit als Übersetzerin (1876). Umzug nach Florenz (1877), Beginn der schriftstellerischen Tätigkeit während ihres folgenden knapp dreißigjährigen Aufenthalts in Italien. Erste eigene Publikation von Gedichten (1888), in der Folge Veröffentlichung von diversen Erzählungen, Novellen, und Bänden zur eigenen Familiengeschichte. Pendeln zwischen München und Forte de Marmi, Italien, mit ihrer Mutter (ab 1905). Rückkehr aus Italien am Vorabend des Ersten Weltkriegs (1912). Als erste Frau Erhalt der Ehrendoktorwürde der Universität Tübingen (1913). Ab 1926 Erscheinen der Publikationen im Rainer Wunderlich Verlag, Tübingen. Mitunterzeichnerin des Aufrufs ‚Gegen den Antisemitismus‘ und des Aufrufs ‚Für die Ächtung der Kriegsmittel‘ (1930). Mitunterzeichnerin des französischen Manifests gegen ‚Auswüchse des Nationalismus, für Europa und für die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland‘ (1931).

Mitgliedschaft in der Preußischen Akademie der Künste und der Deutschen Akademie der Dichtung (1933). Mitglied der Reichskulturkammer (Eintrittsdatum unbekannt). Der Tübinger Oberbürgermeister Adolf Scheef und der Gemeinderat beschließen, Kurz ein Ehrengrab auf dem Tübingen Stadtfriedhof zur Verfügung zu stellen. Dies nimmt Kurz dankend an (1934). Mitglied des 1938 vom württembergischen Reichsstatthalter Wilhelm Murr gegründeten Schwäbischen Dichterkreises. Auf Aufforderung der Reichsschrifttumskammer erklärte sich Kurz bereit, für Neuauflagen ihrer bisherigen Werke jüdische Personen zu streichen oder sie durch nichtjüdische Personen zu ersetzen. Verfasste eine Eloge zum 50. Geburtstag Adolf Hitlers (1939). Umzug von München nach Tübingen, Tropengenesungsheim (1943), im selben Jahr zu ihrem 90. Geburtstag Erhalt der ‚Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft‘, überreicht von Goebbels. Für die Auszeichnung vorgeschlagen wurde Kurz beim württembergischen Kultusminister und Ministerpräsidenten Christian Mergenthaler durch den Reutlinger Oberbürgermeister Richard Dederer, den Tübinger Bürgermeister Alfred Kercher und den Stuttgarter Oberbürgermeister Karl Strölin. Auf eigenen Wunsch christliche Bestattung auf dem Tübinger Stadtfriedhof (1944).

Ethisches Problemfeld

Unterstützung des NS-Regimes, Rassismus, Demokratiefeindlichkeit

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Die 1853 geborene und in Tübingen aufgewachsene Isolde Kurz erlangte seit den 1880er Jahren als Schriftstellerin Bekanntheit durch die Publikation von Gedichten, Erzählungen, Novellen und Familienerzählungen mit ausgeprägten lokalen und regionalen Bezügen zu ihrer Heimat. Als erste Frau erhielt sie 1913 die Ehrendoktorwürde der Universität Tübingen. Trotz ihres nationalistischen Weltbilds trat sie noch in den frühen 1930er Jahren als Mitunterzeichnerin von Aufrufen gegen Antisemitismus und Krieg sowie für die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland in Erscheinung. Dennoch versuchten die Nationalsozialisten seit 1933, sie für ihre Kulturpropaganda zu vereinnahmen. Isolde Kurz wurde Mitglied in der Preußischen Akademie der Künste, der Deutschen Akademie der Dichtung und der Reichskulturkammer. Auch dem 1938 vom württembergischen Reichsstatthalter Wilhelm Murr gegründeten Schwäbischen Dichterkreis gehörte sie an. In Neuauflagen ihrer Schriften strich oder ersetzte sie nach entsprechender Aufforderung der Reichsschrifttumskammer die Namen jüdischer Personen. Ihren Höhepunkt erreichte ihre Annäherung an das NS-Regime mit einer Eloge zum 50. Geburtstag Adolf Hitlers im Jahr 1939. Zu ihrem 90. Geburtstag ließ sie sich 1943 von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels mit der ‚Goethe-Medaille‘ ehren.

Aus Sicht der Kommission wirken die Schriften von Isolde Kurz mit ihrem nationalistischen, bisweilen völkisch akzentuierten Weltbild heute aus der Zeit gefallen. Kurz lässt sich aber, auch angesichts ihres pazifistischen und gegen Antisemitismus gerichteten Engagements der Zwischenkriegszeit, nur schwerlich als Wegbereiterin nationalsozialistischen Gedankenguts interpretieren. Eine 1905 getätigte Äußerung, die als Zustimmung zu eugenischen Positionen gedeutet werden könnte, ist zu früh, zu unbestimmt und zu isoliert, um in Kurz eine Vorläuferin nationalsozialistischer ‚Rassenhygiene‘ und ‚Euthanasie‘ sehen zu können. Als dezidierte Gegnerin der Demokratie betätigte sie sich nicht. Die Stadt Tübingen ehrte die Dichterin mit dem Straßennamen bereits 1929 und damit deutlich vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Dass Kurz seit 1933 von den Nationalsozialisten vereinnahmt wurde, geschah ohne besonderes Zutun der damals bereits hochbetagten Schriftstellerin. Als Gegnerin des Nationalsozialismus lässt sie sich allerdings ebenfalls nicht bezeichnen.

Die Kommission spricht sich einstimmig gegen eine Umbenennung der Straße aus. Sie plädiert aber für eine Beibehaltung der gesonderten Markierung („Knoten“) mit ausführlicher Kommentierung – zumal der Fall didaktisch gut geeignet ist, die biografischen und moralischen Ambivalenzen von prominenten Kunstschaaffenden im Nationalsozialismus zu verdeutlichen.

Quellen- und Literaturgrundlage

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)

Mitgliederkarteikarte der Reichskulturkammer

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

A 150/1040, Ehrung von Isolde Kurz, Ehrengrab

A 150/3034, Isoldenstraße

A 150/3264, Benennung der Isoldenstraße, 1928/29, Gemeinderatsprotokoll vom 4.2.1929

Gedruckte Quellen

Kurz, Isolde: Schwert aus der Scheide – Gedichte. Heilbronn (Salzer) 1916.

Kurz, Marie/Kurz, Isolde: ...denn wir waren beide Kinder. Briefe, Gedichte und Lebenszeugnisse. Hg. von Renate Overbeck. Tübingen (Heckenhauer) 2020.

Literatur

Akademie der Künste: Literatur – Mitglieder, Eintrag zu Isolde Kurz. URL: https://www.adk.de/de/akademie/mitglieder/index.htm?we_objectID=50066 [3.1.2023].

Borth, Wilhelm: Isolde Kurz (1853–1944). Biographie und Werk einer Dichterin als Spiegel ihrer Zeitgeschichte. In: Reutlinger Geschichtsblätter 33 (1994). S. 363–400.

Ferchl, Irene: Isolde Kurz. In: Noelle-Neumann, Elisabeth (Hg.): Baden-Württembergische Portraits. Frauengestalten aus fünf Jahrhunderten. Stuttgart (DVA) 1999. S. 162–167.

Jonas, Jürgen: Tübingen zu Fuß. 13 Stadtteilrundgänge durch Geschichte und Gegenwart. Hamburg (VSA) 1994. S. 95.

Lewitscharoff, Sibylle/Bendt, Jutta/Schmidgall, Karin: In der inneren Heimat oder nirgends. Isolde Kurz (1853–1944). Marbach am Neckar (Deutsche Schillergesellschaft) 2003 (= Marbacher Magazin, Bd. 104).

Schäffer, Dominik: Aushängeschild des Schwäbischen Dichterkreises. Isolde Kurz (1853–1944). In: Molitor, Stephan (Hg.): Der Schwäbische Dichterkreis von 1938 und seine Entnazifizierung. Stuttgart (Kohlhammer) 2019. S. 50–53.

Walter, Eva: Isolde Kurz und ihre Familie. Biographie. Mühlacker (Stieglitz) 1996.

Karl-Brennenstuhl-Straße (Pfrondorf)

Benennung

Benennung auf Beschluss des Bürgermeisters und des Gemeinderats vom 11. März 1964: „[...] Der Bürgermeister bittet den Gemeinderat um Vorschläge für die Bezeichnungen dieser Straßen. Die Straße welche das Umlegungsgebiet in der Länge teilt, soll nach dem langjährigen früheren Bürgermeister ‚Karl-Brennenstuhl-Straße‘ genannt werden. Beschluß: Der Gemeinderat stimmt einhellig dem Vorschlag zu. Einem Antrag, eine Straße nach einem Schwäbischen Dichter zu benennen, wird die erforderliche Mehrheit versagt.“ (OA Pfrondorf, Gemeinderatsprotokoll vom 11.3.1964)

Kurzbiografie

Brennenstuhl, Karl (1885–1948). Assistent bei der Stadtpflege in der Stadtverwaltung Tübingen, Ortsvorsteher bzw. Bürgermeister von Pfrondorf (1912–1945). Mitgründer des Pfrondorfer Krankenpflegevereins (1919). SA-Mitglied (ab 1933), dort Obertruppführer (bis 1944), stellvertretender Führer des Sturmes 4/180, Ausbilder einer Wehrmannschaft. Reichsbund der deutschen Beamten (ab 1934). Brennenstuhl verbot Veranstaltungen der Pfrondorfer SPD- und KPD-Ortsgruppen, die sich gegen Hitler und die NSDAP-Regierung richteten (1933). Bei der Überwachung von Rückkehrern aus dem Lager Heuberg, sogenannten ‚Schutzhäftlingen‘, führte Brennenstuhl in den von ihm verfassten Meldungen an, dass sich betreffende Personen nicht mehr politisch betätigen würden (1933). NSV-Mitglied (ab 1934), NS-Reichskriegerbund (ab 1935). Meldung von neun Personen als ‚Erbkranke‘ seitens Brennenstuhl auf Nachfrage des Gesundheitsamts/Oberamts Tübingen. Mindestens zwei Personen wurden in der Folge dieser Meldung zwangssterilisiert (Aufforderung zur Meldung datiert auf 8.10.1935, Meldung gefordert bis 1.11.1935, Brennenstuhls Meldung datiert auf 30.10.1935). NSDAP-Mitglied (ab 1937). Meldung der ‚Bibelforscher‘ (Zeugen Jehovas) Albert und Luise Bechtle durch Brennenstuhl auf Aufforderung der Gestapo hin. Der Bürgermeister zog die Reisepässe des Ehepaars ein (Aufforderung zur Meldung datiert auf 28.4.1937, Brennenstuhls Meldung datiert auf 7.7.1935). Mitglied des Reichskolonialbunds (Eintrittsdatum unbekannt). Führer des Volkssturms Pfrondorf (Dezember 1944 bis Mai 1945).

Amtsenthörung und Verhaftung durch die französische Militärregierung am 18. Juli 1945, Entlassung aus der Haft am 1. September 1945. Verbot der französischen Militärregierung, Brennenstuhl in Zukunft im öffentlichen Dienst einzustellen (1945). Vorschlag des deutschen Untersuchungsausschusses für den Landkreis Tübingen, Brennenstuhl auf einen „seiner Vorbildung entsprechenden“ Posten außerhalb von Pfrondorf zu versetzen und ihn um drei Gehaltsstufen zurückzustufen (Februar 1946). Die Säuberungskommission der Landesdirektionen des Inneren und der Finanzen sowie der politische Landesbeirat unterstützten diesen Vorschlag (Juni bzw. Juli 1946). Der Pfrondorfer Gemeinderat spricht sich gegen eine Fortzahlung von Pensionsbezügen an Brennenstuhl aus und begründet dies mit seinen politischen Aktivitäten während der NS-Zeit. Außerdem bezeichnet der Rat Brennenstuhl als „heute noch geistige[s] Oberhaupt der ehemaligen örtlichen Machthaber

während des nationalsozialistischen Regimes“, der „heute noch die neu zusammengesetzte Gemeindeverwaltung wie auch den demokratischen Staat in jeder Weise und bei jeder sich bietenden Gelegenheit negiert.“ (OA Pfrondorf, Gemeinderatsprotokoll vom 16.7.1947)

Ethisches Problemfeld

Mitwirkung am NS-Regime, Rassismus, Demokratiefeindlichkeit

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Karl Brennenstuhl amtierte seit 1912 als Bürgermeister von Pfrondorf und wurde 1922 und 1932 wiedergewählt. Er blieb auch nach 1933 im Amt und arrangierte sich mit den neuen Machthabern, mit denen er als überzeugter Gegner von KPD und SPD übereinstimmte. Seine Nähe zur NS-Bewegung verdeutlichte er außerdem durch seinen Eintritt in die SA, die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) und den Nationalsozialistischen Reichskriegerbund. Im Einklang mit dem NS-Regime beteiligte er sich an der Überwachung vormaliger ‚Schutzhäftlinge‘, an der Meldung von ‚Erbkranken‘ und ‚Bibelforschern‘. Für die Betroffenen konnten diese Maßnahmen ernsthafte Folgen haben. 1937 trat Brennenstuhl schließlich auch in die NSDAP ein.

Dass er bis zum Ende an den Zielen des NS-Regimes festhielt, zeigt sein führendes Engagement im Volkssturm. Die französische Militärregierung enthob ihn daher seines Amtes und ließ ihn festnehmen. Unter Verweis auf seine politischen Aktivitäten in der NS-Zeit sprach sich auch der Pfrondorfer Gemeinderat 1947 gegen eine Fortzahlung von Pensionsbezügen an Brennenstuhl aus, den er als „heute noch geistige[s] Oberhaupt[...] der ehemaligen örtlichen Machthaber während des nationalsozialistischen Regimes“ ansah (OA Pfrondorf, Gemeinderatsprotokoll vom 16.7.1947). Dass sich das gleiche Gremium im März 1964 für die Benennung einer Straße nach Brennenstuhl aussprach, lässt sich als Folge eines politischen Generationenwechsels und Gesinnungswandels interpretieren.

Die Kommission plädiert mit klarer Mehrheit von sechs Stimmen für eine Umbenennung der Straße. Tragender Grund dafür ist Brennenstuhls aktive Mitwirkung am NS-Unrechtsregime. Zwar blieb Brennenstuhls Handlungsradius auf die lokale Ebene begrenzt. In diesem Rahmen kam er jedoch auch verbrecherischen Befehlen zur Verfolgung politischer Gegner, zur Unterstützung ‚rassenhygienischer‘ Maßnahmen und zur Verlängerung des Krieges ohne erkennbare Bedenken nach. Ein ideologisch motiviertes Wirken zum Schaden anderer lässt sich also bei Brennenstuhl klar belegen. Dies unterscheidet ihn vom Fall des vormaligen Tübinger Oberbürgermeisters Adolf Scheef, der 2014 allein schon aufgrund seiner Fortführung der Amtsgeschäfte unter einem nationalsozialistischen Gemeinderat als untragbarer Namensgeber für eine Straße eingestuft wurde. Brennenstuhl war eines jener ‚Rädchen im Getriebe‘, auf die das NS-Regime in seinem Willen zum umfassenden Zugriff auf die Gesellschaft angewiesen war. Eine Einsicht in die Fehler des eigenen Handelns ließ er auch nach 1945 nicht erkennen. Stattdessen stellte er sich im Entnazifizierungsverfahren selbst als Opfer nationalsozialistischer Intrigen und Hetzkampagnen dar. Brennenstuhls mögliche Verdienste als Bürgermeister Pfrondorfs können sein ethisch verwerfliches Handeln nicht aufwiegen.

Ein Mitglied der Kommission (Rauch) spricht sich gegen eine Umbenennung aus und plädiert stattdessen für eine Beibehaltung der gesonderten Markierung („Knoten“) mit ausführlicher Kommentierung. Unabhängig von der abschließenden Entscheidung des Ortschaftsrats empfiehlt die Kommission eine vertiefende Erforschung der Geschichte Pfrondorfs und seiner sehr spezifischen soziopolitischen Konstellation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Quellen- und Literaturgrundlage

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)

Antrag auf Aufnahme in die NSDAP

Mitgliederkarteikarte der NSDAP

R9361 III/566308, Personenbezogene Unterlagen der SA. Brennenstuhl, Karl

Staatsarchiv Sigmaringen (StA Sigmaringen)

Wü13T2, Nr. 2070/6, Staatskommissariat für die politische Säuberung, 1945–1952. Spruchkammer-Verfahrensakten, Spruchkammer Tübingen. Entnazifizierungsakte Brennenstuhl, Karl

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

C80/A25, Ortsvorsteher. Protokoll über die Wahl des Tübinger Stadtpflegeassistenten Karl Brennenstuhl zum Pfrondorfer Ortsvorsteher, 20.3.1912

C80/A28, Dienstbesprechungen des Ortsvorstehers

C80/A29, Beigeordnete 1933–1938

C80/A400, Bibelforscher 1937

C80/A590, Parteiveranstaltungen. Verbotene KPD/SPD-Veranstaltungen

C80/A593, Schutzhaft. Liste mit Schutzhäftlingen, 22.8.1933

C80/A603 bis A605, Polizeiliche Strafverfügungen

C80/A611, Verhütung erbkranken Nachwuchses

C80/A650, Feindpropaganda

C80/A666, Ortschronik, Kreisbildstelle, Heimatbuch 1937–1940. Schreiben von Obertruppführer Fink, Führer des Nachrichtensturmes 180, SA der NSDAP, an die Standarte 180 Tübingen, SA der NSDAP, 10.5.1937

C80/58, Bericht des neuen Pfrondorfer Ortsvorstehers Karl Heuer vom 30.11.1945

C81/58, Versorgungsverhältnisse Bürgermeister Karl Brennenstuhl

E 102/49, Pfrondorf, Personalakten des Schultheißen Brennenstuhl

Ortsarchiv Pfrondorf (OA Pfrondorf)

Gemeinderatsprotokoll vom 27.2.1947, Pensionierung des früheren Bürgermeisters Karl Brennenstuhl

Gemeinderatsprotokoll vom 16.7.1947, Bau-Ausführung des Wagen- und Geräteschuppens des Karl Brennenstuhl, Bürgermeister a. D. in der Albstraße

Gemeinderatsprotokoll vom 11.3.1964

Lämmleweg (Hirschau)

Benennung

Benennung durch Beschluss des Hirschauer Gemeinderats vom 4. Februar 1959 ohne schriftlich fixierte Begründung: „Der Stichweg im Neubaugebiet Bonde erhält die Bezeichnung ‚Lämmleweg‘ [...].“ (StA Tübingen, C40/526)

Kurzbiografie

Lämmle, August (1876–1962). Ausbildung zum Volksschullehrer an den Lehrerseminaren Esslingen und Nürtingen (1891–1896). Schullehrer in Rossach (1901–1906), anschließend in Steinenberg (bis 1910). Ablehnung des Angebots der Nationalliberalen Partei Württembergs, das Parteisekretariat zu leiten (1910). Hauptlehrer für Turnunterricht in Göppingen (1910–1913). Reallehrer in Cannstatt (1913–1921). Leitung des Reservelazarets III in Tübingen während des Ersten Weltkriegs. Mitglied der Loge zu den drei Cedern, Großloge von Hamburg (1913–1931). Freistellung durch das Kultusministerium Stuttgart zum Studium der schwäbischen Volkskunde, erstes Referat zu diesem Thema beim Tag für Denkmalpflege und Heimatschutz (1920). Auftrag zum Aufbau einer Gruppe für Volkstum/Volkskunde am württembergischen Landesamt für Denkmalpflege (1923), Leitung dieser Gruppe (1924–1930). Ernennung zum Landeskonservator (1930).

Schriftleiter (1929–1933), anschließend Herausgeber (1933–1938) der Monatsschrift *Württemberg*. Nach seiner Pensionierung als Landeskonservator aus gesundheitlichen Gründen (1937) Arbeit als freier Schriftsteller. NSDAP-Mitglied, Mitglied der Reichskulturkammer sowie der Reichsschrifttumskammer (ab 1933). Mitglied des Reichsbundes deutscher Beamter (1934–1937) und der Reichspressekammer (1934–1938). Mitglied im Landesvorstand des ‚Kampfbundes für Deutsche Kultur‘ (ab 1934). Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung eines Amtes in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen auf Lebenszeit aufgrund ehemaliger Logenzugehörigkeit (1935). Auszeichnung mit dem Schwäbischen Dichterpreis (1936). Mitglied des Schwäbischen Dichterkreises (ab 1938). Lämmle erwarb von der Stadt Leonberg ein Grundstück, das zuvor dem jüdischen Industriellen Richard Heilner gehört hatte (1938). Die Stadt hatte Heilner im Zuge der sogenannten Arisierung zum Verkauf dieses Grundstücks weit unter dem eigentlichen Wert gezwungen. Eine Beschwerde Heilners wurde von Lämmle antisemitischen Bemerkungen abgetan (Poguntke 2020). 1949 wurde Lämmle verpflichtet, Heilner eine Entschädigung in Höhe von 3 000 DM zu zahlen. Die Stadt Leonberg übernahm diese Zahlung. Auf Wunsch der NSDAP-Gauleitung unter Wilhelm Murr Ernennung Lämmles zum Vorsitzenden des Bundes für Heimatschutz Württemberg und Hohenzollern (1939–1945). Verfügung Hitlers „auf dem Gnadenwege“, dass Lämmle trotz der ehemaligen Logenzugehörigkeit weiterhin Parteiämter bekleiden könne (1939). In seinen Schriften idealisierte Lämmle Hitler und die NS-Bewegung.

Im Entnazifizierungsverfahren wurde Lämmle zunächst als belastet eingeordnet, nach einer mündlichen Verhandlung jedoch zum Mitläufer herabgestuft (1947). Mit Veröffentlichung der Schrift *Ein viel mißbrauchtes Volk. Volkstum und Heimat in Baden-Württemberg* setzte er sich für die Bildung

des Südweststaates ein (1951). Erhalt eines Professorentitels, verliehen von der Landesregierung durch Kultusminister Gotthilf Schenkel, sowie Ernennung zum Ehrenbürger Leonbergs (1951).

Ethisches Problemfeld

Antisemitismus, Unterstützung des NS-Regimes

Abwägung und Empfehlung der Kommission

August Lämmle betätigte sich zunächst als Lehrer an verschiedenen Orten in Württemberg, bevor er seit 1923 mit dem Aufbau und der Leitung einer Gruppe für Volkstum und Volkskunde am württembergischen Amt für Denkmalpflege betraut wurde. Von 1930 bis zu seiner Pensionierung 1937 war er Landeskonservator. Von 1929 bis 1938 war er erst Schriftleiter, dann Herausgeber der Monatsschrift *Württemberg*. Daneben betätigte er sich als freier Schriftsteller. Trotz seiner vormaligen Mitgliedschaft in einer Freimaurerloge trat er 1933 der NSDAP bei. Er wurde Mitglied der Reichsschrifttumskammer, der Reichspressekammer, im Landesvorstand des Kampfbundes für Deutsche Kultur und im Schwäbischen Dichterkreis. Für seine schriftstellerische Tätigkeit wurde er im Nationalsozialismus mehrfach ausgezeichnet. Bis Kriegsende saß er dem Bund für Heimatschutz Württemberg und Hohenzollern vor. Nach 1945 wurde er als ‚Mitläufer‘ eingestuft. Er blieb bis zu seinem Tod als Heimatschriftsteller und Kommentator des politischen Zeitgeschehens aktiv.

Lämmle ließ sich vom NS-Regime nicht nur als Kulturschaffender und Volkstumsforscher vereinnahmen. Er zeigte sich auch bereit, verantwortungsvolle Positionen innerhalb der NS-Kulturpolitik zu übernehmen. Durch seine Publikationsmöglichkeiten, vor allem in der Monatsschrift *Württemberg*, konnte er ein breites Publikum erreichen. Er nutzte diese Möglichkeit, um das NS-Regime für seine sozialpolitischen und eugenischen Maßnahmen zu loben. Dabei verwies er explizit auf die „zielbewußte[...] Durchdenkung und Durchführung de[s] Arierparagraph[en] und die Beseitigung der Fremdstämmigen aus der Führung des deutschen Volkes und Staates“ (Lämmle 1937, S. 299). Beim Kauf eines Wochenendgrundstücks in Leonberg profitierte Lämmle 1938 auch ganz persönlich von der antisemitischen Verfolgungs- und ‚Arisierungs‘-Politik des NS-Regimes (Poguntke 2020). Zu einer selbstkritischen Reflexion über diesen Vorgang konnte sich Lämmle nach 1945 ebenso wenig durchringen wie zu einer generellen Distanzierung von seinen Äußerungen und Aktivitäten im Nationalsozialismus. Die Stadt Leonberg erkannte ihm daher 2020 die Ehrenbürgerwürde ab. Auch die August-Lämmle-Schule in Kusterdingen wurde 2021 umbenannt.

Die Kommission plädiert mit klarer Mehrheit von sechs Stimmen für eine Umbenennung des Lämmlewegs. Tragende Gründe für diese Entscheidung sind Lämmles aktive Unterstützung des Nationalsozialismus in Wort und Schrift, seine aktive Mitwirkung an der NS-Kulturpolitik in verantwortlicher Position und seine persönliche Vorteilnahme im Zuge der ‚Arisierung‘. Seine Verdienste als Schriftsteller, die mit der Vergabe des Straßennamens 1959 geehrt werden sollten, können das ethisch-moralische Fehlverhalten aus heutiger Sicht nicht aufwiegen.

Ein Mitglied der Kommission (Rauch) spricht sich gegen eine Umbenennung aus und votiert für eine Beibehaltung der gesonderten Markierung („Knoten“) mit ausführlicher Kommentierung.

Quellen- und Literaturgrundlage

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)

Mitgliederkarteikarte der Reichskulturkammerkartei

R 9361 II/608805, Parteikorrespondenz. Lämmle, August

Staatsarchiv Ludwigsburg (StA Ludwigsburg)

EL203 Bü 768, Oberschulamt Stuttgart. Personalakten von Gymnasiallehrern, 1897–2015. Digitalisat unter der URL: <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=2-1186616> [3.1.2023]

EL902/14 Bü 5249, Spruchkammer 29, Leonberg: Verfahrensakten, 1946–1950. Lämmle, August

PL502/29 Bü 30, Sammlungsgut der US-Militärregierung zur Dokumentation der NS-Belastung von im Kreis Stuttgart ansässigen Personen, 1930–1945. 2. Sachakten. 2.1. Verwaltung, Organisation der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände. 2.1.1. Personalangelegenheiten. Personalunterlagen einzelner Ortsgruppen-, Zellen- und Blockleiter sowie sonstiger Parteimitglieder, Kug – Laur. Lämmle, August. Digitalisat unter der URL: <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=2-460929> [3.1.2023]

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

C40/526, Ortsarchiv Hirschau, Straßenbenennungen. Darin: Gemeinderatsprotokoll vom 4.2.1959, sowie Deutung der Straßennamen im Ortsteil Hirschau, verfasst von Georg Fridrich, 1973

Gedruckte Quellen

Lämmle, August: *Brauch und Sitte im Bauerntum*. Berlin/Leipzig (De Gruyter) 1935.

Lämmle, August: „Was liegt dem guten Menschen näher als die Seinen?“ Tatsachen zu den Begriffen „Volkstum“ und „Bolschewismus“. In: *Württemberg. Schwäbische Monatshefte im Dienste von Volk und Heimat* 9 (1937), Nr. 104. S. 297–299.

Lämmle, August: *Ein viel mißbrauchtes Volk. Volkstum und Heimat in Baden-Württemberg*. Karlsruhe-Durlach (Dups) 1951.

Literatur

Baumgärtel, Elena: ...lächerliche Lobrede. August Lämmle (1876–1962). In: Molitor, Stephan (Hg.): *Der Schwäbische Dichterkreis von 1938 und seine Entnazifizierung*. Stuttgart (Kohlhammer) 2019. S. 54–58.

Besenfelder, Sabine: „Staatsnotwendige Wissenschaft“. *Die Tübinger Volkskunde in den 1930er und 1940er Jahren*. Tübingen (Tübinger Vereinigung für Volkskunde) 2002 (= *Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen*, Bd. 49).

Kohlmann, Carsten: *Der Volkskundler August Lämmle und die Heimatschutzbewegung in Württemberg*. In: Brieschke, Angelika (Red.): *Schwabenbilder. Zur Konstruktion eines Regionalcharakters*. Hg. vom Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft. Tübingen (Tübinger Vereinigung für Volkskunde) 1997. S. 143–148.

Poguntke, Peter: *Gutachten für die Stadt Leonberg zur NS-Belastung von August Lämmle*. Neufahrn 2020. URL: <https://www.leonberg.de/ratsinformationssystem/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc305088.pdf> [3.1.2023].

Roller, Hans-Ulrich: August Lämmle 1976–1962. In: Bausinger, Hermann (Hg.): Zur Geschichte von Volkskunde und Mundartforschung in Württemberg. Helmut Dölker zum 60. Geburtstag. Tübingen (Tübinger Vereinigung für Volkskunde) 1964 (=Volksleben, Bd. 5). S. 277–293.

Schönhagen, Benigna: „... ein treuer und gewissenhafter Diener und Helfer...“ Der Schwäbische Heimatbund in der NS-Zeit. In: Schwäbische Heimat 60 (2009) 2. S. 144–155.

Schönhagen, Benigna: „... ein treuer und gewissenhafter Diener und Helfer...“ Der Schwäbische Heimatbund in der NS-Zeit. In: Blümcke, Martin/Setzler, Wilfried (Hg.): „Die schwäbische Heimat in ihrer Eigenart zu schützen...“ Die Geschichte des Schwäbischen Heimatbundes von seiner Gründung 1909 bis heute. Ostfildern (Thorbecke) 2014. S. 101–120.

Walf, Christian: Die Heimatdichter und das Dritte Reich. In: Ludwigsburger Kreiszeitung, 4.6.2019.

Ludwig-Krapf-Straße (Derendingen)

Benennung

Benennung um 1930. Die damalige Begründung der Benennung ist nicht überliefert.

Kurzbiografie

Krapf, Johann Ludwig (1810–1881). Besuch der Tübinger Lateinschule (1823–1827). Eintritt in die Basler Missionsanstalt (1827–1829). Theologiestudium in Tübingen (1829–1834). Vikar in Wolfenhausen (1834–1836). Eintritt in den Dienst der anglikanischen *Church Missionary Society* (1836), Entsendung als Missionar nach Abessinien, heutiges Äthiopien (1837). Versuche der ‚Evangelisierung‘ von orthodoxen Christen in der Provinz Tigray (1838), im Königreich Shewa (1839–1842) und im Saholand (1843). Erhalt der Ehrendoktorwürde der Universität Tübingen (1842). Bau einer kleinen Schule und Berater des Königs von Ankober auf dessen Feldzügen. Linguistische Studien, Sammlung von Manuskripten abessinischer Literatur, und sowohl geographische als auch ethnologische Forschung. Hauptfokus der Missionstätigkeit auf die Gemeinschaft der Oromo.

Vertreibung aus Äthiopien, Reise nach Ostafrika, heute Tansania und Kenia, Gründung einer Missionsstation in der Nähe von Mombasa (1844). Dort Beginn der Erarbeitung einer Übersetzung der Bibel in die meistgesprochene Bantusprache, Swahili. Ankunft von Johannes Rebmann aus Gerlingen, der Krapfs Mitarbeiter wurde (1846). Versuche der Erschließung des Landesinneren, Reisen nach Usambara und Ukambani, um dort zu missionieren. Krapf ist der erste Europäer, der nachweislich den Mount Kenya sieht (1849). Verfassen der ersten Grammatik und des ersten Wörterbuchs des Swahili, sowie Publikation des *Vocabulary of Six East African Languages* (1850). Verleihung der goldenen Medaille des höchsten Verdienstordens an Krapf durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. (1850).

Rückkehr nach Europa, Wohnsitz in Korntal bei Leonberg (ab 1855). Weiterhin Missionstätigkeit, vor allem Zusammenarbeit mit St. Chrischona in Riehen bei Basel, stellvertretend für diese Gemeinde Mitglied im Komitee und Kassierer des ‚Halbkreuzer-Kollekten-Vereins‘. Veröffentlichung von *Reisen in Ostafrika* (1858). Unterricht von angehenden Missionshandwerkern in Riehen (1859/60). Leiter des Projekts ‚Apostelstraße‘, in dessen Rahmen eine Kette von Missionsstationen von Jerusalem bis Äthiopien hätte entstehen sollen (1860–1875). Weitere Reisen nach Ostafrika und Äthiopien (1861/62 und 1867/68) mit der *United Methodist Free Church* zur Unterstützung des Aufbaus neuer Missionsstationen sowie, in Funktion eines Übersetzers, mit einer englischen Militärexpedition. Linguistische Arbeiten bis zu seinem Tod in Korntal (1881).

Ethisches Problemfeld

Rassismus, Kolonialismus

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Der in Derendingen geborene evangelische Missionar, Entdeckungsreisende und Sprachforscher Johann Ludwig Krapf starb 1881, also noch vor der deutschen Kolonisierung Ostafrikas. Seine Verdienste als Missionar und Afrikaforscher wurden vielfach gewürdigt. So übersetzte er etwa Teile der Bibel in verschiedene ostafrikanische Sprachen und leitete geografische Expeditionen im Gebiet des Kilimandscharo. Bis heute wird Krapf in Kenia mit einem Museum geehrt.

Die Ambivalenz der Biografie ergibt sich daraus, dass Krapf mit seiner Tätigkeit als Missionar, Übersetzer und Forschungsreisender gleichzeitig als Wegbereiter späterer Kolonisierung verstanden werden kann. Tatsächlich betätigte er sich sogar ganz konkret als Vordenker einer europäischen Landnahme, indem er ein „theoretisches Modell zur Errichtung eines ‚afrikanischen Imperiums‘ in drei Etappen“ entwarf. Dabei äußerte er sich „abschätzig gegenüber den in Ostafrika lebenden Arabern, die er als unfähig für die vermeintliche, nicht zuletzt in der Abschaffung der Sklaverei liegende ‚Zivilisierungsaufgabe‘ in Afrika ansah“ (Gütl 2001, S. 104f.). Krapfs missionarischer Eifer lässt sich insofern kaum von seinen politischen Ideen trennen. Seine kolonialen Visionen und seine rassistischen Reflexe fügten sich allerdings ein in ein primär christlich-humanistisch geprägtes Weltbild, das von einer ‚Zivilisierungsfähigkeit‘ der Afrikaner_innen ausging.

Anders als etwa Eduard Haber war Krapf kein Repräsentant der Kolonialherrschaft. An repressiven und gewaltsamen Aktivitäten war er nicht beteiligt. Seine Kolonialfantasien legte er lediglich in seinem Tagebuch und in vereinzelt Briefen dar, so dass sie den späteren Gang der Kolonisierung kaum beeinflusst haben können. Viele der von ihm missionierten Afrikaner_innen und ihrer Nachkommen verehrten und verehren Krapf bis heute für seine Verdienste um die Christianisierung Ostafrikas.

Die Kommission spricht sich einstimmig gegen eine Umbenennung der Straße aus. Aufgrund der biografischen Ambivalenzen und der stark differierenden Beurteilung Krapfs in der Forschung plädiert sie aber für die Anbringung einer gesonderten Markierung („Knoten“) mit ausführlicher Kommentierung. Angesichts des exemplarischen Charakters für die vielschichtigen und widersprüchlichen Verbindungen zwischen Mission und Kolonialismus sieht die Kommission ein großes didaktisches Potential in einer intensiveren Beschäftigung mit der Person Krapfs. Sie empfiehlt der Stadt Tübingen daher, entsprechende Anreize zu setzen und dabei auch die Ludwig-Krapf-Schule und die Städtepartnerschaft mit Moshi (Tansania) einzubeziehen.

Quellen- und Literaturgrundlage

Literatur

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 199.

Gründer, Horst: Christliche Mission und deutscher Imperialismus. Eine politische Geschichte ihrer Beziehungen während der deutschen Kolonialzeit (1884–1914) unter besonderer Berücksichtigung Afrikas und Chinas, Paderborn (Schöningh) 1982. S. 34.

Gütl, Clemens: Johann Ludwig Krapf. „Do' Missionar vo' Deradenga“ zwischen pietistischem Ideal und afrikanischer Realität, Münster (Lit) 2001 (= Beiträge zur Missionswissenschaft und interkulturellen Theologie, Bd. 17).

Eber, Jochen: Johann Ludwig Krapf. Ein schwäbischer Pionier in Ostafrika, Riehen/Basel (arteMedia) 2006.

Eber, Jochen: Neue Forschungen zu Johann Ludwig Krapf. In: Jahrbuch für evangelikale Theologie 24 (2010). S. 79–88.

Raupp, Werner: Johann Ludwig Krapf. Missionar, Forschungsreisender und Sprachforscher. 1810–1881. In: Taddey, Gerhard/Brüning, Rainer (Hg.): Lebensbilder aus Baden-Württemberg. Bd. 22. Stuttgart 2007. S. 182–226.

Raupp, Werner: Johann Ludwig Krapf, „dr Missionar vo Deradinga“. In: Wiegmann, Karlheinz/Niepelt, Meike (Hg.): Hin und weg. Tübingen in aller Welt. Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Kulturamt) 2007 (=Tübinger Kataloge, Bd. 77). S. 91–99.

Rieckenberg, Hans Jürgen: Krapf, Johann Ludwig. In: Neue Deutsche Biographie, Bd. 12 (1980). S. 676 f.

Max-Hartmann-Straße

Benennung

Benennung am 26. November 1962 mit folgender Begründung: „Die Verwaltung ist der Auffassung, daß die neu zu benennende Straße – wie die meisten Straßen in diesem Bereich – den Namen eines bekannten Wissenschaftlers erhalten sollte, und zwar wird vorgeschlagen, sie nach dem kürzlich verstorbenen früheren Direktor des Max-Planck-Instituts für Biologie, Prof. Dr. Max Hartmann, Ritter und ehemaliger Kanzler der Friedensklasse des Ordens ‚Pour le Mérite‘, zu benennen. Prof. Dr. Hartmann wurde am 7.7.1876 in Lauterecken geboren. Er war seit der Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biologie in Berlin-Dahlem im Jahre 1914 an diesem tätig und seit 1933 dessen Direktor. In und nach dem II. Weltkrieg wurde das Institut nach Tübingen verlegt und der Max-Planck-Gesellschaft als Nachfolgeorganisation angegliedert. Prof. Dr. Hartmann wurde 1955 emeritiert und starb am 11.10.1962 in Buchenbühl/Allgäu. Seine besonderen Verdienste liegen auf dem Gebiete der Befruchtungs- und Geschlechtsphysiologie und der Darstellung der philosophischen Grundlagen der Naturwissenschaften. Der derzeitige Direktor des Max-Planck-Instituts für Biologie, Prof. Dr. [Georg] Melchers, der zum Vorschlag der Verwaltung gehört wurde, befürwortet die Benennung der Straße nach Prof. Dr. Hartmann auf das wärmste.“ (StA Tübingen, A 75/205/1, 26.11.1962)

Kurzbiografie

Hartmann, Maximilian (1876–1962). Studium an der Forsthochschule Aschaffenburg (bis 1895), dann an der Universität München, Zoologie sowie Naturwissenschaften (ab 1896). Dort Promotion zum Dr. phil. (1901) sowie Habilitation in Zoologie über *Die Fortpflanzungsweise der Organismen* (1903). Arbeit als Assistent am Zoologischen Institut der Universität Gießen (1902–1905). Arbeit am Institut für Infektionskrankheiten Berlin, dem späteren Robert-Koch-Institut (ab 1905), Ernennung zum Professor (1909). Wissenschaftliches Mitglied und Leitung der Abteilung Protistenkunde des Kaiser-Wilhelm-Instituts (KWI) für Biologie, später Max-Planck-Institut für Biologie, an den Standorten Berlin Dahlem, Hechingen und Tübingen (1914–1955). Senator und Vorsitzender der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (1929–1932). Präsident der Deutschen Zoologischen Gesellschaft (1931). Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina (ab 1932). Stellvertretender Vorsitzender der Biologisch-Medizinischen Sektion des Wissenschaftlichen Rats der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (1932–1936).

Kommissarische Leitung des KWI für Biologie (1933). Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften (ab 1934). Korrespondierendes Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (ab 1935). Direktor am KWI für Biologie (1935–1955). Mitherausgeber der Zeitschrift *Der Biologe*, die just vom SS-Ahnenerbe übernommen worden war (ab 1939). In Hartmanns Veröffentlichungen sind jedoch keine rassenideologischen Inhalte auszumachen. Direktor und Wissenschaftliches Mitglied des Deutsch-Griechischen Instituts für Biologie in Piräus, Griechenland (1942–1944). Honorarprofessor an der Universität Tübingen (ab 1946). Ehrensensator der Max-Planck-Gesellschaft (1951–1962). Wahl in die *National Academy of Sciences* (1959).

Ethisches Problemfeld

Unterstützung des NS-Regimes

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Der Zoologe, Biologe und Naturphilosoph Maximilian Hartmann war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einer der führenden deutschen Forscher im Bereich der Vererbungslehre und der Entwicklungsphysiologie, die er insbesondere an Insekten studierte. Seine Beiträge zur erbbiologischen Forschung gelten bis heute als grundlegend. 1933 übernahm Hartmann zunächst die kommissarische, 1935 dann die formelle Leitung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biologie. Von den 1920er Jahren über die NS-Zeit hinweg engagierte er sich in zahlreichen Fachgremien und hochschulpolitischen Institutionen. Seit 1939 war er Mitherausgeber der Zeitschrift *Der Biologe*, die in diesem Jahr vom SS-Ahnenerbe übernommen worden war. Während der deutschen Besatzung in Griechenland war er von 1942 bis 1944 Direktor des Deutsch-Griechischen Instituts für Biologie in Piräus. Zusammen mit dem in Max-Planck-Institut für Biologie unbenannten Kaiser-Wilhelm-Institut siedelte er 1946 nach Tübingen über, wo er außerdem zum Honorarprofessor der Universität Tübingen ernannt wurde.

Hartmann hat unter dem Nationalsozialismus geforscht und Wissenschaftspolitik betrieben. Er kann dafür kritisiert werden, dass er sich darauf eingelassen und nicht ausreichend gegen die Verbrechen des NS-Regimes und für seine jüdischen Kollegen Stellung bezogen hat. Allerdings hat er sich im Gegensatz zu vielen anderen Biologen und Genetikern standhaft gegen eine ideologische Vereinnahmung seiner erbbiologischen Grundlagenforschung durch den Nationalsozialismus gewehrt. Weder in seinen Beiträgen zur Zeitschrift *Der Biologe*, noch in anderen seiner Publikationen hat er einer politischen Instrumentalisierung seiner Forschung Vorschub geleistet. Oberster Maßstab war für ihn das Ideal einer ‚reinen‘ Wissenschaft. Konsequenter, aber ethisch problematisch war daher sein nach Kriegsende geäußerter Vorschlag, „alle Nieten unter den Kollegen“ mithilfe der Entnazifizierung zu entfernen, belastete Spitzenwissenschaftler aber auf ihren Positionen zu belassen (Gausemeier 2005, S. 309). Seine Tätigkeit in Piräus stand zwar im Kontext der deutschen Besatzungspolitik. Sie diente jedoch offenbar in erster Linie „der Grundlagenforschung in Berlin und nicht der Propagierung der nationalsozialistischen Rassenideologie“ (Zarifi 2020). Ein wie auch immer gearteter persönlicher Beitrag zu den Härten und Verbrechen der deutschen Besatzung kann Hartmann auf Grundlage der vorliegenden Quellen nicht nachgewiesen werden.

Die Kommission spricht sich einstimmig für eine Beibehaltung des Straßennamens und eine Entfernung der gesonderten Markierung („Knoten“) aus. Die ursprünglichen Verdachtsmomente wurden durch die ausgewerteten Quellen und Darstellungen ausgeräumt. Hartmanns wissenschaftliche Verdienste überwiegen die moralischen Bedenken gegenüber seiner ambivalenten Haltung im Nationalsozialismus.

Quellen- und Literaturgrundlage

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)

Karteikarte des Reichserziehungsministeriums

Karteikarte des Reichsforschungsrats

Nachlassdatenbank. Biographische Notiz zu Max Hartmann. URL: https://www.bundesarchiv.de/nachlassdatenbank/viewsingle.php?category=H&person_id=36158&asset_id=41094 [3.1.2023]

Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (MPG-Archiv)

Nachlass Max Hartmann

III/047, Nr. 207, Korrespondenz mit Hermann Boehm

III/047, Nr. 1778, Korrespondenz mit der NSDAP-Reichsleitung

III/047, Nr. 1799, Korrespondenz mit dem Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

A 75/205/1, § 187, Gemeinderatsprotokoll vom 26.11.1962

Literatur

Dolezal, Helmut: Hartmann, Max. In: Neue Deutsche Biographie, Bd. 8 (1969). S. 1 f.

Gausemeier, Bernd: Natürliche Ordnungen und politische Allianzen. Biologische und biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945. Göttingen (Wallstein) 2005.

Gissing, Judith: Rassenhygiene und Schule im Dritten Reich. Univ.-Diss. Münster (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) 2003. Insbesondere Kapitel 4: Die Zeitschrift „Der Biologe“ als Organ der NS-Biologie. S. 58–84.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt a. M. (Fischer) 2007. S. 229.

Potthast, Thomas/Hoßfeld, Uwe: Vererbungs- und Entwicklungslehren in Zoologie, Botanik und Rassenkunde/Rassenbiologie. Zentrale Forschungsfelder der Biologie an der Universität Tübingen im Nationalsozialismus. In: Wiesing, Urban/Brintzinger, Klaus-Rainer/Grün, Bernd/Junginger, Horst/Michl, Susanne (Hg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus. Stuttgart (Steiner) 2010 (= Contubernium, Bd. 73). S. 435–482.

Zarifi, Maria: Ein Biologisches Institut in Piräus 1942–1944. In: Kyrtsis, Alexandros-Andreas/Pechlivanos, Miltos (Hg.): Online-Compendium der deutsch-griechischen Verflechtungen. URL: <https://comdeg.eu/compendium/essay/99088/> [3.1.2023].

Niethammerstraße

Benennung

Beschluss zur Benennung ohne nähere Begründung am 8. Oktober 1956 zusammen mit der Hofmeisterstraße, der Vöchtingstraße und Wolfgang-Stock-Straße. Oberbürgermeister Hans Gmelin reagierte mit dem Namensvorschlag auf einen Antrag, der zuvor an den Gemeinderat herangetragen worden war (StA Tübingen, A 75/199/1, 24.9.1956 und 8.10.1956).

Kurzbiografie

Niethammer, Emil (1869–1956). Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Tübingen (1888–1893, zweite höhere Justizdienstprüfung 1897). Mitglied des Corps Rhenania Tübingen (ab 1889). Amtsrichter in Schwäbisch Gmünd (1901–1905). Landrichter in Ellwangen (1905–1914). Kriegsdienst, vorwiegend in Frankreich, zum Schluss als Major und Regimentsführer (1914–1918). Erhalt der Württembergischen Militärverdienstmedaille (1915). Kommissarischer Generalstaatsanwalt in Stuttgart (1919). Reichsanwalt (ab 1922). Ankläger im Prozess gegen die Mitglieder der ‚Organisation Consul‘ am Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik in Leipzig (1924).

Kein NSDAP-Mitglied. Reichsanwalt/Reichsgerichtsrat am Reichsgericht Leipzig (1930–1937). Dort Mitglied des IV. Strafsenats (1934–1936), der für die Strafsachen mehrerer Oberlandesgerichte sowie für Militärstrafgerichtssachen zuständig war. Äußerte sich positiv zur Verurteilung der militärkritischen Journalisten Carl von Ossietzky und Walter Kreiser, die im sogenannten *Weltbühne*-Prozess vor dem IV. Strafsenat zu jeweils 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren (1931). Mitglied der amtlichen Kommissionen für die Erneuerung des Strafrechts im Sinne des Regimes (1935–1938). Ehrendoktor der Juristischen Fakultät, Universität Kiel, die wegen ihrer besonderen Nähe zum Nationalsozialismus und ihrer Systemkonformität als ‚Stoßtruppfakultät‘ bezeichnet wurde (1938). Gutachter in der Reichs- und Landesgesetzgebung (1940–1945). Honorarprofessor an der Universität Tübingen für Strafrecht und Strafverfahrensrecht (ab 1944).

Mitglied der Beratenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern (1946/47). Mitgründer und -herausgeber der Süddeutschen Juristenzeitung (1946–1956). Mitglied des Landtags Württemberg-Hohenzollern als Abgeordneter der CDU (1947). Präsident des Oberlandesgerichts Tübingen sowie des Staatsgerichtshofes Württemberg-Hohenzollern (1947–1950). Vorsitzender des Kompetenzgerichtshofes (ab 1948). Erhalt des Bundesverdienstkreuzes (1952). Mitglied der großen Strafrechtskommission der Bundesrepublik Deutschland (1953). Erhalt des Großen Bundesverdienstkreuzes (1954).

Ethisches Problemfeld

Demokratiefeindlichkeit, Mitwirkung an Justizverbrechen, Mitwirkung am NS-Regime

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Emil Niethammer studierte Rechtswissenschaften an der Universität Tübingen, wo er außerdem Mitglied des Corps Rhenania wurde. Bis 1914 war er zunächst Amtsrichter in Schwäbisch Gmünd, dann Landrichter in Ellwangen. Während des Ersten Weltkriegs stieg er zum Major und Regimentsführer auf. 1919 wurde er kommissarischer Generalstaatsanwalt in Stuttgart, 1922 Reichsanwalt am Reichsgericht in Leipzig. 1924 machte er im Prozess gegen die Mitglieder der rechtsterroristischen ‚Organisation Consul‘ durch seine unangemessene Milde gegenüber den Angeklagten von sich reden. Auch nach 1933 blieb er als Reichsanwalt und Reichsgerichtsrat in Leipzig tätig. Er beteiligte sich aktiv in der 1935 eingesetzten amtlichen Kommission für die Erneuerung des Strafrechts im Sinne des NS-Regimes. 1938 erhielt er einen Ehrendokortitel der Juristischen Fakultät in Kiel, die für ihre besondere Nähe zum Nationalsozialismus bekannt war. Bis Kriegsende beteiligte er sich als Gutachter in der Reichs- und Landesgesetzgebung. Da Niethammer kein Mitglied der NSDAP gewesen war, überstand er die Entnazifizierung unbeschadet. Trotz seiner prominenten Rolle im Justizwesen während der NS-Zeit und seiner autoritären Ansichten wurde er 1947 zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Tübingen ernannt und war damit automatisch auch Vorsitzender des Staatsgerichtshofs von Württemberg-Hohenzollern. Noch nach seiner Pensionierung 1950 wurde er 1953 als Mitglied in die von der Bundesregierung eingesetzte Große Strafrechtskommission berufen. 1954 erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz. Wenige Monate nach seinem Tod ehrte ihn die Stadt Tübingen 1956 mit einem Straßennamen.

Niethammers Biografie zeugt von einem weltanschaulich gefestigten antidemokratischen Weltbild über alle Zäsuren deutscher Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert hinweg. Bereits im Prozess gegen die ‚Organisation Consul‘ 1924 machte Niethammer aus seiner Abneigung gegen die Weimarer Republik keinen Hehl, obwohl er diese als Reichsanwalt selbst repräsentierte. Durch seine Mitwirkung an der Erneuerung des Strafrechts im Nationalsozialismus beteiligte er sich aktiv an der Aushöhlung grundlegender rechtsstaatlicher Prinzipien und unterstützte dadurch die Verfolgung von politischen Gegnern, Andersdenkenden und Homosexuellen, aber auch von sogenannten ‚Asozialen‘, ‚Gemeinschaftsfremden‘ und ‚Fremdvölkischen‘. Nach dem Krieg setzte er sich mit der Autorität eines Oberlandesgerichtspräsidenten dafür ein, dass die unter seinem Zutun in der NS-Zeit erarbeitete „gesunde Fortentwicklung des Rechts“ nicht grundlegend revidiert wurde (Niethammer 1948, S. 194). Schuldgefühle oder Reue zeigte er nicht. Stattdessen wirkte er als Abgeordneter und Widersacher Carlo Schmidts in der Verfassunggebenden Landesversammlung von Württemberg-Hohenzollern federführend an der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs mit, der zur Spaltung des Verfassungsausschusses führte und wegen seines restaurativen und autoritären Charakters schließlich von der französischen Militärregierung zurückgewiesen wurde.

Die Kommission spricht sich mit klarer Mehrheit von sechs Stimmen für eine Umbenennung der Straße aus. Ausschlaggebend dafür ist die demokratiefeindliche Haltung, die Niethammer in verantwortungsvoller und einflussreicher Position nicht nur in Wort und Schrift, sondern auch in konkretem Handeln an den Tag gelegt hat. Seine Verdienste als Jurist und Politiker werden durch seine Mitwirkung an der Aufhebung grundlegender Rechtsgrundsätze entwertet.

Ein Mitglied der Kommission (Rauch) spricht sich gegen eine Umbenennung aus und plädiert stattdessen für eine Beibehaltung der gesonderten Markierung („Knoten“) mit ausführlicher Kommentierung.

Quellen- und Literaturgrundlage

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)

Karteikarte des Reichsjustizministeriums

Staatsarchiv Sigmaringen (StA Sigmaringen)

Wü 80T 1–2, Nr. 1059, Kultusministerium (1922–) 1945–1952 (–1957). Personalakten. Niethammer, Emil

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

A 75/199/1, § 313 und 321, Gemeinderatsprotokolle vom 24.9. und 8.10.1956

Gedruckte Quellen

Niethammer, Emil: Ungeschriebenes Strafrecht. In: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 55 (1936). S. 745–767.

Niethammer, Emil: Der Einfluß der Arbeit der amtlichen Strafprozeßkommission auf Rechtsprechung und Gesetzgebung. In: Süddeutsche Juristen-Zeitung 3 (1948) 4. Sp. 191–196.

Von der Tübinger Universität – Geistige Urheberschaft. In: Der Neue Tag (Offenburg), 28.8.1946.

Literatur

Hannover, Heinrich/Hannover-Drück, Elisabeth: Politische Justiz 1918–1933. Bornheim-Merten (Lamuv) 1987. Insbesondere S. 135–144.

Heydeloff, Rudolf: Staranwalt der Rechtsextremisten. Walter Luetgebrune in der Weimarer Republik. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32 (1984) 3. S. 373–421.

Jasper, Gotthard: Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 10 (1962) 4. S. 430–453.

Jungfer, Gerhard/Müller, Ingo: 70 Jahre Weltbühnen-Urteil. In: Neue Juristische Wochenschrift 54 (2001). S. 3461–3465.

Krüger, Gabriele: Die Brigade Ehrhardt. Hamburg (Leibniz) 1971 (= Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 7). Insbesondere S. 95–99.

Landesarchiv Baden-Württemberg, Landeskundliches Informationssystem für Baden-Württemberg (LEO-BW): Niethammer, Emil. URL: https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgf_biographien/117017744/biografie [3.1.2023].

Raberg, Frank: Niethammer, Emil. In: Neue Deutsche Biographie, Bd. 19 (1999). S. 246 f.

Sabrow, Martin: Organisation Consul (O.C.), 1920–1922, publiziert am 8.2.2010. In: Historisches Lexikon Bayerns. URL: [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation_Consul_\(O.C.\),_1920-1922](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation_Consul_(O.C.),_1920-1922) [3.1.2023].

Sabrow, Martin: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution. Frankfurt a. M. (Fischer) 1999. Insbesondere S. 133–149 und 159–168.

Vormbaum, Thomas/Welp, Jürgen (Hg.): Das Strafgesetzbuch. Sammlung der Änderungsgesetze und Neubekanntmachungen. Bd. 1: 1870 bis 1953. Baden-Baden (Nomos) 1999 (=Reihe Juristische Zeitgeschichte, Abt. 3, Beiträge zur modernen Strafgesetzgebung, Bd. 1,1. S. 112.

Wilke, Malte: Staatsanwälte als Anwälte des Staates? Die Strafverfolgungspraxis von Reichsanwaltschaft und Bundesanwaltschaft vom Kaiserreich bis in die frühe Bundesrepublik, Göttingen (V&R unipress) 2016. S. 105–111.

Noldeweg (Kilchberg)

Benennung

Benennung am 2. Februar 1976. Die damalige Begründung der Benennung ist nicht überliefert. Sie erfolgte im Kontext der gesetzlich vorgesehenen Beseitigung von Doppel- und Mehrfachstraßennamen infolge von Eingemeindungen. Die Tübinger Verwaltung legte dem Gemeinderat dazu einen umfassenden Vorschlag vor. Mit wenigen Änderungen stimmte der Gemeinderat zu. In diesem Zuge wurde die Kilchberger Hegelstraße in Noldeweg umbenannt, während die Hegelstraße im zentralen Tübinger Stadtgebiet ihren Namen behielt (StA Tübingen, A 75/219/1, 2.2.1976).

Kurzbiografie

Nolde, Emil, geboren als Hansen, Hans Emil (1867–1956). Lehre als Holzschnitzer/Holzbildhauer in Flensburg. Schüler an der Kunstgewerbeschule Karlsruhe. Möbelzeichner, Arbeit in München, Karlsruhe und Berlin. Lehrer an der Zeichenschule des Industrie- und Gewerbemuseums St. Gallen (1892–1897). Erste finanzielle Erfolge seiner Malerei und Entscheidung für Künstlerkarriere (1898). Unterricht bei Friedrich Fehr in München und Adolf Hölzel in Dachau (1899). Umzug nach Paris, *Académie Julien*, Studien diverser Gemälde. Umzug nach Lildstrand, Nordjütland (1901). Umzug auf die Insel Alsen (1903). Italien-Aufenthalt aufgrund einer Erkrankung seiner Frau (1904/05). Mitglied der Künstlervereinigung *Die Brücke* auf deren ‚Einladung‘ hin (1906/07). Aufnahme in die *Berliner Secession* (1908). Entstehung erster Werke mit biblischer Thematik (1909). Ausschluss aus der *Berliner Secession* nach einer Auseinandersetzung mit dem Vorstand (1910). Teilnahme als Zeichner an der ‚Medizinisch-geographischen Deutsch-Neuguinea-Expedition‘ des Reichskolonialamts in Begleitung seiner Frau Ada (1913/14). Umzug nach ‚Utenwarf‘, Bauernhaus an der Wiedau (1916). Mit der Verlegung der Grenze 1920 wurde Nolde dänischer Staatsbürger.

Regelmäßige Aufenthalte in Berlin über die Wintermonate der Folgejahre, Mitgliedschaft im Arbeitsrat für Kunst. Reisen nach Spanien und Italien. Umzug nach Seebüll (1926). Aufnahme in die Preußische Akademie der Künste (1931). Abfassung und Veröffentlichung einer Autobiographie in mehreren Teilen mit antisemitischen und rassistischen Äußerungen (1931, 1934). Denunziation des Künstlers Max Pechstein und Entwurf eines Planes zur ‚Entjudung‘ der deutschen Gesellschaft, der Hitler vorgelegt werden sollte (1933). Mitunterzeichner des von Joseph Goebbels formulierten ‚Aufrufs der Kulturschaffenden‘ für Hitler (1934). Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft Nordschleswig (ab 1934), die im Folgejahr in der NSDAP Nordschleswig aufging. Einstufung von Noldes Werken als ‚entartet‘, in der Folge Beschlagnahmung von über tausend Werken in Museen (1937). Ausschluss aus der Reichskunstkammer und Berufsverbot als Maler (1941). Weiterhin Tätigkeit als Maler im Privaten, Entstehung der sogenannten ‚Ungemalten Bilder‘. Zerstörung des Berliner Ateliers durch einen Bombenangriff (1944).

Ernennung zum Ehrenprofessor durch die Landesregierung Schleswig-Holsteins (1946). Nach Ende der NS-Zeit wieder ‚öffentliche‘ Arbeit. Ehrung mit der Lochner-Medaille der Stadt Köln (1949), dem Graphik-Preis der XXV. Biennale von Venedig (1950) und dem Orden ‚Pour le Mérite‘ (1952).

Ethisches Problemfeld

Unterstützung des NS-Regimes, Rassismus, Antisemitismus

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Der Maler Emil Nolde gilt bis heute als einer der bedeutendsten Vertreter des Expressionismus. Vor dem Ersten Weltkrieg war er vorübergehend Mitglied der Künstlervereinigung *Die Brücke* und der *Berliner Secessio*n. 1913/14 beteiligte er sich als Zeichner an der ‚Medizinisch-geographischen Deutsch-Neuguinea-Expedition‘ des Reichskolonialamts. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten begrüßte er euphorisch, zumal er überzeugter Antisemit war. Dies zeigte sich etwa darin, dass er den Künstler Max Pechstein wahrheitswidrig als Juden diffamierte und einen Entwurf zur ‚Entjudung‘ der deutschen Gesellschaft durch Zwangsauswanderung ausarbeitete. 1934 unterzeichnete er den von Joseph Goebbels formulierten Aufruf deutscher Kulturschaffender für Hitler. Trotz seiner Parteinahme für die Nationalsozialisten und seiner anfänglichen Unterstützung durch namhafte Größen des NS-Regimes wurde Noldes Kunstschaffen seit 1937 als ‚entartet‘ eingestuft. Viele seiner Bilder wurden aus Museen entfernt. 1941 schloss ihn die Reichskunstkammer aus und erteilte ihm ein Berufsverbot als Maler. Nach dem Krieg wurde Noldes Kunst rehabilitiert. Er erhielt zahlreiche Ehrungen und Preise. Seine vormalige Sympathie für den Nationalsozialismus und seinen radikalen Antisemitismus verschleierte er vorsätzlich. Stattdessen wirkte er aktiv daran mit, sich eine Opferrolle zuzuschreiben.

Die Forschung hat Noldes geistige Mittäterschaft im Nationalsozialismus seit den späten 1990er Jahren klar herausgearbeitet. Besonders schwer wiegt aus heutiger Sicht, dass er sich selbst als Vorkämpfer des Antisemitismus verstand und dabei auch vor persönlicher Denunziation nicht zurückschreckte. Seine ideologischen Überzeugungen mündeten also in konkretes Handeln. Dass ihn die Nationalsozialisten nicht als einen der ihren akzeptierten und seine Kunst als ‚entartet‘ einstufte, entbindet Nolde nicht von moralischer Verantwortung. Im Gegensatz zu anderen Künstlern hat Nolde allerdings auch nicht versucht, seinen Malstil an die ideologischen Vorgaben des Regimes anzupassen. Nach 1945 profitierte er dann von seiner vorangegangenen Schmähung durch das NS-Regime.

Die Kommission empfiehlt mit einer Mehrheit von fünf Stimmen (Grewe, Großmann, Keyler, Men-de, Nieswand) eine Umbenennung der Straße. Aus ihrer Sicht sind die moralischen Verfehlungen Noldes als überzeugter Nationalsozialist und Antisemit so schwerwiegend, dass ihnen die Ehrung mit einem Straßennamen trotz seiner unbestrittenen künstlerischen Verdienste nicht angemessen erscheint. Dies gilt umso mehr, als es keinen lokalen Bezug zu Tübingen gibt und die Motive für die Vergabe des Straßennamens 1976 nicht rekonstruierbar sind.

Zwei Mitglieder der Kommission (Müller, Rauch) sprechen sich gegen eine Umbenennung aus und plädieren stattdessen für die Anbringung einer gesonderten Markierung („Knoten“) mit ausführlicher Kommentierung. Aus ihrer Sicht finden sich nicht genügend Anhaltspunkte für ein Handeln zum Schaden anderer.

Quellen- und Literaturgrundlage

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

A 75/219/1, § 9, Gemeinderatsprotokoll vom 2.2.1976

Gedruckte Quellen

Nolde, Emil: Das eigene Leben. Die Zeit der Jugend 1867–1902. Berlin (Rembrandt) 1931.

Nolde, Emil: Jahre der Kämpfe. 1902–1914. Berlin (Rembrandt) 1934.

Literatur

Danker, Uwe: „Vorkämpfer des Deutschtums“ oder „Entarteter Künstler“. Nachdenken über Emil Nolde in der NS-Zeit. In: Demokratische Geschichte. Jahrbuch für Schleswig-Holstein 14 (2001). S. 149–188.

Fulda, Bernhard: „Hinter jedem Busch lauert Verknennung und Neid“. Emil Noldes Reaktion auf den Sieg der Traditionalisten. In: Ruppert, Wolfgang (Hg.): Künstler im Nationalsozialismus. Die „Deutsche Kunst“, die Kunstpolitik und die Berliner Kunsthochschule. Köln (Böhlau) 2015. S. 261–286.

Fulda, Bernhard/Ring, Christian/Soika, Aya (Hg.): Emil Nolde – eine deutsche Legende. Der Künstler im Nationalsozialismus: Chronik und Dokumente. München/London/New York (Prestel) 2019.

Habermas, Rebekka: Ein Maler in der Kolonie. Emil Nolde und die ‚Medizinal-demographische Expedition‘ in die deutsche Südsee (1913/14). In: Tates 2021. S. 82–99.

Jüngling, Kirsten: Emil Nolde. Die Farben sind meine Noten. Berlin (Propyläen) 2013.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt a. M. (Fischer) 2007. S. 437f.

Neumann, Claas/Rassek, Peter/Harms, Ingo: Wissenschaftliche Untersuchung der Straßennamen der Stadt Oldenburg. Fassung vom 6.11.2013. URL: https://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/30/Dokumentation_Oldenburger_Strassennamen_Endfassung_6.No_.pdf [3.1.2023]. S. 166–168.

Reuther, Manfred: Nolde, Emil. In: Neue Deutsche Biographie 19 (1999). S. 328–330.

Reuther, Manfred (Hg.): Emil Nolde. Die Südseereise 1913–1914. Köln (DuMont) 2008.

Saehrendt, Christian: „Die Brücke“ zwischen Staatskunst und Verfemung. Expressionistische Kunst als Politikum in der Weimarer Republik, im „Dritten Reich“ und im Kalten Krieg. Stuttgart (Steiner) 2005.

Soika, Aya: Emil Nolde, Briefe aus Neuguinea (1914). „Kulturelle Erzeugnisse“ aus Deutsch-Neuguinea. In: Dolezalek, Isabelle/Savoy, Bénédicte/Skwirblies, Robert (Hg.): Beute. Eine Anthologie zu Kunstraub und Kulturerbe. Berlin (Matthes & Seitz) 2021. S. 249–254.

Soika, Aya/Fulda, Bernhard: „Deutscher bis ins tiefste Geheimnis seines Geblüts“. Emil Nolde und die nationalsozialistische Diktatur. In: Krämer, Felix (Hg.): Emil Nolde. Retrospektive. München/London/New York (Prestel) 2014. S. 44–55.

Tates, Sophie (Hg.): Kirchner und Nolde. Expressionismus, Kolonialismus. München (Hirmer) 2021.

Templin, David: Wissenschaftliche Untersuchung zur NS-Belastung von Straßennamen. Abschlussbericht. Erstellt im Auftrag des Staatsarchivs Hamburg. 30.11.2017. URL: https://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2020/112621/pdf/abschlussbericht_ns_belastete_strassennamen.pdf [3.1.2023]. S. 202–207.

Schmitthennerweg (Kilchberg)

Benennung

Benennung am 2. Februar 1976. Die damalige Begründung der Benennung ist nicht überliefert. Sie erfolgte im Kontext der gesetzlich vorgesehenen Beseitigung von Doppel- und Mehrfachstraßennamen infolge von Eingemeindungen. Die Tübinger Verwaltung legte dem Gemeinderat dazu einen umfassenden Vorschlag vor. Mit wenigen Änderungen stimmte der Gemeinderat zu. In diesem Zuge wurde die Kilchberger Mauerstraße in Schmitthennerweg umbenannt, während die Mauerstraße im zentralen Tübinger Stadtgebiet ihren Namen behielt (StA Tübingen, A 75/219/1, 2.2.1976).

Kurzbiografie

Schmitthenner, Paul (1884–1972). Architekturstudium an der Technischen Hochschule Karlsruhe und der Technischen Hochschule München (1902–1907). Mitglied der Karlsruher Burschenschaft Ghibellinia (ab 1902). Lehrte Baukonstruktion an der Technischen Hochschule Stuttgart. Mitglied des ‚Kampfbunds für deutsche Kultur‘ (ab 1931), dort Reichsfachleiter für bildende Kunst. Teilnahme an einer Veranstaltung des NS-Studentenbunds zum Thema ‚Kampf dem Kulturbolschewismus‘ (Februar 1932). Mitunterzeichner des Wahlaufrufs ‚Deutsche Geisteswelt für den Nationalsozialismus‘ (Juli 1932). NSDAP-Mitglied (ab 1933). Brachte einen Antrag in den kleinen Senat der TH Stuttgart ein, der darauf abzielte, Adolf Hitler die Ehrendoktorwürde zu verleihen. Dieser Antrag ging ursprünglich nicht auf Schmitthenner, sondern auf den Statiker Wilhelm Storz zurück (1933). Gemeinsamer Auftritt mit Alfred Rosenberg bei einer großen Veranstaltung des Kampfbunds für deutsche Kultur in Berlin (Juli 1933). NSV-Mitglied. Mitglied der Reichskammer der bildenden Künste (ab 1934). Mitglied des Reichsluftschutzbunds (ab 1938).

Verschiedene Tätigkeiten im besetzten und faktisch annektierten Elsass, etwa die Planung einer Autobahnbrücke über den Rhein, die Teilnahme am Entwurfswettbewerb für das ‚Neue Straßburg‘ unter der Leitung von Albert Speer sowie die Planung des Wiederaufbaus von Lauterburg. Keines der Projekte wurde letztendlich umgesetzt (1940–1943). Aufnahme in die ‚Gottbegnadeten-Liste‘ durch Hitler (1944). Gemeinsam mit dem Stuttgarter Oberbürgermeister Karl Strölin setzte sich Schmitthenner für die Begnadigung von mehreren zum Tode verurteilten Gefangenen im Elsass ein. Dies blieb zwar erfolglos. Jedoch wurde die Vollstreckung der Todesurteile ausgesetzt, so dass die Gefangenen 1945 lebend befreit werden konnten.

Nach Kriegsende zunächst Suspendierung vom Lehrstuhl, auf Befehl der US-amerikanischen Militärregierung. Entlassung durch Kultusminister Theodor Heuss, der Schmitthenner dies mit Bedauern mitteilte (1945). Letztlich wurde der Architekt jedoch als ‚unbelastet‘ entnazifiziert (1947). 1946 verbrachte Paul Schmitthenner aufgrund einer Verwechslung mit dem gleichnamigen SS-Führer und badischen Minister sechs Wochen in Haft. Ernennung zum Ehrenbürger Tübingens (1952). Berufung in den Orden ‚Pour le Mérite‘ durch Bundespräsident Theodor Heuss und Verleihung der Friedensklasse des Ordens (1952).

Ethisches Problemfeld

Unterstützung des NS-Regimes, Antisemitismus

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Der Architekt Paul Schmitthenner war von 1918 bis 1945 Professor an der Technischen Hochschule Stuttgart und als Fürsprecher des sogenannten ‚Heimatstils‘ einer der profiliertesten Gegner des funktionalen Neuen Bauens. Von 1931 an betätigte er sich als Mitglied des ‚Kampfbunds für deutsche Kultur‘, der nach dem Willen seines Gründers, des nationalsozialistischen Chefideologen Alfred Rosenberg, mit seinen völkisch-antisemitischen Positionen Einfluss auf das Kulturleben in Deutschland nehmen sollte. Schmitthenner war außerdem Mitunterzeichner des Wahlaufrufs ‚Deutsche Geisteswelt für den Nationalsozialismus‘ vom Juli 1932. 1933 wurde er Mitglied der NSDAP, 1934 Mitglied der Reichskammer der bildenden Künste. Vorübergehend galt Schmitthenner als der kommende Chefarchitekt des ‚Dritten Reichs‘, musste dann aber den Vertretern eines monumentalen Klassizismus wie Albert Speer den Vortritt lassen und geriet auf das politische Abstellgleis. Dennoch wurde er 1944 von Joseph Goebbels in die erweiterte Fassung der sogenannten ‚Gottbegnadeten-Liste‘ aufgenommen und damit unter den besonderen Schutz des Regimes gestellt. Während des Zweiten Weltkriegs plante der gebürtige Elsässer Schmitthenner verschiedene Projekte im faktisch annektierten Elsass.

1944 siedelte Schmitthenner in einen Seitenflügel von Schloss Kilchberg um, wo er bis kurz vor seinem Tod 1972 lebte. Nach Kriegsende wurde Schmitthenner seiner Ämter enthoben, dann aber als ‚unbelastet‘ eingestuft. Eine Wiedereinsetzung als Professor blieb ihm jedoch versagt. Trotz seiner zweifelhaften Rolle in der NS-Zeit wurden ihm in den nachfolgenden Jahren zahlreiche fachliche und politische Ehrungen zuteil, darunter die Ehrenbürgerwürde in Kilchberg, wo er sich als Architekt und Mäzen großer Beliebtheit erfreute.

Die Biografie Schmitthenners ist von Widersprüchen geprägt. Zweifellos war Schmitthenner ein ausgezeichneter Architekt und charismatischer Hochschullehrer, aber auch ein früher öffentlicher Unterstützer des Nationalsozialismus. Schwer wiegt seine Mitarbeit in Rosenbergs ‚Kampfbund‘, aber auch seine mangelnde Unterstützung für den 1933 wegen seiner jüdischen Abstammung entlassenen Geschäftsführer des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart, Fritz Wertheimer. Wenngleich Schmitthenner im NS-Staat schnell gegenüber anderen Architekten ins Hintertreffen geriet, ließ ihn das nicht grundsätzlich vom Nationalsozialismus abrücken. Er beteiligte sich aktiv an den nationalsozialistischen ‚Wiederaufbau‘-Planungen im Elsass, setzte sich aber gleichzeitig erfolgreich für das Leben von mehreren zum Tode verurteilten jungen Elsässern ein. Nach 1945 hat er sich im Gegensatz zu vielen anderen immerhin zu seiner Unterstützung des Nationalsozialismus bekannt.

Die Kommission spricht sich einstimmig dafür aus, die Straße nicht umzubenennen, aber die gesonderte Markierung („Knoten“) mit ausführlicher Kommentierung beizubehalten. Wenngleich Schmitthenner die NS-Bewegung in den frühen 1930er Jahren aktiv und wirksam unterstützt und sich auch danach nicht ausreichend von ihr distanziert hat, kann ihm eine tiefere Verstrickung in

die Verbrechen des NS-Regimes nicht nachgewiesen werden. Mit dem Straßennamen geehrt wurde Schmitthenner 1976 wohl dezidiert für sein unzweifelhaft positives Wirken in Kilchberg nach dem Krieg. Wünschenswert wäre dennoch eine anhaltende Diskussion und Problematisierung, zumal sich das Dilemma einer moralischen Bewertung von Biografien am Beispiel Schmitthenner besonders anschaulich verdeutlichen und vermitteln lässt.

Quellen- und Literaturgrundlage

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)

Mitgliederkarteikarte der Reichskulturkammer

Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStA Stuttgart)

J53/42 Bü2, Handakten von Alois Dodel (1897–1963), Landgerichtsdirektor, Oberlandesgerichtsrat, 1928–1950. Entnazifizierung der Spruchkammer 1, Stuttgart. Spruchurteil Schmitthenner, Paul

Staatsarchiv Ludwigsburg (StA Ludwigsburg)

EL902/20 Bü161, Spruchkammer 37, Stuttgart: Verfahrensakten, 1946–1950 (mit Vor- und Nachakten). Personenakten. Schmitthenner, Paul. Digitalisat unter der URL: <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=2-1806846-1> [3.1.2023]

PL 501 II Bü 124, NSDAP-Gauleitung Württemberg-Hohenzollern, 1925–1943. 3. Organisation/Beschaffung/Personal. Überprüfung der politischen Gesinnung des Architekturprofessors Paul Schmitthenner. Digitalisat unter der URL: <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=2-917057-1> [3.1.2023]

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

A75/219/1, §9, Gemeinderatsprotokoll vom 2.2.1976

Gedruckte Quellen

Schmitthenner, Paul: Die Baukunst im neuen Reich. München (Callwey) 1934.

Schmitthenner, Paul: Das deutsche Wohnhaus. Baugestaltung. Bd. 1. Stuttgart (Wittwer) 1932. Siehe auch die Besprechung in: Das Werk: Architektur und Kunst – L'œuvre: architecture et art 20 (1933) 2. S. 58–61.

Literatur

Harlander, Tilman/Pyta, Wolfram (Hg.): NS-Architektur. Macht- und Symbolpolitik. Berlin (Lit) 2010 (= Schriftenreihe des Internationalen Zentrums für Kultur- und Technikforschung der Universität Stuttgart, Bd. 19).

Kettenacker, Lothar: Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß. Stuttgart (DVA) 1973. S. 243 f.

Nachtmann, Walter: Karl Strölin. Stuttgarter Oberbürgermeister im ‚Führerstaat‘. Tübingen/Stuttgart (Silberburg) 1995. S. 314–317.

Schmidt, Dietrich W.: Die Architekturschule Stuttgart 1919–1945. Reform, Tradition und Hitlergruß. In: Harlander/Pyta 2010. S. 169–192.

Universität Stuttgart, Städtebau-Institut: Über die Geschichte des Städtebau-Instituts. URL: <https://www.si.uni-stuttgart.de/institut/historie/> [3.1.2023].

Trüby, Stephan: Trüby liest: Paul Schmitthenner. URL: <https://archplus.net/de/trueby-liest-paul-schmitthenner/> [3.1.2023].

Voigt, Wolfgang: Schmitthenner, Paul. In: Neue Deutsche Biographie, Bd. 23 (2007). S. 246–248.

Voigt, Wolfgang: Zwischen Weißenhof-Streit und Pour le Mérite. Paul Schmitthenner im Architekturstreit der zwanziger bis fünfziger Jahre. In: Voigt, Wolfgang/Frank, Hartmut: Paul Schmitthenner 1884–1972. Tübingen (Wasmuth) 2003. S. 67–99.

Voigt, Wolfgang: Von der Hitlerskizze zur „Neuordnung“ und zum ersten Wiederaufbau. Deutsche Planungen und Bauten im annektierten Elsass 1940–1944. In: Harlander/Pyta 2010. S. 211–227.

Süßerstraße (Pfrondorf)

Benennung

Benennung auf Beschluss des Bürgermeisters und eines nationalsozialistisch dominierten Gemeinderats vom 22. April 1937 mit folgender Begründung: „Im Einverständnis mit den Gemeinderäten und teils auf Vorschlag derselben trifft der Bürgermeister die Entschliessung [...] und zu ändern die Schulstrasse, zu Ehren des sich in 36-jähriger hiesiger Tätigkeit um die Gemeinde verdient gemachter Oberlehrer Friedrich Süßer, in Süßer-Strasse.“ (OA Pfrondorf, Gemeinderatsprotokoll vom 22.4.1937)

Kurzbiografie

Süßer, Friedrich (1871–1951). Lehrer und Organist in Pfrondorf (ab 1901), dort dann Oberlehrer (ab 1911), Dirigent des Gesangsvereins, Kirchenpfleger, Rechner der Spar- und Darlehenskasse, Mitgründer und Kassierer des Krankenpflegevereins (ab 1919). Mitglied im württembergischen Lehrerverein. Gemeinderatsmitglied in Pfrondorf (ab 1922), ständiger Stellvertreter des Bürgermeisters (ab 1926). Mitglied der NSDAP und des Nationalsozialistischen Lehrerbunds (ab 1933), Propagandaleiter und Ortswart von Kraft durch Freude (ab 1934). Mitglied NSV, Verein für das Deutschtum im Ausland sowie NS-Reichskriegerbund (ohne Datierung). Erster Beigeordneter des Gemeinderats Pfrondorf (ab 1935). Pensionierung, Ernennung zum Ehrenbürger Tübingens „in Anerkennung und Würdigung seiner vielseitigen Verdienste um die Schule und Gemeinde“ (1937). Umzug nach Betzingen (1938). Lehrer im Aushilfsdienst an der Volksschule Pfrondorf bis zu seinem Ausscheiden wegen Krankheit (1939–1944).

Nach dem Krieg Überprüfung des Ehrenbürgerrechts gemäß Anordnung des Staatssekretariats Württemberg-Hohenzollern. Der Pfrondorfer Gemeinderat spricht sich dezidiert für eine Beibehaltung der Ehrung Süßers aus und betont sein langjähriges Engagement für die Gemeinde. Die Landesdirektion des Inneren im Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württemberg und Hohenzollern entscheidet in diesem Sinne, die Würdigung bleibt bestehen (1946). Bei der Überprüfung Süßers durch das Staatskommissariat für die politische Säuberung, Spruchkammer Reutlingen, ergeht im Mai 1946 zunächst das Urteil, die Versorgungsbezüge trotz NSDAP-Mitgliedschaft altershalber weiterzuzahlen. In einem weiteren Vermerk vom Januar des Folgejahres wurden die Bezüge jedoch ohne nähere Begründung um 10% herabgesetzt.

Ethisches Problemfeld

Mitwirkung am NS-Regime

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Der 1871 geborene Friedrich Süßer hatte sich als Lehrer, Organist, Kirchenpfleger und Mitbegründer des Krankenpflegevereins bereits vor dem Ersten Weltkrieg und lange vor Beginn der NS-Herrschaft um Pfrondorf verdient gemacht. Seit 1922 war er Gemeinderatsmitglied, seit 1926

ständiger Stellvertreter des Bürgermeisters. Zwar blieb er noch bis zu seiner Pensionierung 1937 politisch aktiv. Er trat 1933 in die NSDAP ein und übernahm lokale Ämter innerhalb der NS-Bewegung. Die Benennung der Straße und die Vergabe des Ehrenbürgerrechts an Süßer erfolgten jedoch dezidiert als „Anerkennung und Würdigung seiner vielseitigen Verdienste um die Schule und Gemeinde“ (OA Pfrondorf, Gemeinderatsprotokolle vom 16.2.1937) – und nicht (wie etwa im Fall Eduard Habers) für sein Engagement in der NS-Bewegung. Das Ehrenbürgerrecht wurde im Zuge der Entnazifizierung 1946 überprüft und dezidiert beibehalten.

Die Kommission empfiehlt einstimmig, den Straßennamen beizubehalten. Süßers Verdienste um Pfrondorf sind unumstritten. Jenseits seiner formellen Mitgliedschaft in der NSDAP und angeschlossenen Verbänden sind bei ihm weder eine besondere ideologische Überzeugung noch ein vorsätzliches Handeln zum Schaden anderer erkennbar. Die Kommission plädiert in diesem Fall dafür, die gesonderte Markierung („Knoten“) zu entfernen. Zwar war Süßer Stellvertreter Brennenstuhls in Pfrondorf. Allerdings ließen sich anders als bei diesem bislang keine Belege dafür finden, die auf eine individuelle Verantwortung für verbrecherische und grob unethische Taten hindeuten.

Quellen- und Literaturgrundlage

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)

Mitgliederkarteikarte im Nationalsozialistischen Lehrerbund

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

C 80/B 11.4, Bl. 811–813

C 80/A 666, Ortschronik, Kreisbildstelle, Heimatbuch 1937–1940

C 80/A 29, Beigeordnete 1933–1938.

C 81/19, Ehrenbürgerrecht 1947, Friedrich Süßer

Ortsarchiv Pfrondorf (OA Pfrondorf)

Gemeinderatsprotokoll vom 23.4.1926

Gemeinderatsprotokoll vom 16.2.1937, Ernennung Friedrich Süßers zum Ehrenbürger

Gemeinderatsprotokoll vom 22.4.1937

Gemeinderatsprotokoll vom 28.5.1937

Staatsarchiv Ludwigsburg (StA Ludwigsburg)

K 745 II Bü 6973, Reichsmusikkammer Landesleitung Stuttgart. Personalakten 1933–1943 (Vorakten ab 1929). Süßer, Friedrich

Staatsarchiv Sigmaringen (StA Sigmaringen)

Wü 13 T 2, Nr. 1622/091, Staatskommissariat für die politische Säuberung, 1945–1952. Spruchkammer Verfahrensakten, Spruchkammer Reutlingen. Entnazifizierungsakte Süßer, Friedrich

Wilhelm-Mönch-Weg (Unterjesingen)

Benennung

Benennung durch den Gemeinderat am 7. Januar 1950. Begründung nicht überliefert.

Kurzbiografie

Mönch, Wilhelm (1876–1947). Lehrer und Heimatforscher. Oberlehrer in Unterjesingen (ab 1917). Große Verdienste um den Weinbau in Unterjesingen. Verfasste zahlreiche historisch-heimatkundliche Artikel. Mitglied im Württembergischen Lehrerverein und nach eigenen Angaben im Entnazifizierungsverfahren in der Demokratischen Volkspartei, wobei unklar ist, ob es sich um die liberale Demokratische Volkspartei in der Zeit des Kaiserreichs oder um die nationalliberale Deutsche Volkspartei der Zwischenkriegszeit handelte. NSDAP-Mitglied (ab 30.4.1933). NSV-Mitglied, Mitglied im NS-Lehrerbund (ab 1934 laut Eigenangabe im Entnazifizierungsbogen, laut Karteikarte Staatsarchiv Ludwigsburg sowie Karteikarten Bundesarchiv bereits ab 1933). Fachberater für Heimatkunde und Geografie im NS-Lehrerbund (ab 1935).

Ethisches Problemfeld

Unterstützung des NS-Regimes

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Wilhelm Mönch wirkte seit 1917 als Oberlehrer und Heimatforscher in Unterjesingen, wo er sich auch um den Weinbau verdient machte. Nach eigenen Angaben aus dem späteren Entnazifizierungsverfahren war er vor 1933 Mitglied der Demokratischen Volkspartei. Es ist jedoch unklar, ob es sich dabei um die liberale Demokratische Volkspartei während des Kaiserreichs oder um die nationalliberale Deutsche Volkspartei der Zwischenkriegszeit handelte. In jedem Fall trat Mönch im April 1933 in die NSDAP ein und wurde 1935 Fachberater für Heimatkunde und Geografie im NS-Lehrerbund. Anzeichen oder gar Belege für ein mögliches ethisches Fehlverhalten im Rahmen dieser Funktion und seiner NSDAP-Mitgliedschaft gibt es weder in den gesichteten Quellen, noch in der biografischen Literatur zu Mönch. Eine cursorische Prüfung der zahlreichen heimatkundlichen Artikel Mönchs ergab ebenfalls keine Verdachtsmomente. Er hat sich in seinen Schriften offenbar ausschließlich mit historischen Themen befasst und auf eine spezifische ideologische Rahmung verzichtet.

Die Kommission empfiehlt einstimmig, den Straßennamen beizubehalten. Jenseits seiner formellen Mitgliedschaft in der NSDAP ist bei Mönch weder eine besondere ideologische Überzeugung noch ein vorsätzliches Handeln zum Schaden anderer erkennbar. Die Kommission spricht daher auch dafür aus, die gesonderte Markierung („Knoten“) zu entfernen.

Quellen- und Literaturgrundlage

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)

Karteikarte NS-Lehrerbund

Staatsarchiv Sigmaringen (StA Sigmaringen)

Wü13T2, Nr. 2089/255, Staatskommissariat für die politische Säuberung, 1945–1952. Spruchkammer-Verfahrensakten, Spruchkammer Tübingen. Entnazifizierungsakten

Wü13T2, Nr. 2512/60, Staatskommissariat für die politische Säuberung, 1945–1952. Sonstige Verfahrens-akten, Verfahren und Fragebögen einzelner Berufsstände und Gruppen, Journalisten bei Zeitungen, Politische Säuberung von Journalisten verschiedener Zeitungen (Schwäbisches Tagblatt, Schwarzwälder Post, Der Württemberger)

Staatsarchiv Ludwigsburg (StA Ludwigsburg)

PL 516 II, Nr. 12974, NS-Lehrerbund (NSLB) Gauverwaltung Württemberg-Hohenzollern. Mitglie-derkartei, 1930–1943

PL 516 II, Nr. 12975, NS-Lehrerbund (NSLB) Gauverwaltung Württemberg-Hohenzollern. Mitglie-derkartei, 1930–1943

Wilhelm-Schussen-Weg

Benennung

Benennung am 24. September 1956: „Es wird beantragt: Den FW. Nr. 54 beginnend an der Brunnenstraße bis zum Südwestfunk mit ‚Käspersloch‘ zu benennen. Oberbürgermeister [Hans] Gmelin bringt zum Ausdruck, daß in der Sitzung des Verwaltungsausschusses der Vorschlag ‚Wilhelm-Schussen-Weg‘ gemacht worden sei. Auch sei zum Ausdruck gekommen, daß der Name Käspersloch nicht verwendet werden sollte. Stadtrat Frauendiener begründet in kurzen Worten seinen Vorschlag, dieses Straßenstück ‚Wilhelm-Schussen-Weg‘ zu benennen. Vom Gemeinderat wird hierauf beschlossen: 1. Der FW. Nr. 54 wird als ‚Wilhelm-Schussen-Weg‘ benannt.“ (StA Tübingen, A75/199/1, 24.9.1956)

Kurzbiografie

Schussen, Wilhelm, geboren als Frick, Wilhelm (1874–1956). Geboren in Kleinwinnaden. Privatlehrer für Algebra, Volksschule Kleinwinnaden (ab 1880). Lehrer-Seminar Saulgau, Vorbereitungsunterricht in Ochsenhausen (1889). Erste Staatsprüfung zum Volksschullehrer, Anstellung an einer Schule in Canstatt (1893). Aufenthalt in Genf, dort Sprachstudien (1898). Examen als Reallehrer, Arbeit als Schulamtsverweser in Backnang und als Hilfslehrer an der Oberrealschule Ravensburg (1899). Aufenthalte in Frankreich und England, dortige genaue Tätigkeit unbekannt (1900/01). Reallehrer in Weil der Stadt (ab 1903).

Veröffentlichung seines ersten Romans *Vinzenz Faulhaber* (1907). Von da an Publikation diverser (oftmals humoristischer) Romane, Essays und Gedichte, insgesamt über 30 Veröffentlichungen, oft mit starkem schwäbischem Heimatbezug. Lehrer für Deutsch, Französisch, Rechnen, Natur- und Erdkunde am Realgymnasium Schwäbisch Gmünd (1905–1912). Konflikte mit der Schulbehörde in Folge einer Schulvisite sowie wegen einer schulkritischen Publikation, dem Roman *Gildegarn* (1908–1911). Aufgrund von psychischen Problemen Ausscheiden aus dem Schuldienst, daraufhin Arbeit als freier Schriftsteller sowie als Lektor beim Verlag Albert Langen (1912). Im Ersten Weltkrieg Sanitätsdienst (1914–1916). Umzug nach Stuttgart (1917). Redakteur bei der Werkzeugzeitung der Zigarettenfabrik *Waldorf Astoria* (1917/18). Veröffentlichung eines würdigen Nachrufs auf den 1921 von der ‚Organisation Consul‘ ermordeten Matthias Erzberger (1922). Rückkehr in den Schuldienst aus wirtschaftlichen Gründen (1923). Um 1918 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. Umzug nach Ravensburg (1925). Umzug nach Ludwigsburg (1930).

Kein NSDAP-Mitglied. Mitgliedschaften in der NSV, der Reichsschrifttumskammer und im Reichsverband der deutschen Schriftsteller (ab 1933). Mitunterzeichner des ‚Gelöbnisses treuester Gefolgschaft‘ für Adolf Hitler (1933). Schussens Erzählung *Die Geschichte des Apothekers Johannes* wird vom Reichszentrallektorat auf die schwarze Liste gesetzt (1935/36). Umzug nach Tübingen (1937). Mitglied des Schwäbischen Dichterkreises (ab 1938). Gedicht *So hoch steht der Führer* (1940). Zum 70. Geburtstag Zahlung von 10000 RM durch das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda sowie von 3000 Reichsmark durch die Gauleitung Württemberg (1944).

Auf Beschluss der Landesverwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst in Württemberg vom August 1945 wird Schussens Ehrensold von 1 200 Reichsmark nach Überprüfung seines Entnazifizierungsfragebogens weitergezahlt. Ergebnis des Entnazifizierungsverfahrens: Keine Maßnahmen (1947). Deutlicher Verlust an öffentlicher Relevanz der Werke Schussens, Aufenthalt im Tübinger Altersheim Birkenhaus, schließlich Tod nach Krebserkrankung und mit Lungenentzündung (1956).

Ethisches Problemfeld

Unterstützung des NS-Regimes

Abwägung und Empfehlung der Kommission

Wilhelm Schussen wirkte seit 1880 als Lehrer an verschiedenen Orten in Württemberg. Seit 1907 betätigte er sich außerdem als Autor zahlreicher Romane, Essays und Gedichte, oft mit ausgeprägtem schwäbischen Heimatbezug. Nach dem Ersten Weltkrieg, den er im Sanitätsdienst erlebte, war er vorübergehend Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Nach 1933 wandte er sich schnell dem Nationalsozialismus zu, unter anderem als Mitunterzeichner des Gelöbnisses ‚treuester Gefolgschaft‘ für Adolf Hitler. Er wurde Mitglied in der Reichsschrifttumskammer und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), jedoch nicht in der NSDAP. 1937 zog er nach Tübingen um, wo er Mitglied des Schwäbischen Dichterkreises wurde. 1940 publizierte er eine Lobeshymne auf Hitler. Finanzielle Unterstützung erhielt er in dieser Zeit vom Reichspropagandaministerium und der Gauleitung Württemberg. Sein vormaliger Freund Hermann Hesse warf Schussen nach dem Krieg vor, er habe sich willig vom NS-Regime vereinnahmen lassen. Dennoch durchlief Schussen das Entnazifizierungsverfahren ohne Sanktionen und unter Beibehaltung seines Ehrensolds. Nur wenige Monate nach seinem Tod im April 1956 ehrte ihn die Stadt Tübingen mit einem Straßennamen.

Schussens ethische Verfehlung liegt darin, sich 1933 unkritisch und aus eigenem Antrieb auf die Seite der Nationalsozialisten geschlagen zu haben. Dass er mit seiner kranken Frau und seinen Kindern offenbar finanziell von dessen Almosen abhängig war, erklärt seine Parteinahme für das NS-Regime bis in den Krieg hinein. Es entlastet ihn aber nicht von seiner diesbezüglichen Verantwortung. Dass seine Erzählung *Die Geschichte des Apothekers Johannes* – wie er im Entnazifizierungsverfahren angab – vom Reichszentrallektorat 1936 auf die „öffentliche schwarze Liste der nicht zu empfehlenden Bücher“ gesetzt wurde (StA Sigmaringen, Wü 13 T 2, Nr. 2512/053), macht ihn nicht zu einem Opfer des NS-Regimes. Andererseits lässt sich Schussen mit Blick auf seine überwiegend unpolitische literarische Produktion auch kaum als geistiger Wegbereiter und Helfer des Nationalsozialismus bezeichnen. Ein vorsätzliches Handeln zum Schaden anderer ist nicht überliefert.

Die Kommission spricht sich einstimmig dafür aus, die Straße nicht umzubenennen, aber an einer gesonderten Markierung („Knoten“) mit ausführlicher Kommentierung festzuhalten. Schussen steht exemplarisch für eine Vielzahl von (Heimat)Schriftsteller_innen, die sich willentlich durch das NS-Regime vereinnahmen und unterstützen ließen, ohne selbst in besonderem Maße als geistige

Brandstifter in Erscheinung zu treten. Die Markierung und Kommentierung des Straßennamens sollte also Anlass dazu geben, auch weiterhin kritisch über die Rolle von Schriftsteller_innen im Nationalsozialismus nachzudenken und zu diskutieren. Dies gilt ganz konkret für die Protagonisten des Schwäbischen Dichterkreises, dessen Geschichte nach wie vor nicht umfassend erforscht ist.

Quellen- und Literaturgrundlage

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)

Mitgliederkarteikarte der Reichskulturkammer

Staatsarchiv Sigmaringen (StA Sigmaringen)

Wü 13 T 2, Nr. 2091/128, Staatskommissariat für die politische Säuberung, 1945–1952. Spruchkammer Verfahrensakten, Spruchkammer Tübingen. Entnazifizierungsakte Frick, Wilhelm (Wilhelm Schussen)

Wü 13 T 2, Nr. 2512/053, Staatskommissariat für die politische Säuberung, 1945–1952. Sonstige Verfahrensakten, Fragebögen, Umgruppierungen, Revisionen, Namenslisten und Korrespondenz, Verfahren und Fragebögen einzelner Berufsstände und Gruppen, Journalisten bei Zeitungen, Politische Säuberung von Journalisten verschiedener Zeitungen. Frick, Wilhelm (Wilhelm Schussen). Digitalisat unter der URL: <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-602652> [3.1.2023]

Stadtarchiv Tübingen (StA Tübingen)

A 75/199/1, § 313, Gemeinderatsprotokoll vom 24.9.1956

Literatur

Landesarchiv Baden-Württemberg, Landeskundliches Informationssystem für Baden-Württemberg (LEO-BW): Schussen, Wilhelm. URL: https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgf_biographien/118762710/Schussen+Wilhelm [3.1.2023].

Lange-Greve, Susanne: Wundersamer blauer Spiegel. Wilhelm Schussen 1874–1956. Schwäbisch Gmünd (Einhorn) 2006.

Molitor, Stephan: Im stillen Kämmerlein... mitschuldig. Wilhelm Schussen (1874–1956). In: Ders. (Hg.): Der Schwäbische Dichterkreis von 1938 und seine Entnazifizierung. Stuttgart (Kohlhammer) 2019. S. 100–103.

Anhang 2

Einordnungen von Johannes Großmann
zu 23 weiteren Namen

Straßennamen des Galgenberg-Viertels

Benennung

Benannt 1954–1967 (Allensteiner Weg 1967, Breslauer Straße 1954, Kolberger Weg 1960, Königsberger Straße 1954, Liegnitzer Straße 1967, Marienburger Straße 1964, Memelweg 1956, Stettiner Weg 1954, Sudetenstraße 1956/1967, Tilsiter Weg 1958). Bei der Benennung des Kolberger Wegs äußerte der Gemeinderat die Absicht „alle Gebiete des deutschen Ostens mit Ausnahme von Ostpommern bei Straßenbenennungen“ berücksichtigen zu wollen. 1951 hatte man bereits in der Eberhard-Wildermuth-Siedlung damit begonnen, Straßen nach ehemals ostdeutschen Städten zu benennen. Die dort vergebenen Namen wurden dann jedoch wieder zurückgezogen und im Galgenbergviertel neu vergeben. Eine Memelstraße gab es bereits 1936, „zu Ehren des tapfer um sein Deutschtum kämpfenden Memelgebiets“, wurde aber 1945 geändert. Die Neubenennung des Memelwegs von 1956 sollte an die Stadt Memel erinnern. Die Benennung der Sudetenstraße erfolgte auf einen entsprechenden Antrag des Bunds der Vertriebenen von 1955 (Eck 2017, S. 181 f).

Einordnung von Johannes Großmann

Die Benennung von Straßennamen nach ‚verlorenen‘ Gebieten reicht bis in die 1920er Jahre zurück, als (auch auf Empfehlung des Deutschen Städtetags) viele Gemeinden an die infolge des Versailler Vertrags vom Deutschen Reich abgetrennten Gebiete und Kolonien erinnern wollten. Diese Benennungen sollten sowohl die Ablehnung des Versailler Vertrags und seiner Bestimmungen als auch eine symbolische Unterstützung ‚bedrohten Deutschtums‘ in den betroffenen Gebieten zum Ausdruck bringen. Das NS-Regime führte diese Benennungspraxis im Sinne seiner Revisions- und Expansionspolitik weiter (Weger 2015, S. 411). Vor diesem Hintergrund erhielt auch die Danziger Straße in Tübingen-Derendingen 1936 ihren Namen (siehe eigenes Dossier, S. 79).

Vor 1945 waren meist nur einzelne Straßen und Plätze nach ‚verlorenen‘ Gebieten und Orten benannt worden. Während der 1950er und 1960er Jahre kamen in Westdeutschland die Straßennamen ganzer Neubauviertel hinzu. Diese Benennungspraxis, die nicht zuletzt auf Initiativen der Vertriebenenverbände und des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte zurückging, wurde teils auch gegen lokale Widerstände durchgesetzt. Der Deutsche Städtetag forderte 1953, dass in jeder Gemeinde „wenigstens eine bedeutsame Straße oder ein bedeutsamer Platz [...] einen an Ostdeutschland erinnernden Namen tragen“ sollte (zitiert nach Weger 2015, S. 413). Meist wurden die Namen für Straßen neu errichteter Flüchtlingssiedlungen gewählt, wo sie die Verbundenheit zur verlorenen ‚Heimat‘ zum Ausdruck bringen sollten. Dies war auch in Tübingen der Fall, wo im Neubauviertel am Galgenberg zwischen 1954 und 1967 insgesamt zehn Straßen nach vormalig zum Deutschen Reich gehörigen Orten und Regionen benannt wurden.

Mit der Vergabe dieser Namen verfolgte der Tübinger Gemeinderat zweifellos geschichtspolitische Absichten. Wie in anderen deutschen Städten ließ sich diese Benennungspraxis je nach Standpunkt als revisionistische Geste oder als bloße Erinnerung an die Herkunft der Bewohner interpretieren. In den letzten Jahrzehnten hat sich die politische Sprengkraft dieser Namen allerdings deut-

lich verringert, wenngleich ihre Symbolkraft und ihre Identifikationsfunktion für ‚Heimatvertriebene‘ und ihre Nachkommen nach wie vor bedeutsam sein können. In Tübingen macht sich an den damals vergebenen Straßennamen heute keine revisionistische Erinnerungskultur oder Gedenkpraxis mehr fest – zumal die geschichtspolitische Stoßrichtung der damaligen Benennung in der Formulierung der Namen keinen Niederschlag gefunden hat. Eine Umbenennung wäre daher überzogen, eine Kommentierung aber empfehlenswert. Denkbar wäre eine dezidierte Umwidmung des Benennungsgrunds durch den Gemeinderat, um sich klar von jeder revisionistischen Tendenz zu distanzieren.

Literaturgrundlage

Borchardt, Thies/Patzke, Manuel: Straßennamen als Erinnerung an Flucht und Vertreibung. 26.6.2018, URL: <https://strassennamenerzaehlggeschichte.wordpress.com/2018/06/26/strassennamen-als-erinnerung-an-flucht-und-vertreibung-2/> [3.1.2023].

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 24.

Schwartz, Michael: Vertriebene im doppelten Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008) 1. S. 101–151.

Weger, Tobias: Straßennamen. In: Scholz, Stephan/Röger, Maren/Niven, Bill (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Paderborn (Schöningh) 2015. S. 409–419.

Danziger Straße (Derendingen)

Benennung

1936 musste nach der Eingemeindung Derendingens die dortige Zollernstraße umbenannt werden. Die Danziger Straße war der erste Straßename in Tübingen, der an nach dem Ersten Weltkrieg ‚verlorene‘ Städte bzw. Gebiete erinnerte (Eck 2017, S. 194). Durch den Versailler Vertrag war Danzig vom Deutschen Reich getrennt und zur freien Stadt erklärt worden. Die Benennung der Danziger Straße in Tübingen-Derendingen stand im Kontext einer Propagandakampagne, die der nationalsozialistisch dominierte Senat Danzigs 1933 zusammen mit der Danziger Fremdenverkehrszentrale initiiert hatte. Ziel dieser Kampagne war es, Kommunen in ganz Deutschland zu einer symbolischen Unterstützung für den ‚Kampf des deutschen Danzigs‘ zu bewegen, indem sie einen wichtigen Verkehrsplatz in ‚Danziger Freiheit‘ umbenannten. Von 1933 bis 1939 kamen mindestens 20 Städte diesem Aufruf nach. Plätze mit dem Namen ‚Danziger Freiheit‘ wurden in der Regel bereits kurz nach Kriegsende umbenannt, so etwa in München oder Freiburg. In einigen Städten hat sich dieser Namen bis in die jüngste Vergangenheit gehalten, beispielsweise in Münster (2020 umbenannt), Koblenz (2021 umbenannt) und Regensburg (bis heute, wird derzeit überprüft). Jenseits davon gibt es deutschlandweit jedoch noch gut 1200 Straßen und Plätze, die nach Danzig benannt sind.

Einordnung von Johannes Großmann

Die Benennung der Danziger Straße in Tübingen-Derendingen schrieb sich eindeutig in die revisionistische Geschichtspolitik der NS-Zeit ein. Dass sie ihren Namen bereits 1936 erhielt, unterscheidet die Danziger Straße von den Straßen des Galgenberg-Viertels, die erst in den 1950er und 1960er Jahren nach Gebieten und Städten vormaliger deutscher Ostgebiete benannt wurden (siehe eigenes Dossier, S. 77f.). In Tübingen wurde der Name an sich jedoch neutral formuliert und nicht – wie an anderen Orten – als ‚Danziger Freiheit‘. Auch macht sich heute keine revisionistische Erinnerungskultur oder Gedenkpraxis mehr an diesem Namen fest. Eine Umbenennung wäre daher überzogen, eine Kommentierung aber angebracht. Empfehlenswert wäre außerdem eine symbolische Distanzierung des Gemeinderats vom eindeutig revisionistischen Charakter der durch die NS-Propaganda inspirierten ursprünglichen Benennung. Mit einer Umwidmung könnte Danzig als ein bedeutender Ort deutsch-polnischer Verflechtungsgeschichte und als Ausgangspunkt der beginnenden friedlichen Revolution im Ostblock gewürdigt werden.

Literaturgrundlage

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt. Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 194.

Wikipedia-Eintrag ‚Danziger Freiheit‘, Version vom 22.11.2022, URL: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Danziger_Freiheit&oldid=228195941 [3.1.2023].

Saarstraße

Benennung

Benennungszeitpunkt unklar, vermutlich vor 1935, zumindest aber vor 1945. Die älteren Tübinger Adressbücher beinhalten Unterjesingen nicht, da es früher zum Oberamt Herrenberg gehörte.

Einordnung von Johannes Großmann

Durch den Versailler Vertrag wurde das Saargebiet vom Deutschen Reich abgetrennt. Bei einem planmäßigen Volksentscheid 1935, der ‚Saarabstimmung‘, votierte eine Mehrheit der Saarbevölkerung von über 90% für eine Wiederangliederung an Deutschland. Im Vorfeld der Abstimmung hatte das NS-Regime eine umfassende Propagandakampagne im Reich und im Saargebiet befeuert. Deutschlandweit wurden Straßen nach der Saar und Saarbrücken benannt, um die Zugehörigkeit des Saargebiets zum Reich zu bekunden. In Lustnau gab es ab 1935 eine Saarstraße, die diesen Namen vermutlich im Zusammenhang mit der Saarabstimmung erhielt. Sie wurde 1976 umbenannt, um die nach der Eingemeindung Unterjesingens eingetretene Namensdopplung zu beheben. Andernorts, wie in Freiburg, wurden nach dem Saargebiet benannte Straßen bereits 1945 auf Druck der französischen Militärregierung oder als Teil einer symbolischen ‚Entnazifizierung‘ umbenannt. Dennoch gibt es heute noch über 700 Saarstraßen in Deutschland.

Wenngleich bislang keine gesicherten Informationen über den genauen Zeitpunkt der Namensvergabe in Unterjesingen vorliegen, schrieb sich die damalige Benennung sehr wahrscheinlich ein in eine revisionistische, gegen die Versailler Friedensordnung und die französische Saarpolitik gerichtete Propagandakampagne. Anders als im Falle der Danziger Straße in Tübingen-Derendingen und den nach ‚verlorenen‘ Städten und Gebieten im Osten benannten Straßen im Galgenberg-Viertel (siehe eigene Dossiers, S. 77–79) ist das Saarland heute tatsächlich wieder Teil Deutschlands. Mit dem Namen lassen sich daher heute keine revisionistischen Forderungen mehr begründen. Eine Umbenennung wäre daher unangemessen. Denkbar wäre aber eine Kommentierung, die den Straßennamen als Überrest nationalsozialistischer Symbolpolitik einordnet.

Literaturgrundlage

Becker, Frank G.: „Deutsch die Saar, immerdar!“ Die Saarpropaganda des Bundes der Saarvereine 1919–1935, Saarbrücken (Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung) 2007 (= Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, Bd. 40).

Herrmann, Hans-Christian: Abschlussbericht der Straßennamenkommission, Saarbrücken (Landeshauptstadt Saarbrücken) 2021, S. 135 f.

Jacoby, Fritz: Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar. Die innenpolitischen Probleme der Rückgliederung des Saargebietes bis 1935. Saarbrücken (Thinnes & Nolte) 1973 (= Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, Bd. 6).

Christophstraße

Benennung

1876

Kurzbiografie

Württemberg, Christoph Herzog von (1515–1586). Folgte 1550 seinem Vater Ulrich auf den Thron und herrschte bis 1568. Dabei nahm er sich der Schulden, der Konfessionsfrage und der feindlichen Besatzungstruppen in Württemberg an. Es gelang ihm eine umfassende Kirchen- und Staatsreform (u. a. die Große Kirchenordnung 1559), die als Grundlage des frühneuzeitlichen Alt-Württemberg gilt und bis ins 19. Jahrhundert Bestand hatte. Zwischen 1556 bis 1567 führte Württemberg im Schwäbischen Reichskreis eine Kampagne für die Ausweisung der Juden. Ein einstimmiger Beschluss aus dem Jahr 1563 gipfelte schließlich sogar in Austreibungsforderungen für das gesamte Reich (Lang 2013, S. 130).

Einordnung von Johannes Großmann

Herzog Christoph von Württemberg setzte die jüdenfeindliche Politik seines Vaters Ulrich fort, jedoch zielstrebig und systematischer. Er verweigerte Juden Durchzugsrechte und forderte auf Reichstagen (1556 und 1559) die Vertreibung aller Juden aus dem Reich. Er war die treibende und tonangebende Kraft hinter den antijüdischen Bestrebungen des Schwäbischen Kreises. Christoph war also nicht einfach nur einer unter vielen anderen Judenhassern seiner Zeit, sondern einer ihrer prominentesten Wortführer. Wenngleich sich der vor allem religiös motivierte Antijudaismus des 16. Jahrhunderts nicht mit dem rassistischen Antisemitismus des 19. und 20. Jahrhunderts gleichsetzen lässt, steht Christoph damit in einer fatalen historischen Kontinuitätslinie.

Der Fall Herzog Christophs ist ähnlich gelagert wie der Herzog Eberhards und sollte daher in Zusammenschau mit diesem bewertet werden. Die aktuelle Relevanz ist aufgrund der großen zeitlichen Distanz zur Gegenwart begrenzt. Zeitgenössische Antisemiten werden sich in ihrer Agitation wohl kaum auf Herzog Christoph berufen. Ähnlich wie für die Eugenstraße oder die Charlottenstraße stellt sich außerdem die Frage, inwiefern der Straßename in der Öffentlichkeit heute überhaupt noch mit der historischen Person Christophs assoziiert wird. Eine Umbenennung würde sicher von vielen als befremdlich wahrgenommen werden, weil sich die Historizität des Namens nicht auf den ersten Blick erschließt. Daher wäre eine Kommentierung wohl das geeignete Mittel der Wahl, um der Öffentlichkeit die Geschichte hinter dem Straßennamen erst einmal näherzubringen. Zusätzliche Recherchen sind nicht notwendig, da die historischen Fakten auf dem Tisch liegen. Es geht in erster Linie um die Einordnung und Beurteilung dieser Fakten vor dem Hintergrund unserer heutigen ethischen Maßstäbe.

Literaturgrundlage

Brendle, Franz: *Dynastie, Reich und Reformation. Die württembergischen Herzöge Ulrich und Christoph, die Habsburger und Frankreich*. Stuttgart (Kohlhammer) 1998.

Eck, Helmut: *Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt*. Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 162.

Fritz, Eberhard: *Herzog Christoph von Württemberg (1515–1568)*, in: Hermle, Siegfried (Hg.): *Reformati- onsgeschichte Württembergs in Porträts*. Holzgerlingen (Hänssler) 1999. S. 226–253.

Lang, Stefan: *Die Judenpolitik des Herzogtums Württemberg in der Frühen Neuzeit*, in: Kießling, Rolf/ Sczesny, Anke (Hg.): *Räume und Wege. Jüdische Geschichte im Alten Reich, 1300–1800*. Berlin (Akademie) 2007. S. 121–143.

Lang, Stefan: *Zwischen Reich und Territorien. Innen- und Außenperspektiven jüdischen Lebens im „Land zu Schwaben“ in der Frühen Neuzeit*. In: Brenner, Michael/Ullmann, Sabine (Hg.): *Die Juden in Schwaben*. Bd. 6. München (Oldenbourg) 2013. S. 115–131.

Langensteiner, Matthias: *Für Land und Luthertum. Die Politik Herzog Christophs von Württemberg (1550– 1568)*. Köln (Böhlau) 2008.

Press, Volker: *Herzog Christoph von Württemberg (1550–1568) als Reichsfürst*. In: Schmierer, Wolfgang (Hg.): *Aus südwestdeutscher Geschichte. Festschrift für Hans-Martin Maurer*. Stuttgart (Kohlhammer) 1994. S. 367–382.

Eberhardsbrücke/Eberhardstraße

Benennung

Die Eberhardsbrücke wurde 1886 mit der Begründung benannt, dass Eberhard im Barte 1489 die erste steinerne Brücke in Tübingen errichtet habe. Die Eberhardstraße in der Tübinger Südstadt erhielt 1901 ihren Namen.

Kurzbiografie

Württemberg, Eberhard (im Barte) Graf bzw. Herzog von (1445–1496). Prägte in seiner Regierungszeit ab 1457 Württemberg und Tübingen und galt bei seinen Untertanen als guter Herrscher. 1477 gründete er auf Initiative seiner Mutter Mechthild von der Pfalz die Universität Tübingen. Im gleichen Jahr ordnete er aber auch die Vertreibung der Juden aus der Stadt an. Er ließ außerdem die Burse, die Stiftskirche, die Neckarbrücke und einen Mühlkanal bauen. 1482 vereinigte er die beiden Landesteile um Urach und Stuttgart.

Einordnung von Johannes Großmann

Eberhards nachweislicher Antijudaismus und seine Rolle bei der Vertreibung der Juden aus Tübingen lassen die Ehrung mit einem Straßennamen zumindest problematisch erscheinen. Andererseits erschwert der große zeitliche Abstand zur Gegenwart ein angemessenes Urteil erheblich. Die Universität Tübingen hat sich in den vergangenen Monaten ebenfalls intensiver mit der Biografie ihres Gründers und Namensgebers Eberhard befasst. Eine eigens dafür eingesetzte Kommission problematisierte den Antijudaismus Eberhards, den sie als typisch für die damalige Zeit einstufte. Eine Empfehlung über eine mögliche Umbenennung oder Beibehaltung des Universitätsnamens gab sie nicht ab. Im Juli 2022 sprach sich der Senat der Universität mit einer knappen Mehrheit von einer Stimme gegen eine Namensänderung aus, für die allerdings eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig gewesen wäre.

Eine Umbenennung der Eberhardsbrücke und der Eberhardstraße scheint angesichts der geringen Gegenwartsrelevanz überzogen. Zeitgenössische Antisemiten werden sich in ihrer Agitation kaum auf das Vorbild Eberhards berufen. Daher wäre eine Kommentierung wohl das geeignete Mittel der Wahl, um die Öffentlichkeit auf die Ambivalenzen in der Biografie Eberhards hinzuweisen. Zusätzliche Recherchen sind nicht notwendig, da die historischen Fakten auf dem Tisch liegen. Es geht in erster Linie um die Einordnung und Beurteilung dieser Fakten vor dem Hintergrund unserer heutigen ethischen Maßstäbe.

Literaturgrundlage

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 152 und 163.

Kommission zur Überprüfung des Namens der Universität Tübingen: Gutachten über die historische Dimension des Namens „Eberhard Karls Universität Tübingen“, [2022], URL: <https://uni-tuebingen.de/universitaet/profil/geschichte-der-universitaet/name-der-universitaet/> [3.1.2023].

Enno-Littmann-Straße

Benennung

1956/1966 (nach Verlegung innerhalb der Stadt)

Kurzbiografie

Littmann, (Richard Ludwig) Enno (1875–1958). Professor für Semitistik und Islamkunde (bzw. ‚morgenländische Sprachen‘) und 1930/31 Rektor an der Universität Tübingen. Neben Lehraufenthalten in Princeton, Straßburg, Kairo, Göttingen und Bonn war er als Archäologe in Syrien, Palästina, Äthiopien und Sardes tätig und leitete 1904/05 die deutsche Expedition nach Aksum. Als sich 1939/40 vom Orientalischen Institut in Tübingen ein ‚Arisches Seminar‘ abspaltete, protestierte Littmann gegen eine Beeinflussung von Wissenschaft durch völkisch-rassistische Prämissen. Littmann war zwar deutschnational orientiert, wurde jedoch kein Mitglied der NSDAP und hielt sich mit politischen Stellungnahmen zurück. In seinen Veröffentlichungen wandte er sich gegen die politisch und rassistisch motivierten Bemühungen italienischer Sprachforscher, die äthiopischen Sprachen aus der semitischen Sprachfamilie herauszuschreiben. Anders als im Ersten Weltkrieg bemühte sich Littmann nach 1939 auch nicht mehr darum, den Nutzen seiner Forschungen für die Kriegsführung herauszustellen.

Einordnung von Johannes Großmann

In der Biografie Littmanns gilt es sowohl die Berührungspunkte zum Nationalsozialismus und zum italienischen Faschismus als auch zum Kolonialismus und Rassismus seiner Zeit. Leider gibt es bislang keine intensivere biographische Auseinandersetzung mit Littmann und seinen Praktiken der Wissensproduktion, etwa zum Sammeln von Handschriften in kolonialen Kontexten. Kaum abstreiten lässt sich, dass Littmann an der Konstruktion von Afrika- und Orientbildern der Zeit mitwirkte. Er diente daher im Übrigen auch als Vorbild für eine Figur im preisgekrönten Roman *Boussole* von Mathias Énard (Prix Goncourt 2015), in dem das Thema der Konstruktion von Orientalismus literarisch verarbeitet wird.

Über Littmanns Haltung zum Nationalsozialismus ist bislang nur wenig bekannt. Eine Abfrage im *Berlin Document Center* ergab, dass er kein Mitglied der NSDAP war. Aus einigen Äußerungen lässt sich wohl „andeutend ein anti-jüdischer Habitus herauslesen“. Diese Äußerungen scheinen jedoch „kaum über das Bild eines bürgerlich-protestantischen Konservativen hinaus[zu]reichen“. Littmann stand darüber hinaus im Austausch mit italienischen Kollegen die „der italienischen Kolonisierung Äthiopiens praktisch [...] und propagandistisch“ zuarbeiteten. Allerdings stand Littmanns ‚semitische‘ Perspektive auf Äthiopien der italienischen Propaganda entgegen. Auch bezog er offenbar zumindest vorsichtig gegen die italienische Besatzung Äthiopiens Stellung (Zitelmann 2011, S. 105–108) und intervenierte brieflich zugunsten seines jüdischen Kollegen Eugen Mittwoch, der 1933 seine Professur in Berlin verlor.

Obwohl sich Littmanns Fach, die Semitistik, für eine Instrumentalisierung durch den Nationalsozialismus geeignet hätte, betätigte sich Littmann nie explizit in diesem Sinne. Dennoch gibt es noch offene Fragen mit Bezug auf seine antijüdischen bzw. antisemitischen Einstellungen. Nach derzeitigem (allerdings relativ dünnen) Kenntnisstand lässt Littmanns Biografie also durchaus problematische Bezüge erkennen. Für eine Umbenennung lässt sich auf dieser Grundlage jedoch nicht ernsthaft plädieren. Weitere Forschungen zur Biografie Littmanns scheinen dringend notwendig, um ein vollständiges Bild dieser vielschichtigen Biografie zu erhalten. Eine Kommentierung wäre in jedem Fall wünschenswert.

Literaturgrundlage

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 91 f.

Paret, Rudi/Schall, Anton (Hg.): Ein Jahrhundert der Orientalistik. Lebensbilder aus der Feder von Enno Littmann und Verzeichnis seiner Schriften. Wiesbaden (Harrassowitz) 1955.

Trüper, Henning: Welt der Weltphilologie. Die Briefe Uku Masings an Enno Littmann 1933–1943, in: Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte 92 (2018) 4. S. 557–583.

Voigt, Rainer: Enno Littmann. Leben und Werk. in: Raunig, Walter/Wenig, Steffen (Hg.): Afrikas Horn. Wiesbaden (Harrassowitz) 2005. S. 247–264.

Wiesing, Urban/Brintzinger, Klaus-Rainer/Grün, Bernd/Junginger, Horst/Michl, Susanne (Hg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus. Stuttgart (Steiner) 2010 (= Contubernium, Bd. 73).

Zitelmann, Thomas (2006). Enno Littmann (1875–1958). Äthiopische Studien und deutscher Orientalismus. In: Wenig, Steffen (Hg.): In kaiserlichem Auftrag. Die Deutsche Aksum-Expedition 1906 unter Enno Littmann. Bd. 1: Die Akteure und die wissenschaftlichen Unternehmungen der DAE in Eritrea. Aichwald (Linden Soft) 2006. S. 99–110.

Eugenstraße

Benennung

1897

Kurzbiografie

Württemberg, Karl Eugen Herzog von (1728–1793). Regierte Württemberg ab 1744. In seiner frühen Regierungszeit pflegte Karl Eugen eine prunkvolle und teure Hofhaltung und einen despotischen Herrschaftsstil. Kritiker ließ er einkerkern. Zur Aufbesserung der Staats- und Privatkasse beteiligte er sich am Soldatenhandel und verkaufte tausende junge Württemberger als Rekruten nach Frankreich. Von 1746 bis 1793 ließ Karl Eugen vier Schlösser in Stuttgart und Ludwigsburg erbauen. In späteren Jahren, etwa ab 1761, förderte er Bildung und Landwirtschaft in Württemberg und gründete die württembergischen Bibliotheken sowie die Hohe Karlsschule. Auch das Fortbestehen der Universität Tübingen kann auf seine Reformen im 18. Jahrhundert zurückgeführt werden. Bei den Tübinger Stadtbränden 1771 und 1789 begab er sich als ‚Feuerreiter‘ persönlich in die Stadt.

Einordnung von Johannes Großmann

Anders als bei Herzog Eberhard und Herzog Christoph geht es bei der Kritik an der Herzog Karl Eugen nicht um den Vorwurf des Antijudaismus, sondern vor allem um seinen Despotismus und Autoritarismus – der freilich vor allem in seine frühen Regierungsjahre fällt. Die Universität Tübingen hat sich in den vergangenen Monaten ebenfalls intensiver mit der Biografie ihres Namensgebers Karl Eugen befasst. Die eigens dafür eingesetzte Kommission problematisierte seinen Regierungsstil, gab aber keine Empfehlung über eine mögliche Umbenennung oder Beibehaltung des Universitätsnamens ab. Im Juli 2022 sprach sich der Senat der Universität mit einer knappen Mehrheit von einer Stimme gegen eine Namensänderung aus, für die allerdings eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig gewesen wäre.

Wie bei Eberhard und Christoph erschwert auch hier der große zeitliche Abstand zur Gegenwart eine Bewertung mit heutigen moralischen Maßstäben. Außerdem besteht wohl keine Gefahr, dass Karl Eugens despotischer Regierungsstil von den Demokratiefeinden unserer Zeit als historisches Vorbild instrumentalisiert werden könnte. Hingegen können seine Aktivitäten als Kunstförderer und Mäzen auch heute noch als ehrenwert gelten. Angesichts dieser Sachlage wäre eine Kommentierung wohl das geeignete Mittel der Wahl, um die Öffentlichkeit auf die Ambivalenzen in der Biografie Karl Eugens hinzuweisen. Zusätzliche Recherchen sind nicht notwendig, da die historischen Fakten auf dem Tisch liegen. Es geht in erster Linie um die Einordnung und Beurteilung dieser Fakten vor dem Hintergrund unserer heutigen ethischen Maßstäbe.

Literaturgrundlage

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 164 f.

Kommission zur Überprüfung des Namens der Universität Tübingen: Gutachten über die historische Dimension des Namens „Eberhard Karls Universität Tübingen“, [2022], URL: <https://uni-tuebingen.de/universitaet/profil/geschichte-der-universitaet/name-der-universitaet/> [3.1.2023].

Gertrud-Bäumer-Straße

Benennung

Die Ehrung Gertud Bäumers mit einem Straßennamen erfolgte 1985 vermutlich deshalb, weil die Stadt auf der Suche nach weiblichen Namenspatroninnen war. Die Gertrud-Bäumer-Straße steht insofern in einer Reihe mit der Clara-Zetkin-Straße, mit der wohl ebenfalls eine politisch aktive Vorkämpferin für Frauenrechte geehrt werden sollte.

Kurzbiografie

Bäumer, Gertrud (1873–1954). Frauenrechtlerin, Politikerin und Schriftstellerin. Sie war eine Vorkämpferin der (bürgerlichen) Frauenbewegung, promovierte 1904 und hatte von 1910 bis 1919 den Vorsitz im Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) inne. Bis 1933 war sie Abgeordnete der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) im Reichstag. Von 1920 bis 1933 war sie als erste Frau in Deutschland Ministerialrätin im Innenministerium des Deutschen Reichs. 1933 wurde sie unter Protest ihren Pflichten im Innenministerium entbunden, war aber während der NS-Zeit zu Kompromissen bereit. Der BDF ging 1933 in die nationalsozialistische Frauenfront über. Die von Bäumer herausgegebene BDF-Zeitschrift *Die Frau* erschien (in reduziertem Umfang) noch bis 1944.

Einordnung von Johannes Großmann

Während die Biografie Bäumers vor 1933 durchaus aner kennenswert ist, muss sie aufgrund ihrer Bereitschaft zu Kompromissen mit den Nationalsozialisten für die Zeit danach als ethisch problematisch angesehen werden. So lässt sich von einer „Fehleinschätzung ihres Handelns im Nationalsozialismus“ sprechen, als die „Vernunftrepublikanerin eine immer mehr um das eigene Werk und die eigene Philosophie kreisende Schriftstellerin geworden war, die ihre publizistischen und rednerischen Einflußmöglichkeiten maßlos überschätzte und den Schaden, den sie auch durch nicht intendierte Unterstützung des Regimes anrichtete, nicht wahrhaben wollte.“ (Schaser 1997, S. 38) Abweichende Meinungen und Kritik blendete Bäumer dabei immer wieder aus. Diese problematische Haltung in der NS-Zeit muss ihren unzweifelhaften Verdiensten als Vorkämpferin der Frauenbewegung und Politikerin der Weimarer Republik gegenübergestellt werden.

In Deutschland gibt es heute insgesamt 31 nach Gertrud Bäumer benannte Straßen. In Hannover (benannt 1954), Oldenburg (1961) und Darmstadt (Bäumerweg, benannt 1978) wurde über eine Umbenennung diskutiert, aber letztlich für eine Beibehaltung votiert. Für Oldenburg wurde in diesem Zuge ein ausführliches Gutachten über Bäumers Wirken in der NS-Zeit erstellt. Solange sich der derzeitige Forschungsstand nicht grundlegend ändert, spricht daher nur wenig für eine Umbenennung der Tübinger Gertrud-Bäumer-Straße. Empfohlen wird jedoch eine Kommentierung, die die Ambivalenzen in Bäumers Biografie kritisch beleuchtet.

Literaturgrundlage

Bach, Marie Luise: Gertrud Bäumer. Biographische Daten und Texte zu einem Persönlichkeitsbild. Weinheim (Deutscher Studienverlag) 1989.

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 231.

Neumann, Claas/Rassek, Peter/Harms, Ingo: Wissenschaftliche Untersuchung der Straßennamen der Stadt Oldenburg. Fassung vom 6.11.2013. URL: https://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/30/Dokumentation_Oldenburger_Strassennamen_Endfassung_6.No_.pdf [3.1.2023]. S. 14–16.

Schaser, Angelika: Gertrud Bäumer, „eine der wildesten Demokratinnen“ oder verhinderte Nationalsozialistin. In: Heinsohn, Kirsten (Hg.): Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsspielräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland. Frankfurt a. M. (Campus) 1997. S. 24–43.

Schaser, Angelika: Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft. Köln (Böhlau) 2010 (=L'homme Schriften, Bd. 6).

Schumacher, Martin (Hg.): MdR. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1942. Düsseldorf (Droste) 21992. S. 102 f.

Stoehr, Irene: Kalter Bürgerinnen-Krieg? Eine deutsche Debatte um NS-Vergangenheit und Frauenbewegung am Beispiel Gertrud Bäumers 1946–1948. In: L'Homme 18 (2007) 1. S. 95–113.

Vincent, Paul: A Historical Dictionary of Germany's Weimar Republic, 1918–1933. Westport (Greenwood) 1997. S. 24 f.

Hans-Geiger-Weg

Benennung

1966

Kurzbiografie

Geiger, Hans (1882–1945). Konstruierte als Physiker den ersten Radioaktivitätszähler, später als Geigerzähler (oder Geiger-Müller-Zähler) bekannt. Bis 1912 arbeitete Geiger am Physikalischen Institut in Manchester. Anschließend hätte er außerordentlicher Professor in Tübingen werden können, ging aber an die Physikalisch-Technische Anstalt Berlin und leitete dort das Labor für Radioaktivität. Ab 1929 war er Professor des Physikalischen Instituts in Tübingen. 1936 wurde er Direktor des Physikalischen Instituts der Technischen Hochschule Berlin als Nachfolger des von den Nationalsozialisten aus dem Amt gedrängten Gustav Hertz. 1939 wurde Geiger als Berliner Vertreter in den Hauptvorstand der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) gewählt. Seit 1938 beschäftigte sich der Verband mit der Mitgliedschaft jüdischer Mitglieder und der zunehmenden Politisierung des Faches. Obwohl Geiger eine konservative Grundhaltung nachgesagt wurde, setzte er sich für die Unabhängigkeit der DPG ein und trug dazu bei, dass der Vorstand sich einer Gleichschaltung bis 1940 entziehen konnte. 1939 wurde Geiger in die Wehrmacht einberufen, um am ‚Energiegewinnungsprojekt‘ zu arbeiten.

Einordnung von Johannes Großmann

Geiger hat sich zumindest nie öffentlich für (aber auch nicht gegen) den Nationalsozialismus positioniert und ist nach derzeitigem Kenntnisstand eher als Mitläufer anzusehen. Freilich profitierte er bei seiner Berufung nach Berlin davon, dass sein dortiger Vorgänger Gustav Hertz aus dem Amt gedrängt worden war. Außerdem ließ er nicht nur zu, dass seine Forschungen im ‚Dritten Reich‘ vereinnahmt wurden, sondern setzte sich aktiv für die Fortsetzung und den Ausbau der Kernforschung ein. In einigen Darstellungen, die ihn beiläufig erwähnen, wird er daher sogar als Handlanger der Nationalsozialisten bezeichnet. Es fehlt jedoch an fundierten biografischen Forschungsarbeiten, die diese Behauptung stützen könnten. Dennoch ist Geigers Biografie zumindest als ambivalent einzustufen, worauf in einer ausführlichen Kommentierung hingewiesen werden sollte.

Literaturgrundlage

Cassidy, David: Gustav Hertz, Hans Geiger und das Physikalische Institut der Technischen Hochschule Berlin in den Jahren 1933 bis 1945. In: Rürup, Reinhard (Hg.): Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin, 1879–1979. Berlin (Springer) 1979. Bd. 1. S. 373–387.

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 92 f.

Swinne, Edgar: Hans Geiger. Spuren aus einem Leben für die Physik, Berlin (ERS) ²1991 (=Berliner Beiträge zur Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik, Bd. 7). Insbesondere S. 90–103.

Jahnallee/Jahnstraße (Hirschau)

Benennung

Gleichzeitig mit dem Völkerweg benannte der Tübinger Gemeinderat 1928 eine Jahnstraße zu Ehren der Turnbewegung. 1952 wurde außerdem aus Anlass des 100. Todestags Friedrich Ludwig Jahns ein Teil der Tübinger Lindenallee in Jahnallee umbenannt. Die Jahnstraße wurde beibehalten, da die Jahnallee nicht besiedelt war und die Verwechslungsgefahr als gering eingeschätzt wurde. Als mit der Eingemeindung Hirschaus 1976 eine weitere Jahnstraße hinzukam, wurde die Tübinger Jahnstraße in Thomas-Mayer-Straße umbenannt.

Kurzbiografie

Jahn, Friedrich Ludwig (1778–1852). Pädagoge, Freiheitskämpfer, Begründer der deutschen Turnbewegung („Turnvater“), Politiker und Schriftsteller. Jahn wurde des Gymnasiums und der Universität verwiesen, bevor er 1810 in Berlin die erste Turnerschaft gründete. Die Gründung der Turnerschaft als Geheimbund zur Befreiung Deutschlands von Napoleon und für die nationale Einheit war ursprünglich wehrpolitisch motiviert. 1811 errichtete Jahn in Berlin auch den ersten Turnplatz und sammelte rasch junge Anhänger um sich. Juden hatten zur Turnerschaft keinen Zutritt und wurden auch aus vielen mit der Turnbewegung verbundenen Burschenschaften ausgeschlossen. Zwar gehörten Ausländer- und Judenfeindlichkeit zu Jahns völkisch-nationalistischem Verständnis von Deutschtum. Jedoch gibt es keine belastbaren Quellenbelege dafür, dass der ihm häufig zugeschriebene Satz „Polen, Franzosen, Pfaffen, Junker und Juden sind Deutschlands Unglück“ tatsächlich von ihm stammt. 1817 war Jahn mitverantwortlich für eine Liste von Büchern, die nach dem offiziellen Ende des Wartburgfests verbrannt werden sollten. Nach einigen Jahren in Haft war Jahn 1848/49 für ein Jahr Abgeordneter in der Frankfurter Nationalversammlung. Bereits zeitgenössisch galten seine Ansichten als veraltet. Nach der Reichsgründung und im Nationalsozialismus wurde fast ausschließlich seine völkisch-nationalistische Seite rezipiert.

Einordnung von Johannes Großmann

Jahn ist mit 1900 Benennungen der dritthäufigste Namensgeber deutscher Straßen. In den letzten Jahren sind diese Straßennamen in zahlreichen Städten in die Kritik geraten. So forderten Straßennamenkommissionen etwa in Freiburg, Saarbrücken und Berlin eine Kommentierung bzw. Kontextualisierung. Tatsächlich sind von Jahn eindeutige antifranzösische, antipolnische und antisemitische Äußerungen überliefert. Dieter Langewiesche bezeichnete ihn als „Fanatiker der nationalen Einheit und des Hasses auf Frankreich“ (zitiert nach Bergmann 2009, S. 403). Allerdings werden Jahn teilweise auch Aussagen zugeschrieben, deren tatsächliche Autorenschaft umstritten ist. Zweifellos aber war er Vordenker eines völkisch-nationalistischen Weltbilds, das sich gegen vermeintliche äußere und innere Feinde Deutschlands richtete. Erkennbar sind außerdem „Vordeutungen auf spätere modernisierungskritische Begründungen der Judenfeindschaft“ (Bergmann 2009, S. 405). Der Verdacht liegt nahe, dass Jahn zeitgenössisch nicht trotz, sondern gerade auch

wegen seiner Deuschtümelei verehrt wurde. Seine Vereinnahmung durch spätere Akteur_innen, insbesondere im Nationalsozialismus, kann Jahn jedoch schwerlich selbst vorgeworfen werden. Neuere Arbeiten haben darauf hingewiesen, in welchem Maße diese Vereinnahmung das Jahn-Bild insgesamt von einer liberalen zu einer autoritären Deutung hin überformt hat (Wellner 2008).

Zumindest die Benennung der Jahnallee in Tübingen 1952 bezog sich wohl vor allem auf die sportliche Dimension von Jahns Lebenswerk, wie die Nähe der Straße zum Turn- und Sportgelände verdeutlicht. Angesichts seiner symbolischen Bedeutung Jahns für die deutsche Nationalbewegung und der daraus resultierenden weiten Verbreitung des Namens für Straßen- und Vereinsnamen handelt es sich allerdings um ein gesamtdeutsches Problem, das den lokalen Rahmen überschreitet. Da die Sachlage relativ gut dokumentiert ist, geht es vor allem um die Bewertung und Einordnung von Jahns Äußerungen und Handlungen. Eine Umbenennung erscheint angesichts des derzeitigen Diskussionsstands überzogen. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Person ist aber in jedem Fall notwendig, weshalb sowohl die Jahnallee als auch die Jahnstraße um einen ausführlichen Kommentar ergänzt werden sollten.

Literaturgrundlage

Alter, Peter/Bärsch, Claus-Ekkehard/Berghoff, Peter (Hg.): Die Konstruktion der Nation gegen die Juden, München (Fink) 1999. Insbesondere S. 37 und 58.

Bartmuß, Hans-Joachim/Ulfkotte, Josef: Nach dem Turnverbot. „Turnvater“ Jahn zwischen 1819 und 1852. Köln (Böhlau) 2011.

Benda, Franz: Der Deutsche Turnerbund 1889. Seine Entwicklung und Weltanschauung. Wien (VWGÖ) 1991.

Bergmann, Werner: Jahn, Friedrich Ludwig, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Bd. 2. Berlin (De Gruyter) 2009. S. 403–406.

Drögemüller, Dennis: Diskussion um Friedrich Ludwig Jahn. Turnvaters rechte Gedanken. In: taz, 9.11.2011.

Eck, Helmut: Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (=Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 153.

Sprenger, Reinhard: Die Jahnrezeption in Deutschland 1871–1933. Nationale Identität und Modernisierung. Schorndorf (Hofmann) 1985.

Wellner, Karoline: Der „Turnvater“ in Bewegung. Die Rezeption Friedrich Ludwig Jahns zwischen 1933 und 1990. Univ.-Diss., München (LMU München) 2008.

Zimmermann, Fred: Studien zur Entwicklung einer völkischen Ideologie. Friedrich Ludwig Jahn und die deutsche Jahn-Rezeption. Univ.-Diss., Halle (Universität Halle) 1989.

Spemannstraße

Benennung

1951

Kurzbiografie

Spemann, Hans (1869–1941). Mediziner, Zoologe und Biologe. Lehrte von 1919 bis 1937 Zoologie an der Universität Freiburg, deren Rektor er 1923/24 war. Ab 1927 war er ‚Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied‘ der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. 1935 erhielt er den Nobelpreis für Physiologie und Medizin für die Entdeckung des ‚Spemann-Mangold-Organisators‘, eines embryonalen Signalzentrums. Seine 1924 verstorbene Doktorandin Hilde Mangold hatte an dieser Entdeckung einen entscheidenden Anteil gehabt. Während anderen deutschen Wissenschaftlern dies durch das NS-Regime untersagt wurde, durfte Spemann den Nobelpreis annehmen. 1938 hielt er eine „Rede an die Freiburger Studentenschaft“ mit dem Titel *Die Wissenschaft im Dienste der Nation*.

Einordnung von Johannes Großmann

Hans Spemann kann als einer der Vordenker der heutigen Gentechnik gelten. Seine wissenschaftlichen Verdienste, für die er 1935 mit dem Nobelpreis geehrt wurde, stehen außer Frage. Seine Karriere als Forscher und Mediziner hätte er allerdings ohne ein gewisses Maß an Anpassung und Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus in dieser Form nicht bis 1941 fortführen können. Zumindest zu Beginn der NS-Herrschaft stand er wohl hinter dem Regime. NSDAP-Mitglied war er jedoch nicht. Auch protestierte Spemann beim Rektor der Universität Freiburg gegen die Exmatrikulation jüdischer Studierender. Obwohl sein Forschungsgegenstand dies gut ermöglicht hätte, schrieb er seine Arbeit nicht in den rassistisch-erbbiologischen Diskurs der Nationalsozialisten ein.

Unklar ist, warum Spemann 1951 in Tübingen mit einer Straße geehrt wurde, da kein biografischer Bezug zu Tübingen auf der Hand liegt. Die Freiburger Straßennamenkommission diskutierte über den dortigen Spemann-Platz, entschied sich aber letzten Endes gegen eine Umbenennung. Da seither keine grundlegend neuen Erkenntnisse über Spemanns Wirken während der NS-Zeit gewonnen wurden, lässt sich derzeit kein konkreter Handlungsbedarf für die Tübinger Spemannstraße erkennen. Denkbar wäre allenfalls ein Kommentar, der auf die ambivalente Haltung Spemanns gegenüber dem NS-Regime verweist.

Literaturgrundlage

Gedruckte Quellen

Spemann, Hans: Die Wissenschaft im Dienste der Nation. Ansprache, gehalten am ersten Studententag des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes an der Universität Freiburg i. Br., 10.–12. Juni 1938, URL: https://www.zobodat.at/biografien/Spemann_Hans_Berichte-naturf-Ges-Freiburg-Br_37_0096-0097.pdf [3.1.2023].

Spemann, Hans (Hg.): *Forschung und Leben*. Hg. von Friedrich Wilhelm Spemann. Stuttgart (Engelhorn) 1943.

Literatur

Deichmann, Ute: *Biologists under Hitler*. Cambridge (Harvard University Press) 1996. S. 44.

Eck, Helmut: *Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt*, Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 101 f.

Fäßler, Peter: *Hans Spemann 1868–1941. Experimentelle Forschung im Spannungsfeld von Empirie und Theorie*. Berlin (Springer) 1997.

Mück, Marc: „Dem ewigen Deutschtum“. Inschriften und Symbole an der Universität im Zeichen des Nationalsozialismus. In: John, Eckhard/Martin, Bernd/Mück, Marc/Ott, Hugo (Hg.): *Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus*, Freiburg (Ploetz) 1991. S. 35–42.

Ulrichstraße

Benennung

1876

Kurzbiografie

Württemberg, Ulrich Herzog von (1487–1550). Stammte aus dem Elsass und kam 1493 nach Urach. 1498 wurde er noch als Minderjähriger Herzog. Seine verschwenderische Hofhaltung versuchte er, durch Steuererhöhungen auszugleichen. Den daraus resultierenden Aufstand des ‚Armen Konrad‘ schlug er 1514 nieder. 1515 ermordete er seinen Jugendfreund und Oberstallmeister Hans von Hutten, den Ehemann seiner Geliebten. Nach dem Mord richtete sich der (Ritter-)Adel gegen ihn. Kaiser Maximilian I. verhängte die Reichsacht. 1519 überfiel Ulrich die Reichsstadt Reutlingen. Der Schwäbische Bund schaltete sich ein, woraufhin Ulrich in Exil floh. 1534 konnte er Württemberg zurückerobern. Nach seiner Rückkehr führte er die Reformation im Herzogtum durch und reorganisierte das Staats- und Kirchenwesen.

Einordnung von Johannes Großmann

Ulrich erschlug den Mann seiner Geliebten, was auch nach damaligen Maßstäben nicht rechtens war und ihm daher bereits von seinen Zeitgenossen zum Vorwurf gemacht wurde. Was die Beurteilung seiner hoch umstrittenen Regentschaft und seiner Rolle bei der Niederschlagung des ‚Armen Konrad‘ angeht, stellt sich wie in anderen Fällen (siehe Dossier zur Fürststraße) grundsätzlich die Frage, inwieweit sich aus der sehr dünnen und oft einseitigen Quellenlage Schlüsse ziehen lassen und inwiefern sich heutige Moralvorstellungen auf weit zurückliegende historische Ereignisse anwenden.

Die Benennung 1876 fand zu einem Zeitpunkt statt, als die heute verfügbaren Quellen bereits alle zugänglich waren. Trotz der biographischen ‚Schattenseiten‘ wurde das damals offenbar nicht als Hindernis empfunden. Vermutlich entsprach die Namensgebung also eher einem Bedürfnis nach Erinnerung an die regionale Geschichte als einem Willen nach moralischer Rehabilitation Herzog Ulrichs. Eine Umbenennung scheint daher wohl nicht geboten. Wünschenswert wäre aber eine kritische Kommentierung, die auf die moralisch problematischen Aspekte der Biografie Ulrichs verweist.

Quellen- und Literaturgrundlage

Brendle, Franz: *Dynastie, Reich und Reformation. Die württembergischen Herzöge Ulrich und Christoph, die Habsburger und Frankreich.* Stuttgart (Kohlhammer) 1998.

Eck, Helmut: *Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt,* Tübingen (Universitätsstadt Tübingen, Fachbereich Kunst und Kultur) 2017 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 7). S. 174.

Frasch, Werner: *Ein Mann namens Ulrich. Württembergs verehrter und gehaßter Herzog in seiner Zeit.* Leinfelden-Echterdingen (DRW) 1991.

Frasch, Werner: Ulrich von Württemberg. Herzog und Henker. Erfurt (Sutton) 2011.

Hirschbiegel, Jan/Kraus, Marius: Herzog Ulrich von Württemberg und der Mord an seinem Diener Hans von Hutten. In: Reinle, Christine/Wendel, Anna-Lena (Hg.): Das Recht in die eigene Hand nehmen? Rechtliche, soziale und theologische Diskurse über Selbstjustiz und Rache. Baden-Baden (Nomos) 2021. S. 321–358.

Anhang 3

Sondervotum von Udo Rauch

Umbenennung von Straßennamen – ein Sondervotum

von Stadtarchivar Udo Rauch, Mitglied der Straßennamenkommission

Vorbemerkung

Um Missverständnisse zu vermeiden, bedarf es einer kleinen Vorbemerkung:

Ich bin mit dem Vorgehen der Straßennamenkommission und deren Arbeitsweise vollkommen einverstanden. Das aufwändige Verfahren garantierte das bestmögliche Ergebnis. Wichtige Voraussetzung boten die umfangreichen wissenschaftlichen Recherchen und Archivstudien. Außerdem wurden die gewonnenen Erkenntnisse in der breit aufgestellten Kommission auf hohem Niveau diskutiert und abgewogen.

Ich bin nicht generell gegen eine Umbenennung von Straßennamen. Eine noch erhaltene Adolf-Hitler-Straße-Straße, um ein krasses Beispiel zu wählen, müsste natürlich sofort eine andere Bezeichnung erhalten. Doch nach mehreren Runden der Umbenennung stößt man heute in Tübingen kaum noch auf bekannte Nazis, Kolonialisten oder Rassisten. In vielen Fällen begegnen uns dennoch Menschen, die Schuld auf sich geladen haben: als braune Politiker, Wissenschaftler, Dichter oder Künstler. Sie waren in unterschiedlichem Maß Parteigänger, Sympathisanten, Opportunisten, Karrieremenschen, Duckmäuser oder Mitläufer. Die weit überwiegende Zahl der Deutschen hat in den Jahren des ‚Dritten Reiches‘ das Nazi-Regime mitgetragen, auch wenn heute ein großer Teil desselben Volkes glaubt, seine Vorfahren seien im Widerstand gewesen.

Kontinuierliche Vermittlung

Alles in allem meine ich, dass bei den jetzt in Frage stehenden Namen keine ausreichenden Argumente für eine Umbenennung vorliegen und es gute Gründe gibt, mit diesen sicherlich problematischen Straßennamen weiterzuleben. Eine Beibehaltung der Namen halte ich auch deshalb für richtig und zumutbar, weil diese Benennungen als lehrreiche Beispiele gelten können, besonders für den Umgang der Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg mit der eigenen unmittelbaren Vergangenheit.

Eine kontinuierliche Vermittlung der jeweiligen schwierigen Biografien und der Umgang damit scheint mir heute wichtiger als der einmalige Akt der Umbenennung. Denn damit würde das wichtige Thema möglicherweise für immer aus der Diskussion verschwinden. Vorbei und vergessen! Das darf aber nicht die Losung und auch nicht die Lösung sein für den Umgang mit unserer Vergangenheit. Vielmehr kann anhand dieser Straßennamen ein Stück Nachkriegsgeschichte dargestellt werden. Es stellen sich doch Fragen, z. B. wie es zu diesen Benennungen kam und warum so lange niemand Anstoß daran genommen hat. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass allein vier der sechs für eine Umbenennung empfohlenen Straßen von demokratisch gewählten Gemeinderäten beschlossen wurden! Es wäre wichtig und lehrreich, auf diese Zusammenhänge aufmerksam zu machen, statt das Ganze dem Vergessen anheim zu geben.

Mir ist durchaus klar, dass die in Frage stehenden Personen problematisch und zum Teil schwer belastet sind. Keineswegs darf ihr Handeln in irgendeiner Weise verteidigt oder gutgeheißen, ihr Tun beschönigt oder ihre Schuld kleingeredet werden. Man sollte aber vor allem selbstkritisch die Frage stellen, warum diese Straßennamen jahrzehntelang nicht gestört haben, und uns eingestehen, dass wir *erstens* jahrzehntelang völlig darüber hinweggesehen haben und dass nun *zweitens* unsere Maßstäbe für Umbenennungen laufend verschärft werden. Unser ethischer und moralischer Anspruch ist in den letzten Jahren derart gestiegen, dass diese Prüfungsrunde wahrscheinlich nicht die letzte bleiben wird. Aber: Entsorgen wir dabei nicht Schritt für Schritt unsere Vergangenheit, jedenfalls deren unliebsamen Teil? Beseitigen wir damit nicht auch die dringend nötigen ‚Stolpersteine‘, die uns bislang noch tagtäglich in unserem Alltag begegnen?

Mangel an Quellen

Als Archivar sehe ich ein weiteres Problem: Trotz größter Sorgfalt ist es nach vielen Jahren heute sehr schwer, ein eindeutiges Urteil über die betroffenen Personen zu fällen. Die langwierige Diskussion um die Benennung der Universität Tübingen sei hier in Erinnerung gerufen. Dabei sind wir über die württembergischen Herzöge Eberhard und Carl Eugen vergleichsweise gut informiert. Bei den eher ‚kleineren Rädern im Getriebe‘ haben wir oft nur oberflächliche und lückenhafte Informationen, aber keine ausreichenden Belege für schuldhaftes oder gar verbrecherisches Handeln. Und so gelingt es vielfach nicht, anhand von Quellen die individuelle Schuld, die individuelle Verstrickung der in Frage stehenden Personen präzise auszuleuchten. Zu diesem Mangel an Quellen kommt aber noch etwas Weiteres hinzu: Es mangelt auch an Untersuchungen, in denen die Biografien der in Frage stehenden Personen erschöpfend dargestellt wären. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die Umbenennung der Adolf-Scheef-Straße. Allein die Tatsache, dass Scheef nach der ‚Machtergreifung‘ der NSDAP 1933 Oberbürgermeister von Tübingen geblieben ist, schien damals Beweis genug zu sein, so dass vor der Umbenennung kein eingehendes Gutachten über seine politische Einstellung und sein Schuldigwerden erstellt wurde. Bis heute wissen wir nicht genau, wie die Vorwürfe gegen ihn zu belegen sind. Mit anderen Worten: Es besteht an vielen Stellen noch weiterer Forschungsbedarf – nicht nur bei Scheef, was auch die Kommission ihrerseits festgehalten hat.

Andere Wege der Auseinandersetzung

Statt der Umbenennung sollten wir andere Wege der Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit wählen. Dafür wurden auch schon gute Vorschläge gemacht und erste Schritte unternommen. So wurden zum Beispiel die vom Fachbereich Kultur entwickelten ‚Knoten‘ an den Straßenschildern angebracht, dazu passend ein Kommentar im Internet oder am Straßenschild selbst. Das vorhandene Modell ist m.E. mustergültig, es hat bereits viel Beachtung gefunden und sollte weiterentwickelt werden. Nach und nach könnte auch im Rahmen wissenschaftlicher Aufträge mehr über die betreffenden Personen erforscht werden.

Eigene Geschichte getilgt

Das ‚Auslöschen‘ von Namen ist m.E. heute keine geeignete Vorgehensweise mehr: Untaten sollen nicht vergessen, bedenkliche Denkmäler nicht geschleift und Bilder nicht Opfer eines Bildersturms werden. Denn damit wird auch ein Stück unserer eigenen Geschichte getilgt. Besser ist es, die Umstände der Benennung im Gedächtnis zu behalten, die Ursachen öffentlich zu brandmarken und durch Kommentare kenntlich zu machen. Damit könnten wir heutigen wie künftigen Tübinger_innen ‚en passant‘ auch die schwierigen Teile unserer Vergangenheit näherbringen – insbesondere den unangemessenen Umgang mit dem Rassismus, mit dem Kolonialismus und mit der NS-Vergangenheit.

Sollten die in Frage stehenden Straßen tatsächlich umbenannt werden, wäre zu überlegen, ob nicht künftig wenigstens eine kleine Zusatztafel unter dem Straßennamenschild angebracht wird. Darauf sollte auf die frühere Benennung und die Gründe der Umbenennung hingewiesen werden.

Tübingen, Dezember 2022